



Partei des demokratischen Wiederaufbaus

Die KPÖ in der öffentlichen Verwaltung 1945–1955

MANFRED MUGRAUER

Das erste Nachkriegsjahrzehnt war jener Zeitraum, in dem die Kommunistische Partei Österreichs über den meisten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Österreichs verfügte. Sie war eine der Gründerparteien der Zweiten Republik und trotz ihrer rasch einsetzenden Ausgrenzung im Zuge des Kalten Krieges in wesentlichen Bereichen der österreichischen Politik und Gesellschaft verankert, etwa in der Bundesregierung, den Landesregierungen und der kommunalen Verwaltung. Auf gewerkschaftlicher Ebene und in den Großbetrieben war sie eine prägende Kraft, die auch im intellektuellen Leben über Ausstrahlungskraft verfügte und in Kultur und Sport einen gewissen Einfluss auszuüben in der Lage war. Bis 1959 waren Kommunisten im Nationalrat vertreten, in einigen Landtagen bis 1969/70 (und wieder seit 2005).

Dieser Beitrag stellt den Versuch dar, einen kompakten Überblick zu geben über die Positionen der KPÖ in der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 1945 bis 1955: Zum einen in der Bundesregierung und auf parlamentarischer Ebene, in den einzelnen Landesregierungen und Landtagen, sowie zuletzt im kommunalen Rahmen. In diesem Kontext wird sowohl auf die provisorischen Gemeindeausschüsse und Gemeinderäte eingegangen als auch auf die kommunistischen Bürgermeister, die 1945 und in den Folgejahren im Amt waren.

Verantwortungsbewusste Regierungspartei

Zwei Faktoren waren dafür verantwortlich, dass die KPÖ im Jahr der Befreiung maßgeblich auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss nehmen konnte: Zum einen die veränderte Weltlage und die damit verbundene Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse als Resultat des Zweiten Weltkriegs. Der Sieg der Roten Armee über den Hitlerfaschismus hatte das Prestige der Sowjetunion ungemein gesteigert.

Mit der Niederlage des Faschismus war aber auch eine weitreichende Diskreditierung des Großkapitals verbunden: Das kapitalistische System war 1945 insgesamt erschüttert. Vor diesem Hintergrund befanden sich die Linkskräfte in der unmittelbaren Nachkriegszeit europaweit in der Offensive. In Österreich waren diese weltpolitischen Faktoren auf eine besondere Weise mit der Innenpolitik verbunden: Der Osten des Landes wurde von der Roten Armee befreit, die Sowjetunion war in den nächsten zehn Jahren als eine der vier Besatzungsmächte im Land präsent. Die sowjetischen Stellen nahmen auch bei der Konstituierung der öffentlichen Verwaltung im April 1945 eine Schlüsselstellung ein, was sich für die Kommunistische Partei vorteilhaft auswirken sollte. Ihr wurde durch die Rote Armee ein starker Rückhalt verliehen.

Der zweite Faktor war die führende Rolle der KPÖ im antifaschistischen Widerstand. Sie war die Hauptkraft im Kampf gegen die NS-Diktatur und hatte dabei auch den höchsten Blutzoll zu entrichten. Nicht umsonst leitete Johann Koplenig in seiner Rede auf der ersten Parteiarbeiterkonferenz am 13. Mai 1945 die Berechtigung der KPÖ, an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der aktiven Rolle ab, die sie im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus gespielt hatte.¹ Die Partei trat so im April 1945 gestärkt aus Illegalität und Exil heraus und entwickelte sich im Jahresverlauf zu einer Massenpartei mit über 100.000 Mitgliedern.

In der Ersten Republik war die KPÖ eine kleine Partei mit geringem politischem Einfluss und ohne jede parlamentarische Vertretung. Sie gehörte in den Jahren bis 1933 weder dem Nationalrat an, noch war sie in einem der Bundesländer im Landtag vertreten. Auch die Anzahl ihrer Mandate in den Gemeinderäten blieb stets überschaubar: Ende der 1920er Jahre waren es Österreichweit ca. 50, nach den Gemeinderats-

wahlen der Jahre 1931/32, als die KPÖ im Zuge ihrer Wendung zur Massenarbeit in den Jahren der Weltwirtschaftskrise einen gewissen Aufschwung erlebte, waren es österreichweit nicht mehr als 70. Im Exil und zu Kriegsende verstand sich die KPÖ jedoch als demokratische Wiederaufbaupartei und entwickelte ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung eines neuen, demokratischen Österreich aus der Perspektive einer konstruktiv mitgestaltenden politischen Kraft. Ihr war also bewusst, dass sie nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus keine Oppositionspartei sein werde wie in der Ersten Republik, sondern eine verantwortungsbewusste Regierungspartei.²

Aufgrund der Schlüsselstellung der Roten Armee bei der Konstituierung der Provisorischen Regierung gelang es der KPÖ auch tatsächlich, an der ersten Regierung der Zweiten Republik als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP teilzunehmen. Gleichberechtigt insofern, als alle Staatsämter (so hießen 1945 die Ministerien, um deren provisorischen Charakter zu unterstreichen) mit Vertretern aller drei Parteien – einem Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretären der beiden anderen Parteien – besetzt waren: Mit dem Staatsamt für Inneres (Franz Honner) und jenem für „Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten“ (Ernst Fischer) wurden zwei Schlüsselressorts von Kommunisten geleitet. Johann Koplenig, Vorsitzender der Partei, war als Staatssekretär ohne Portfeuille de facto Vizkanzler und Mitglied des Politischen Kabinettsrats, des obersten Organs der Regierung. Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 trägt auch seine Unterschrift.

An allen weiteren Ressorts war die KPÖ mit einem Unterstaatssekretär bzw. im Staatsamt für Volksernährung mit Hella Postraneky als Unterstaatssekretärin – der ersten Frau in einer österreichischen Regierung – vertreten. Insgesamt stellte die KPÖ zunächst neun



Karl Altmann, Unterstaatssekretär für Justiz, und Hella Postranecky, Unterstaatssekretärin für Volksernährung in der Provisorischen Regierung Renner.

von 34 Regierungsmitgliedern: neben den bisher Genannten die Unterstaatssekretäre Karl Altmann für Justiz, Franz David für soziale Verwaltung (zuständig für das Gesundheitswesen), Laurenz Genner für Land- und Forstwirtschaft, Hermann Lichtenegger für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr (zuständig für das Verkehrswesen) und Otto Mödlagl für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau. Nach der Regierungserweiterung auf der ersten Länderkonferenz im Herbst 1945 waren es zehn von 39, nachdem Alfred Neumann von der KPÖ Steiermark als Unterstaatssekretär im neu geschaffenen Staatsamt für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hinzugekommen war. Sie alle leisteten einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung.³

Nach den Wahlen im November 1945 – die KPÖ erreichte trotz höherer Erwartungen 174.257 Stimmen (5,42 Prozent) – war die Partei nur mehr mit einem Minister an der von Leopold Figl gebildeten Regierung beteiligt, nämlich Karl Altmann als Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, einem neu geschaffenen Ressort. Nach außen hin war die Beteiligung der KPÖ an der Konzentrationsregierung Ausdruck der Bereitschaft, die demokratische Zusammenarbeit der drei Parteien auch nach den Wahlen fortzusetzen, von SPÖ und ÖVP und auch von den Westmächten wurde sie aber vor allem als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen. Geheim einigten sich SPÖ und ÖVP auf ein Koalitionsabkommen, das die KPÖ ausklammerte. De facto existierte also bereits seit diesem Zeitpunkt

eine „Große Koalition“. Die Einbeziehung der KPÖ war vor allem einem taktischen Kalkül geschuldet: Durch die formale Teilnahme an den Regierungsgeschäften sollte ihre drohende Oppositionsrolle verhindert werden, von der Machtausübung auf Bundesebene wurde sie jedoch ferngehalten. So blieb Karl Altmann von den zentralen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen und konnte als einziger Kommunist im Ministerrat die Regierungslinie nur unwesentlich beeinflussen. Im November 1947 schied die KPÖ anlässlich der Beschlussfassung der Währungsreform aus der Regierung aus und profilierte sich fortan als Oppositionskraft gegen die kapitalistische Restauration in Österreich.

Die KPÖ im Parlament

Die Novemberwahlen des Jahres 1945 waren für die KPÖ zwar enttäuschend verlaufen, dennoch war die Partei nun erstmals in der Geschichte Österreichs im Nationalrat vertreten.⁴ Die vier Mandate übten der Parteivorsitzende Johann Koplenig, die bisherigen Staatssekretär Franz Honner und Ernst Fischer (der damals als bester Redner im Parlament galt) sowie Viktor Elser aus. Elser war vor allem als Experte für Sozialpolitik und Fragen der Sozialversicherung anerkannt. Koplenig, der aufgrund einer Vereinbarung mit der ÖVP bis 1949 auch dem Hauptausschuss des Nationalrats angehörte, waren in einer internen Aufgabenteilung die Bereiche Agrarpolitik und Ernährung zugeordnet. Fischer kümmerte sich um die Außenpolitik, sowie um das Thema Entnazifizierung und Schulfragen. Honner beschäf-

tigte sich mit der Finanz- und Steuerpolitik. Für das Nationalratsbüro war Karl Altmann zuständig.⁵

Wesentliche Instrumente des Parlamentarismus blieben der KPÖ jedoch verschlossen: Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche war es ihr nicht möglich, Anträge oder Anfragen einzubringen (hierzu waren acht bzw. fünf Mandate notwendig). Zu einer Änderung der Geschäftsordnung waren ÖVP und SPÖ nicht bereit. Nach den Nationalratswahlen im Oktober 1949 war die KPÖ (bzw. die von ihr gebildete Wahlliste „Kommunisten und Linkssozialisten“, kurz „Linksblock“) aufgrund des dazu gewonnenen fünften Mandats (213.066 Stimmen, 5,08 Prozent) in der Lage, zumindest Anfragen an Regierungsmitglieder zu stellen. Das neu erlangte Mandat übte der Linkssozialist Erwin Scharf aus. Ab diesem Zeitpunkt gehörten die KPÖ-Abgeordneten aber keinem der Parlamentsausschüsse mehr an.

Bei den Nationalratswahlen im Februar 1953 steigerte sich die von der KPÖ initiierte „Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition“ (VO) zwar stimmenmäßig (228.159 Stimmen, 5,28 Prozent), verlor aber aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat. Die vier Mandate übten Koplenig, Honner, Fischer und Elser aus. Gottlieb Fiala, bis 1950 auch Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, war von 1949 und 1954 Mitglied des Bundesrats, der zweiten Kammer des Parlaments. Bei den Nationalratswahlen im Mai 1956 verlor die Liste „Kommunisten und Linkssozialisten“ ein Mandat (192.438 Stimmen, 4,42 Prozent), worauf bis zum Ausscheiden der Partei aus dem Parlament im Juni 1959 Koplenig, Honner und Fischer als Abgeordnete im Nationalrat verblieben.

Die KPÖ in den provisorischen Landesausschüssen

In den einzelnen Bundesländern wurden nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus auf Grundlage von regionalen Parteienvereinbarungen die Landesregierungen, so genannte „provisorische Landesausschüsse“, gebildet. Die KPÖ war in allen neun Landesregierungen mit zumindest einem Mitglied vertreten (Tabelle 1), wenngleich in drei Bundesländern – in Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg – ihre Beteiligung erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden konnte: in Tirol im Juli und in Oberösterreich und Vorarlberg erst im Oktober 1945. Am größten war der kommunistische Anteil an der öffentlichen Verwal-

tung in der sowjetischen Besatzungszone, also in den Bundesländern Niederösterreich und Wien, im Ende August wiedererstandenen Burgenland, das bis zu diesem Zeitpunkt zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt blieb, sowie zunächst auch in der Steiermark, die erst im Juli 1945 zur britischen Zone hinzu kam. Aber auch in den westlichen Bundesländern, die von den Amerikanern, Briten und Franzosen besetzt waren, war von Beginn an klar, dass die KPÖ einen nicht zu umgehenden innenpolitischen Faktor darstellen werde. Zum einen aufgrund ihrer führenden Rolle im antifaschistischen Widerstand, zum anderen war die Teilnahme der KPÖ an den Landesregierungen eine Widerspiegelung der Anti-Hitler-Koalition und der demokratischen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Entgegen den Bestrebungen von ÖVP und SPÖ drängten beispielsweise in Salzburg selbst die Amerikaner auf die Einbeziehung eines Kommunisten in den provisorischen Landesausschuss, um eine Allparteienregierung sicherzustellen.

Die Bildung der provisorischen Landesausschüsse im April und Mai 1945 verlief in den einzelnen Bundesländern uneinheitlich.⁶ In einigen Fällen ging die Gewalt direkt von den NS-Funktionsträgern auf die politischen Parteien über, etwa in Kärnten, wo der Gauleiter Friedrich Rainer mit Sozialdemokraten und Christlichsozialen verhandelte und den Sessel erst dann räumte, als diese ihm zusicherten, dass sie keinen Kommunisten in die neu zu bildende Landesregierung einbeziehen würden. Insgesamt war es in den westlichen Bundesländern wesentlich schwieriger, autoritative Landesregierungen zu bilden als in der sowjetischen Zone, wo die Rote Armee die Verwaltung sofort in österreichische Hände übergab. So wurde in Oberösterreich von den Amerikanern zunächst nur eine Beamtenregierung eingesetzt, deren Chef der Regierungsdirektor aus der NS-Zeit war. In der Steiermark wurde der Landesausschuss Mitte Mai gebildet, als das Bundesland noch zur sowjetischen Zone gehörte. Als die Steiermark im Juli schließlich zur britischen Zone kam, musste die Landesregierung mehrmals umgebildet werden, bis die Briten schließlich einverstanden waren. Auch in Kärnten wurde der Landesausschuss von den Briten im Juni in ein bloß beratendes Gremium umgewandelt und erst im Juli wieder als Landesregierung anerkannt.

Wien war das erste Bundesland, in dem eine zivile Verwaltung auf Landesebene

Bundesland	SPÖ:ÖVP:KPÖ:sonstige	Umbildung
Wien	6:3:3	
NÖ	3:4:2	
Burgenland	3:4:2	
Steiermark	3:3:3	4:3:2
Kärnten	3:2:2:2:1 (Landbund, parteilos)	4:3:1:1 (Slowene)
Oberösterreich	Beamtenregierung	3:5:1
Salzburg	2:2:1:1 (parteilos)	
Tirol	Widerstandsbewegung	2:3:1:1 (Staatspartei)
Vorarlberg	5:3:0	6:3:1

Tabelle 1: KPÖ-Vertreter (farblich hervorgehoben) in den 1945 gebildeten Provisorischen Landesausschüssen vor und nach deren Umbildung.

gebildet wurde. Bereits unmittelbar nach der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee begannen die Verhandlungen der drei Parteien über die Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats. Auf Vorschlag von Ernst Fischer wurde der Sozialdemokrat Theodor Körner zum Bürgermeister designiert und am 18. April 1945 vom Stadtkommandanten Blagodatow ernannt. Einer der Stellvertreter Körners und Vizebürgermeister war Karl Steinhardt, der erste Vorsitzende der KPÖ bei ihrer Gründung im November 1918, der aufgrund seines Auftretens am ersten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 in die Geschichte der internationalen ArbeiterInnenbewegung eingegangen ist.⁷ Die Zusammensetzung des Wiener Stadtsenats folgte nicht wie jene der Provisorischen Regierung Renner der Drittelparität, gab es doch aufgrund des Verhältnisses 6:3:3 ein deutliches Übergewicht der SPÖ gegenüber KPÖ und ÖVP.

Neben Steinhardt, der nicht nur als Vizebürgermeister amtierte, sondern als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen auch für die Kinder- und Erwachsenenfürsorge zuständig war, konnte die KPÖ zwei weitere amtsführende Stadträte nominieren: Franz Fritsch bzw. später Ernst Fellinger für das Ernährungswesen, sowie Viktor Matejka. Fritsch wurde als Vertreter der Revolutionären Sozialisten von der KPÖ namhaft gemacht, weil die Partei zu diesem frühen Zeitpunkt, unmittelbar nach der Befreiung, noch über wenige Fachleute verfügte. Fritsch trat im Vorfeld der Novemberwahlen definitiv zur SPÖ über und wurde durch den Kommunisten Ernst Fellinger ersetzt, der zuvor als politischer Sekretär von Fritsch im Ernährungsamt der Stadt Wien tätig

gewesen war.⁸ Matejka wiederum, in den Jahren des Austrofaschismus ein Bindeglied des ständestaatlichen Regimes zur illegalen ArbeiterInnenbewegung, war während der NS-Diktatur im Konzentrationslager inhaftiert und trat im April 1945 für viele überraschend der KPÖ bei, die ihn für den Wiener Stadtsenat nominierte.⁹ Seine Amtszeit als Kulturstadtrat gilt heute als geradezu legendär: Matejka war verantwortlich für die Wiedereröffnung der Theater, Konzertsäle und Kinos, initiierte die antifaschistische Ausstellung „Niemals vergessen“ im Herbst 1946 im Künstlerhaus, er förderte die Musikschulen und das Konservatorium, die Städtischen Büchereien und den Sport, baute die Modeschule Hetzendorf auf und war beteiligt an der Gründung des *Instituts für Wissenschaft und Kunst*. Bei all dem fiel er durch einen ausgesprochen unbürokratischen und unkonventionellen Arbeitsstil auf: Schwerpunkt seiner Arbeit war nicht der Schreibtisch oder die Verwaltung, sondern die konkrete Aktion in direkter Zusammenarbeit mit kreativen Kräften aus Wissenschaft und Kunst.

Wie in Wien wurde die Landesregierung auch in *Niederösterreich* – trotz der dominierenden Position der Roten Armee – nicht nach den Prinzipien der Drittelparität gebildet. Im provisorischen Landesausschuss unter Leopold Figl spielte die KPÖ sogar eine eher untergeordnete Rolle, gehörten ihr doch – gegenüber vier Mitgliedern der ÖVP und drei der SPÖ – nur zwei Kommunisten an: Zum einen Otto Mödlagl, der auch Unterstaatssekretär in der Renner-Regierung war und dessen Arbeitsbereich in Niederösterreich politisch weniger bedeutende Ressorts wie Hoch-, Wasser- und



Kommunistische Vertreter in provisorischen Landesausschusses im Jahr 1945 (v.l.n.r.): Otto Mödlagl (Niederösterreich bzw. Burgenland), Laurenz Genner (Niederösterreich), Viktor Elser (Steiermark) und Josef Tschofenig (Kärnten).

Maschinenbau und ähnliche Agenden umfasste. Zum anderen Karl Podrazky, der erst Mitte Juni als letztes der neun Mitglieder der Landesregierung sein Amt antrat und für die Abteilungen Soziale Verwaltung, Sozialversicherung und Gesundheitswesen zuständig war. Als Mödlagl im August als stellvertretender Landeshauptmann ins Burgenland wechselte, trat Laurenz Genner seine Nachfolge an, der ebenso der Provisorischen Regierung als Unterstaatssekretär angehörte.

In Mattersburg im *Burgenland* wurde bereits am 11. April 1945 ein provisorisches Landeskomitee gebildet, dem nach seiner Erweiterung am 11. Mai neben jeweils drei Sozialdemokraten und Christlichsozialen mit Michael Pinter und Franz Michalitsch auch zwei Vertreter der KPÖ angehörten.¹⁰ Es handelte sich dabei aber um keine autorisierte Landesregierung, da das Burgenland erst am 29. August 1945 als Bundesland wiederhergestellt wurde. In diesem Zuge wurde ein neunköpfiger provisorischer Landesausschuss etabliert mit zwei kommunistischen Mitgliedern: Otto Mödlagl als 2. Landeshauptmannstellvertreter und Vinzenz Böröcz, der als Landesrat keinen eigenen Geschäftsbereich hatte, aber vor allem mit Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung befasst war.

Im Unterschied zu Wien und Niederösterreich wurde in der *Steiermark* im Mai unter der Ägide der sowjetischen Stellen eine drittelparitätisch besetzte Landesregierung gebildet: jede der drei Parteien stellte drei Landesräte. In der bereits vor dem Einmarsch der Roten Armee von Reinhard Machold (SPÖ) am 8. Mai gebildeten provisorischen Landesregierung war mit Ditto Pölzl zwar bereits ein Kommunist vertreten, allerdings als Exponent der Gewerkschaftsbewegung. In den darauffolgenden, bis

zum 15. Mai währenden Verhandlungen, in die auch KPÖ-Generalsekretär Friedl Fűrberg eingriff, konnte die KPÖ schließlich ihre Ansprüche durchsetzen:¹¹ Viktor Elser, in der Ersten Republik Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, wurde Landeshauptmann-Stellvertreter und war als Landesrat zuständig für die Verwaltung der Bezirke und Gemeinden und die Gesundheitsfürsorge, Ditto Pölzl wurde Landesrat für Kultur, Kunst und das Schulwesen, Raimund Bachmann wiederum Landesrat für Soziale Verwaltung. Nachdem die Briten am 24. Juli 1945 die Steiermark als Besatzungsgebiet übernommen hatten, wurde von der Militärregierung die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses in Auftrag gegeben. Deren Versuch, die neue Landesregierung im Verhältnis 4:4:1 und damit zu Lasten der KPÖ neu zu bilden, konnte aber abgewendet werden, und die KPÖ verlor schließlich nur einen Sitz an die SPÖ. Elser und Pölzl blieben auch in der am 7. August 1945 anerkannten Landesregierung Landesräte.

Der am 8. Mai 1945 in *Kärnten* konstituierten zehnköpfigen Landesregierung gehörten zwei Kommunisten an.¹² Nachdem am 7. Mai zunächst Vinzenz Darebnicek und Albin Tschofenig vorgesehen waren und zu Beginn der Sitzung am 8. Mai Karl Perchtold anstelle von Darebnicek kooptiert wurde, übernahm noch am selben Tag – nach dem Übertritt Perchtolds in den Klagenfurter Gemeinderat – Josef Hany das Referat „Soziale Fürsorge“. Tschofenig wurde Landesrat für das Wohn- und Siedlungswesen. Am 4. Juni lösten die Briten die provisorische Landesregierung auf und wandelten sie in einen zwölfköpfigen Konsultativausschuss um, dem weiterhin Hany und

Tschofenig angehörten. Als am 25. Juli 1945 eine auf neun Köpfe verkleinerte Landesregierung ernannt wurde, war die KPÖ in dieser nur noch mit Josef Tschofenig, dem Bruder Albins, vertreten, der in der Zwischenzeit aus dem Konzentrationslager Dachau zurückgekehrt war. Ihm wurde das Referat „Wiederaufbau, Wohn- und Siedlungswesen“ übertragen. Im September 1945 wurde er zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden der KPÖ bestellt, eine Funktion, die er bis zum 14. Parteitag im Herbst 1948 ausübte.

In *Oberösterreich* war die Betätigung der politischen Parteien zunächst überhaupt verboten, stattdessen setzten die Amerikaner – wie bereits erwähnt – eine Beamtenregierung ein. Einer vor dem Einmarsch der Amerikaner gebildeten neunköpfigen provisorischen Landesregierung, die aber nur wenige Tage existierte, hatte auch der Kommunist Josef Mitter angehört. Eine von den drei demokratischen Parteien getragene Landesregierung unter Heinrich Gleißner (ÖVP) wurde schließlich erst im Oktober ernannt.¹³ Nur eines ihrer neun Mitglieder war ein Kommunist, nämlich der Landesobmann Franz Haider, der in der NS-Zeit vom Volksgerichtshof zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Als Landesrat war er zuständig für das Wohnungs- und Siedlungswesen und die allgemeine Fürsorge, gleichzeitig war er Landeshauptmann-Stellvertreter. Von 1955 bis zu seinem Tod im Jahr 1968 war er Gemeinderat von Linz.

Ein Sonderfall ist die Zivilverwaltung des *Mühlviertels* in Oberösterreich, das nicht zur amerikanischen, sondern zur sowjetischen Besatzungszone gehörte. Auch hier gab es ab Juli 1945 einen von den drei Parteien beschickten Ausschuss mit insgesamt neun Mitgliedern, darunter zwei Kommunisten: Fritz Kammerer

(Soziale Fürsorge und Umsiedlung) und Josef Stadlbauer (Ernährung).¹⁴ In weiterer Folge gehörten diesem Ausschuss die Kommunisten Hubert Glasl, Josef Jachs und Franz Altendorfer an.

In *Salzburg* bestand die am 23. Mai bestellte Landesregierung aus nur sechs Personen, darunter ein Kommunist, nämlich Hans Meissnitzer, der in der NS-Zeit zum Tode verurteilt und begnadigt worden war, als Referent für das Sicherheitswesen. In *Tirol* ging Anfang Juni die provisorische Landesregierung aus einem vom späteren ÖVP-Außenminister Karl Gruber und weiteren Angehörigen der konservativen Widerstandsbewegung gebildeten Exekutiv Ausschuss hervor. Erst ab Juli 1945 gehörte ihr mit Josef Ronczay auch ein Kommunist an, der mit dem Ressort „Wiederaufbau“ betraut wurde.¹⁵ Auch in *Vorarlberg* wurde die Regierungsbeteiligung der KPÖ erst zu einem späten Zeitpunkt realisiert, war die Partei doch bei der Bildung des achtköpfigen Landesausschusses im Mai zunächst nicht berücksichtigt worden. Erst in Reaktion auf die Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten, die nach der Ersten Länderkonferenz Ende September 1945 erfolgt war, wurde Max Haller im Oktober in die Landesregierung aufgenommen.¹⁶ Haller war bis Dezember 1945 Landesrat ohne Geschäftsbereich und zur gleichen Zeit auch Vizebürgermeister von Bregenz. Bis 1965 war er in der Landeshauptstadt als Stadtrat bzw. Gemeinderat vertreten.

Die KPÖ in den Landtagen

Die Landtage wurden 1945 ebenso wie das Parlament erst im Dezember gebildet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die provisorischen Landesausschüsse gleichzeitig Exekutive und Legislative. Die Wahlen zu den Landtagen fanden am 25. November 1945 zeitgleich mit den Wahlen zum Nationalrat statt. Da das Ergebnis beider Wahlen in den einzelnen Ländern mehr oder weniger identisch war (Tabelle 2), schnitt die KPÖ bei den Landtagswahlen ähnlich enttäuschend ab wie bei den Nationalratswahlen. In drei Bundesländern – Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg – gelang der Einzug in den Landtag nicht. In den übrigen Bundesländern errang die KPÖ ein bis sechs – und insgesamt 15 – Mandate: eines im Burgenland (Otto Mödlagl, gleichzeitig dritter Landtagspräsident), eines in Salzburg (Franz Strasser), zwei in der Steiermark (Ditto Pölzl und Otto Fischer), zwei in Niederösterreich (Robert Du-

Bundesland	Stimmen	Prozent	Mandate	andere Parteien
Wien	70.262	7,90	6	58 SPÖ, 36 ÖVP
Niederösterreich	36.231	5,14	2	32 ÖVP, 22 SPÖ
Steiermark	26.542	5,39	2	26 ÖVP, 20 SPÖ
Burgenland	4.291	3,26	1	17 ÖVP, 14 SPÖ
Kärnten	14.521	8,10	3	18 SPÖ, 14 ÖVP, 1 DPÖ
Oberösterreich	12.418	2,64	–	30 ÖVP, 18 SPÖ
Salzburg	4.781	3,80	1	15 ÖVP, 10 SPÖ
Tirol	3.340	2,18	–	26 ÖVP, 10 SPÖ
Vorarlberg	1.710	2,46	–	19 ÖVP, 7 SPÖ

Tabelle 2: Stimmen-, Prozent- und Mandatszahlen der KPÖ bei den Landtagswahlen am 25. November 1945.

bovsky und Laurenz Genner), drei in Kärnten (Josef Peskoller, Josef Tschofenig und Johann Kazianka), sowie sechs in Wien, wo die KPÖ 7,90 Prozent der Stimmen erhalten hatte (Karl Altmann, Josef Lauscher, Theodor Maller, Viktor Matejka, Ludwig Soswinski und Karl Steinhardt).

Die KPÖ war fortan in nur zwei Landesregierungen vertreten. Aufgrund des Wahlergebnisses wäre ihr zwar weder in Wien noch in Niederösterreich ein Landesrat zugestanden, als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht blieb Laurenz Genner aber in Niederösterreich als „beratendes Organ“ Landesrat ohne Geschäftsbereich. In Wien verzichtete die SPÖ auf einen Sitz im Wiener Stadtsenat, damit Matejka als Kulturstadtrat im Amt bleiben konnte, was einen Hinweis darauf gibt, dass es nicht nur um die Wahrung der demokratischen Einheit ging, sondern SPÖ und ÖVP mit seiner Amtsführung zufrieden sein konnten und Matejka sich großer Wertschätzung erfreute. Matejka schied nach den Wahlen im Oktober 1949 aus dem Wiener Stadtsenat aus, Genner blieb bis November 1954 – mehr oder weniger als „Kontrollorgan“ – Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung.

In den einzelnen Landtagen waren KPÖ-Listen zum Teil noch bis 1970 ver-

treten (Tabelle 3): in Salzburg bis 1949, im Burgenland – nach einer Unterbrechung in den Jahren 1949 bis 1953 – bis 1956 (Vinzencz Böröcz), in Niederösterreich bis 1959 (neben den bereits genannten Genner und Dubovsky noch die Abgeordneten Fritz Lauscher, Karl Mörwald und der Linksozialist Viktor Pospischil), in Wien bis 1969 (neben den oben Genannten noch Josef Hausner, Stefanie Hofmann, Franz Karger, die Linksozialisten Franz Guger und Richard Kronberger, sowie Heinz Christoph vom Bündnispartner *Demokratische Union*) sowie bis 1970 in Kärnten (Hans Kalt und Arnulf Raimund) und – mit Unterbrechung von 1957 bis 1961 – in der Steiermark (Franz Leitner). In diesem Bundesland gelang im Jahr 2005 – im Sog der in den Vorjahren bereits in Graz erzielten Wahlerfolge – der Wiedereinzug in den Landtag mit vier Mandaten, von denen 2010 und 2015 zwei verteidigt werden konnten.

Die KPÖ auf kommunaler Ebene

Die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien konnte 1945 nicht nur in der Bundes- und den Landesregierungen, sondern auch auf Gemeindeebene realisiert werden, vor allem in der sowjetischen Besatzungszone. Es war eine Grundlinie der sowjetischen Politik,

Tabelle 3: Landtagsmandate der KPÖ in den einzelnen Bundesländern.

Bundesland	1945	1949	1953	1954	1956	1957	1959	1960/ 1961	1964/ 1965	2005	2010/ 2015
Wien	6	7		6			3		2		
Niederösterreich	2	3		3			–				
Burgenland	1	–	1		–						
Steiermark	2	1	1			–		1	1	4	2
Kärnten	3	1	1		1			1	1		
Salzburg	1	–									
gesamt	15	12		12				5	4	4	2

	1946	1948	1949/50	1954/55
Wien	47	47	44	47
Niederösterreich	844	703	325	345
Burgenland	205	206	41	57
Steiermark	116	110	100	47
Kärnten	113	118	31	23
Oberösterreich	88	84	53	40
Salzburg	47	25	14	8
Tirol	10	6	2	1
Vorarlberg	5	5	6	5
gesamt	1.475	1.304	616	573

Tabelle 4: Kommunistische Gemeinderäte (bzw. in Wien Bezirksräte) auf Basis von Vereinbarungen der drei Parteien bzw. auf Grundlage des Ergebnisses der Landtagswahlen am 25. November 1945 (1946 und 1948) sowie nach den Gemeinderatswahlen der Jahre 1949/50 und 1954/55.

in den von der Roten Armee besetzten Teilen Österreichs die zivile Gewalt sofort in die Hände lokaler antifaschistischer Kräfte zu legen. Die örtlichen Militärkommandanten wurden angewiesen, unmittelbar nach der Befreiung provisorische Bürgermeister einzusetzen.

In *Niederösterreich* verlief die Auswahl dieser Amtsträger weitgehend unsystematisch und willkürlich. In einigen Orten wurden etwa die bis 1938 amtierenden Bürgermeister wieder bestellt, in anderen Gemeinden wurden von der Bevölkerung vorgeschlagene lokale Honoratioren berufen bis hin zum örtlichen Pfarrer.¹⁷ Festzuhalten ist, dass es zu keiner einseitigen Besetzung der Bürgermeisterämter mit kommunistischen Parteigängern und zu keiner Bevorzugung der KPÖ kam, wie etwa in neueren wissenschaftlichen Untersuchungen behauptet wird.¹⁸ Wie viele Kommunisten im Jahr der Befreiung in Niederösterreich als Bürgermeister tätig waren, lässt sich aufgrund fehlender amtlicher und auch parteiinterner Statistiken nicht eindeutig feststellen. Eigene Recherchen auf Basis von Archivquellen und Heimatbüchern belegen, dass in knapp 100 Gemeinden ein Kommunist an der Spitze der Gemeindeverwaltung stand, wobei diese Zahl wohl etwas nach oben zu korrigieren sein wird. Nun war Niederösterreich 1945 ein Kleingemeindeland mit mehr als 1.600 Gemeinden. (Erst in den 1960er und 1970er Jahren reduzierte sich deren Zahl infolge von Gemeindezusammenlegungen auf schließlich 573 im Jahr 1973.) Hieraus ergibt sich ein Anteil an

kommunistischen Amtsträgern von knapp über sechs Prozent, was schwerlich als ein kommunistisches Übergewicht interpretiert werden kann.

Zu berücksichtigen ist gewiss, dass die kommunistischen Amtsträger zumeist in den Apriltagen ernannt wurden, es also allenfalls in dieser ersten Phase eine gewisse Bevorzugung gab. Ab Mai wurden von den Militärkommandanten fast nur noch Bestätigungen der bereits amtierenden Bürgermeister vorgenommen. Überproportional vertreten waren Kommunisten in den industriell geprägten Bezirken wie Wiener Neustadt, Baden und Neunkirchen, jedoch stößt man auch im Bezirk Wiener Neustadt auf nur zehn Kommunisten von insgesamt 40 Bürgermeistern, was einen Anteil von exakt 25 Prozent bedeutet. Kommunistische Bürgermeister amtierten weiters in der späteren Landeshauptstadt St. Pölten (Franz Käfer), in Korneuburg, Ebreichsdorf, Neunkirchen und Ternitz, aber auch in Gmünd und Waidhofen an der Ybbs, um nur wenige Beispiele zu nennen. In diese Statistik einbezogen wurden auch der Bürgermeister (bzw. Bezirksvorsteher) von Klosterneuburg, dem damaligen 26. Wiener Gemeindebezirk, und jene Ortsvorsteher, die in den Randgemeinden der damaligen Wiener Bezirke Mödling und Schwechat amtierten, die erst 1954 als eigenständige Gemeinden nach Niederösterreich rückgegliedert wurden (z.B. Brunn am Gebirge oder Wiener Neudorf).

Den Bürgermeistern zur Seite standen provisorische Orts- und Gemeindeausschüsse, die in einigen Gemeinden

auf Initiative der Bevölkerung und von Parteienvertretern bereits im April gebildet worden waren. Im Mai wurden die Bezirkshauptmänner von der Landesregierung angewiesen, in jenen Orten Bürgermeister und provisorische Gemeindeausschüsse einzusetzen, in denen bisher weder die Besatzungsmacht noch die örtliche Bevölkerung initiativ geworden war. Bei deren Bildung sei laut Erlass des provisorischen Landesausschusses vom 11. Mai zwar dem proportionalen Verhältnis der letzten Landtagswahlen des Jahres 1932 zu entsprechen, ebenso sollte jedoch „den derzeitigen Verhältnissen in möglichst großem Maße“ entgegengekommen werden,¹⁹ womit die Berücksichtigung kommunistischer VertreterInnen angesprochen wurde. Die Bildung der Gemeindeausschüsse aus VertreterInnen der drei Parteien ließ sich aber nicht durchgehend realisieren, weil es in kleineren Landgemeinden oft keine Kommunisten gab.

Beispielhaft für die unmittelbar nach der Befreiung einsetzende Aufbauarbeit der KPÖ an der Basis sind die beiden niederösterreichischen Industrieorte Neunkirchen und Ternitz. Hier ergriffen lokale Kommunisten bereits in den ersten Apriltagen die Initiative, um die Österreichweit ersten Gemeindeverwaltungen zu etablieren. In Neunkirchen wurde bereits am 2. April ein Gemeindeausschuss mit dem Kommunisten Karl Goll an der Spitze gebildet. Im ebenso am 2. April von der Roten Armee befreiten benachbarten Ternitz kam einen Tag später die Konstituierung des provisorischen Gemeinderats zustande, dem neben dem kommunistischen Bürgermeister Johann Brenner ein kommunistischer Vizebürgermeister und weitere 18 Gemeinderäte angehörten, davon 13 KPÖ-Mitglieder. Das Übergewicht der KPÖ in den Gemeindeausschüssen dieser Industriegemeinden kam nicht durch politischen Druck der Besatzungsmacht zustande oder etwa weil sich die KommunistInnen vorgedrängt hätten, sondern vor allem deshalb, weil andere politische Kräfte zu diesem frühen Zeitpunkt schlichtweg nicht auf den Plan getreten waren: die SPÖ oder eine christlich-soziale bzw. bürgerliche Partei existierten zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht.

So bauten KommunistInnen der ersten Stunde in diesen und anderen Industriegemeinden die öffentliche Verwaltung auf und wurden im Interesse der Bevölkerung aktiv, lange bevor entsprechende Weisungen seitens der Landesregierung erfolgten. Sie kümmerten sich aus eige-



Franz Käfer (1891–1962), kommunistischer Bürgermeister von St. Pölten 1945 bis 1950.

nem Antrieb – und nicht etwa auf Geheiß einer zu diesem Zeitpunkt noch nicht formierten Parteiführung – um die Wiederherstellung der Sicherheit, um die Lebensmittelversorgung, um die Wiedereingangssetzung der Betriebe und des Verkehrs usw. Nach einer gewissen Stabilisierung wurden die provisorischen Gemeindefrausschüsse schließlich den politischen Verhältnissen angepasst: So wurde die Neukonstituierung des Ternitzer Gemeinderats am 7. Juni 1945 im Verhältnis 12 KPÖ, 10 SPÖ und 4 ÖVP vorgenommen, in Neunkirchen setzte sich der Gemeinderat ab Mai drittelparitätlich aus VertreterInnen der drei Parteien zusammen.

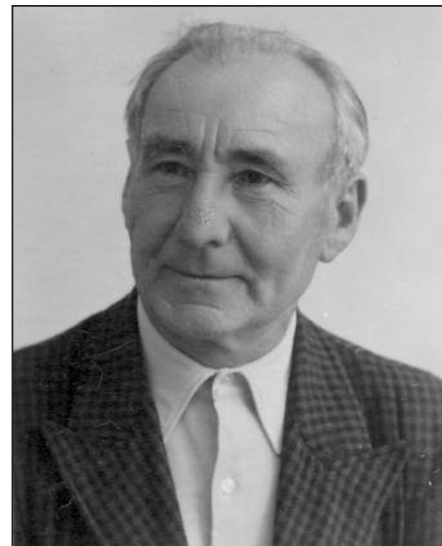
Auch in *Wien* waren die KommunistInnen die ersten, die in den April-Tagen die Initiative ergriffen, um die schwierige Lage zu meistern und das öffentliche Leben in Gang zu bringen. Sie organisierten die ersten Aufräumungsarbeiten, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Verpflegung der Spitäler, die Wiedereingangssetzung des öffentlichen Verkehrs usw. Die Tatsache, dass kommunistische AktivistInnen im April 1945 die wichtigste organisierende Kraft der Wiener Bevölkerung waren, spiegelte sich auch beim Wiederaufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen wider: So wurden in den einzelnen Bezirken von lokalen Sowjetkommandanturen so genannte „Bezirksbürgermeister“ eingesetzt bzw. bestätigt, woraus zunächst ein deutliches Übergewicht an kommunistischen Amtsträgern resultierte. Im Mai 1945 gehörten 13 von 21 Bezirksvorstehern in den „alten“ Wiener Bezirken, also jenen in den Grenzen vor dem „Anschluss“ im Jahr 1938, der KPÖ an. Kommunistische Bezirksvorsteher gab es darüber hinaus

auch in drei der fünf durch Eingemeindungen von den Nazi-Behörden neu geschaffenen Bezirken: in Stadlau (dem damaligen 22. Bezirk), Liesing (damals der 25. Bezirk) und – wie bereits erwähnt – in Klosterneuburg (26. Bezirk). Nimmt man die heutigen 23 Bezirke, also die „alten“ 21 Bezirke inklusive der heutigen Donaustadt (22.) und Liesing (23.), so gab es im Mai 1945 in Wien 15 kommunistische Bezirksbürgermeister.

Die Bezirksbürgermeister übten in den ersten Wochen nach der Befreiung weitreichende Kompetenzen aus, etwa bei der Organisation des Wohnungswesens, der Ernährung und bei der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung. In dieser Phase der Improvisation wurden beispielsweise 18.000 leerstehende Wohnungen geflüchteter Nazis unbürokratisch an Ausgebombte oder an Rückkehrer aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zugewiesen, Kleidungsstücke und Möbel aus ausgeräumten Naziwohnungen wurden an Bedürftige verteilt. In vielen Bezirken wurden in Absprache mit der Roten Armee eine Hilfspolizei bzw. ein Ordnungsdienst aufgestellt, um gegen Plünderungen einzuschreiten und die Sicherheit zu stabilisieren. Erst in weiterer Folge gingen diese Kompetenzen auf den Bürgermeister bzw. auf den Stadtsenat und die Wiener Polizeidirektion über.

Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses

Nach den Novemberwahlen des Jahres 1945, die die relative Schwäche der KPÖ gezeigt hatten, erhöhten die ÖVP und die SPÖ ihren Druck, den kommunistischen Einfluss zurückzudrängen, auch auf kommunaler Ebene. Zwar fanden im November 1945 keine Gemeinderatswahlen ab, die beiden großen Parteien waren aber bemüht, das Ergebnis der Landtagswahlen unmittelbar und direkt auf die Gemeindeebene anzuwenden und so die KommunistInnen weitgehend auszuschalten. Demgegenüber bezog die KPÖ den aus rechtlicher Sicht einwandfreien Standpunkt, dass die Zusammensetzung der Gemeindefrausschüsse auf Basis von Parteienverhandlungen erfolgt sei, weshalb auch zu ihrer Abänderung Parteienvereinbarungen notwendig seien. In *Niederösterreich* wurde hierauf ein entsprechender, mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ bereits im Dezember 1945 gefasster Beschluss der niederösterreichischen Landesregierung nach Verhandlungen mit der KPÖ wieder rückgängig gemacht. Die Neubildung der Gemeinde-



Josef Stockinger (1890–1961), kommunistischer Bürgermeister von Pottenstein (Bezirk Baden) 1945 bis 1955.

ausschüsse erfolgte schließlich aufgrund von örtlichen Parteienverhandlungen und auf Basis der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Gemeinden. Hierauf stellte die KPÖ im Frühjahr 1946 in Niederösterreich 844 Gemeinderäte.²⁰ Ein Vergleich mit 1945 ist nicht möglich, da die Anzahl provisorischer KP-Gemeinderäte im Jahr der Befreiung aufgrund des Fehlens einschlägigen Organisationsmaterials nicht bekannt ist bzw. es der Partei wohl auch zeitgenössisch unmöglich war, deren genaue Anzahl zu ermitteln. 1948 waren in Niederösterreich schließlich 703 kommunistische Gemeinderäte in 510 Gemeinden (ohne die Wiener Randgemeinden) tätig (Tabelle 4).

Die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Bürgermeister trat im Dezember 1945 bzw. zu Jahresbeginn 1946 freiwillig zurück, um den politischen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen. Nur in wenigen Gemeinden konnten diese Positionen bis zur ersten Gemeinderatswahl im Jahr 1950 gehalten werden, in einigen Fällen auf Geheiß von Ortskommandanten der Roten Armee. Nach KPÖ-internen Statistiken amtierten im Frühjahr 1946 noch 51, Anfang 1947 36 und Anfang 1948 schließlich 18 kommunistische Bürgermeister (Tabelle 5). Laut niederösterreichischem Amtskalender waren 1949 noch 13 kommunistische Bürgermeister im Amt, KPÖ-Berechnungen zufolge waren es neun, darunter auch Franz Käfer in St. Pölten. Bemerkenswert ist, dass es der KPÖ in einer einzigen Gemeinde gelang, auch nach 1950 weiterhin den Bürgermeister zu stellen, nämlich in Pottenstein im Bezirk Baden, wo Josef Stockinger bei den Gemeinderatswahlen 35 Prozent der

	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951
Wien	15	–					
Niederösterreich	98	51	36	18	9	6	1
Burgenland	26	17	13	11	7	–	
Steiermark	11	3	–				
Kärnten	4	3	3	3	–		
Oberösterreich	8	3	–				
Salzburg	2	2	–				
Tirol	–						
Vorarlberg	1	–					
gesamt	165	79	52	32	16	6	1

Tabelle 5: Kommunistische Bürgermeister in den einzelnen Bundesländern.

Stimmen erreichte und die KPÖ damit stärkste Partei blieb. Stockinger hatte dieses Amt bereits von 1924 bis 1934 für die SDAP ausgeübt und war bei der Bevölkerung überaus beliebt und angesehen. Er führte die KPÖ (bzw. die von ihr unterstützte „Volksopposition“) auch im Jahr 1955, bei den zweiten Gemeinderatswahlen nach 1945, mit 40 Prozent zu einem Wahlsieg. ÖVP und SPÖ gingen darauf aber von der allgemeinen Regel ab, dass immer die stärkste Partei den Bürgermeister stellen sollte und einigten sich auf einen anderen Kandidaten.

Insgesamt erreichte die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich im Mai 1950 325 Mandate in 169 Gemeinden (5,23 Prozent der Stimmen), also weniger als die Hälfte, die sie zuvor auf der Grundlage von Parteienvereinbarungen innegehabt hatte. Diese Anzahl konnte bei den Gemeinderatswahlen im April 1955 – vor Abschluss des Staatsvertrages – in etwa gehalten werden (305 Mandate, 4,37 Prozent der Stimmen, hinzu kamen 40 Mandate des mit der KPÖ verbundenen *Bundes der Kleinen Landwirte* und VO-naher Namenslisten).

In *Wien* wurden die Bezirksvertretungen bereits im Juli 1945 auf Basis von Parteienverhandlungen umgebildet: Der KPÖ verblieben zu diesem Zeitpunkt noch sieben von 21 Bezirksvorstehern, u.a. Karl Kempf (Favoriten), Elias Terlecki (Meidling), Theobald Wiesinger (Ottakring) und Alois Brunner (Hernals), elf gehörten der SPÖ an, drei der ÖVP. Im Amt blieben auch die drei kommunistischen Bezirksvorsteher in den „neuen“ Bezirken Stadlau (Matthias Böhm), Liesing (Karl Altmann, nicht zu verwechseln mit dem namensgleichen

Energieminister) und Klosterneuburg (Peter Baumgartner). Nimmt man demgemäß die damaligen 26 Wiener Bezirke zur Grundlage, so gab es ab Juli 1945 zehn kommunistische Bezirksvorsteher, bzw. neun (statt bisher 15), wenn man die heutigen, seit 1954 gültigen Stadtgrenzen berücksichtigt. Im April 1946 wurden aufgrund des Ergebnisses der Novemberwahlen alle kommunistischen Bezirksbürgermeister abgelöst.

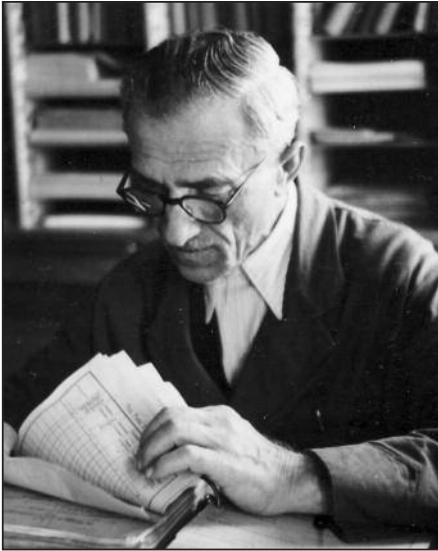
Nachdem im Jahr 1945 auf Bezirksratsebene knapp 200 MandatarInnen in Anwendung der Drittelparität der KPÖ angehörten, blieben der Partei nach den Wahlen 47 Mandate (von insgesamt 644), nachdem das Ergebnis der Landtagswahlen – die KPÖ erreichte hier 8,03 Prozent – direkt in den einzelnen Bezirken umgesetzt wurde. Die größte Zahl an KP-Bezirksräten gab es in Stadlau mit fünf, nachdem die KPÖ hier 16 Prozent der Stimmen erhalten hatte. In Liesing und Favoriten waren es jeweils vier Mandate, in Floridsdorf, Simmering und in der Leopoldstadt drei, in allen weiteren zwei oder eines. Bei den ersten Bezirksratswahlen im Oktober 1949 erreichte die KPÖ 44 Mandate (7,85 Prozent), 1954 steigerte sie sich auf 47 (8,28 Prozent). Im Unterschied zu anderen Bundesländern blieb damit der Anteil an Bezirksratsmandaten in der Bundeshauptstadt von 1946 bis nach 1955 konstant.

Im *Burgenland* können auf Basis eigener Recherchen zumindest 26 kommunistische Bürgermeister im Jahr 1945 nachgewiesen werden, etwa in Oberwart und Pinkafeld.²¹ 1948 waren von diesen noch 13 im Amt, 1949 immer noch sieben, u.a. Johann Wiesinger in der Statutarstadt Rust (bis 1950), wo die KPÖ bei

den Wahlen des Jahres 1945 34 Prozent der Stimmen erhalten hatte. 1947 gab es in 106 der insgesamt 329 burgenländischen Gemeinden 220 kommunistische Gemeinderäte und sieben Stadträte. Bei den ersten Gemeinderatswahlen im November 1950 erreichte die KPÖ (bzw. der „Linksblock“ und mit ihm verbundene Listen des *Bundes der Kleinen Landwirte*) 41 Mandate. Deren Zahl konnte im November 1954 auf 57 gesteigert werden, nachdem neben der „Volksopposition“ in einigen Gemeinden auch wieder KPÖ-nahe oppositionelle Kleinbauernlisten kandidiert hatten.

In der *Steiermark* gelang es in den Tagen der Befreiung sowohl der „Kampfgruppe Steiermark“, einer seit 1944 im Bereich der Sau- und Koralpe operierenden kommunistischen Partisanengruppe, als auch der Partisanengruppe Leoben-Donawitz in manchen Gemeinden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen: In Leoben wurde ein so genannter Dreierausschuss der *Österreichischen Freiheitsfront* gegründet, dem Vertreter der drei Parteien angehörten und der vom Kommunisten Sepp Filz geleitet wurde. Der Bürgermeister von Leoben Gottfried Heindler gehörte zumindest kurzzeitig der KPÖ an.²² Im Bezirk Leoben und in Mürzzuschlag waren mit Josef Mandl und Michael Ruschak kommunistische Bezirkshauptmänner im Amt. In Graz wurde der Stadtsenat drittelparitätisch mit jeweils drei Stadträten der Parteien etabliert. Johann Janeschitz, der in der NS-Zeit jahrelang im Zuchthaus gesessen war, wurde Vizebürgermeister. Insgesamt lassen sich zumindest elf kommunistische Bürgermeister in der Steiermark im Jahr 1945 nachweisen, wobei von einer etwas höheren Anzahl auszugehen ist. 1946 waren es nur noch drei in kleineren Gemeinden.

Anfang 1946 wurden in der Steiermark die provisorischen Gemeindevertretungen entlang des Ergebnisses der Landtagswahlen vom November 1945 umgebildet, was zur weitgehenden Ausschaltung des bisherigen kommunistischen Einflusses führte. Der KPÖ verblieben hierauf 110 Gemeinderatsmandate. Nach den Wahlen in Graz im Oktober 1949 (zwei Mandate) und den ersten Gemeinderatswahlen in den übrigen Gemeinden im April 1950 waren es 100. Im Unterschied zu den zweiten Kommunalwahlen nach 1945 in Wien und Niederösterreich gab es in der Steiermark im April 1955 einen Absturz, verringerte sich doch die Anzahl der Mandate auf 47 (inklusive der beiden Grazer Mandate vom Februar 1953).



Karl Kempf (1897–1991), kommunistischer Bezirksvorsteher von Favoriten (Wien X.) 1945–46.

Kommunistische Bürgermeister gab es im Jahr 1945 nicht nur in der sowjetischen Zone, wo sie zumeist von Militärkommandanten ernannt worden waren. So waren in *Kärnten* 1948 noch drei KP-Bürgermeister im Amt, wobei diese von Vertretern der *Osvobodilna fronta*, der mit der KPÖ verbundenen slowenischen Befreiungsfront, besetzt wurden. 1945 war auch in Landskron, der damals größten Landgemeinde Kärntens (sie gehört heute zu Villach), ein Kommunist Bürgermeister, nachdem der zunächst parteilose Sebastian Schiestl im Juli der Partei beigetreten war. Darüber hinaus liegen keine verlässlichen Angaben über kommunistische Amtsträger im Jahr 1945 vor.

Schwierig war die Situation für die KPÖ in den Kärntner Gemeinderäten: So musste die Landesregierung auf Geheiß der britischen Militärregierung im September 1945 eine Gemeindeordnung erlassen, wonach die Gemeindeausschüsse nach dem Ergebnis der letzten Gemeinderatswahlen in den Jahren 1931/32 umzubilden seien. Hierauf mussten die kommunistischen MandatarInnen aus fast allen Gemeindeausschüssen ausscheiden.²³ Wie in allen Bundesländern außerhalb der sowjetischen Zone wurde schließlich das Landtagswahlergebnis vom November 1945 für die Neubildung der Gemeindeausschüsse herangezogen. Was in Niederösterreich für die KPÖ einen Nachteil dargestellt hätte, geriet ihr in Kärnten zum Vorteil, zogen doch nun 113 KommunistInnen in 58 der 267 Kärntner Gemeinderäte ein. Diese vergleichsweise große Zahl lag darin begründet, dass die KPÖ in diesem Bundesland mit 8,1 Pro-

zent ihr Österreichweit bestes Wahlergebnis erreicht hatte. Nach den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt und Villach im Oktober 1949 (ein bzw. zwei Mandate) und dem Wahlgang in den übrigen Gemeinden im März 1950 verblieben insgesamt 31 Mandate. Bei den Gemeinderatswahlen im März 1954 konnten nur noch 20 Mandate erzielt werden, zu denen ein Mandat in Klagenfurt und zwei in Villach aus dem Jahr 1953 zu addieren sind.

In *Oberösterreich* gab es 1945 zumindest acht kommunistische Bürgermeister, 1946 waren es noch drei. In Bad Goisern (Bezirk Gmunden) wurde im Mai 1945 der Schriftsteller Arnolt Bronnen im Auftrag der Widerstandsbewegung zum Bürgermeister berufen, ihm folgte wenige Wochen später mit Martin Langeder erneut ein Kommunist. Einen kommunistischen Bürgermeister gab es kurzzeitig auch im östlichen Teil der Stadt Steyr, in jener zweieinhalb Monate dauernden Phase bis Ende Juli 1945, in der die Stadt geteilt war. Der KP-dominierte Gemeinderat von Steyr-Ost nutzte diese wenigen Wochen, um im Stadtteil Münichholz mehrere Straßen nach kommunistischen Widerstandskämpfern zu benennen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben lassen mussten, u.a. auch nach Alfred Klahr. 1948 gab es im amerikanisch besetzten Teil Oberösterreichs 32 MandatarInnen in 23 Gemeinden, sowie 52 kommunistische VertreterInnen in 51 Gemeinden des sowjetisch besetzten Mühlviertels. Nach den ersten Gemeinderatswahlen im Oktober 1949 blieben der KPÖ (bzw. dem „Linksblock“) 53 Mandate, drei davon in der Landeshauptstadt Linz. Im Oktober 1955 sank diese Zahl auf 40.

Einen KPÖ-Bürgermeister gab es 1945 auch in der Industriegemeinde Hallein in *Salzburg*, wobei Karl Nedomlel bis kurz nach den Novemberwahlen im Amt blieb. Nedomlel war Betriebsrat in der Halleiner Zellulosefabrik, wo die kommunistische Gewerkschaftsfraktion in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bei Betriebsratswahlen stets die Mehrheit erzielte. Bei den allgemeinen Wahlen im November 1945 erreichte die KPÖ in Hallein 14,5 Prozent der Stimmen. Nach den Wahlen wurden die Gemeindevertreter im Land Salzburg nach dem Proporz eingesetzt, worauf der KPÖ 25 Mandate in 24 Gemeinden blieben. Nach den ersten Gemeinderatswahlen im Oktober 1949 waren es 14 Mandate, u.a. drei in Hallein, zwei in Saalfelden und eines in der Stadt Salzburg (Heinrich Falterbauer). Deren Anzahl ging nach



Karl Nedomlel, kommunistischer Bürgermeister von Hallein 1945–46.

dem zweiten Wahlgang im Oktober 1954 auf acht zurück.

Am schwächsten war die kommunale Verankerung der KPÖ in Tirol und Vorarlberg: In *Tirol* gab es nach 1945 nur noch sechs Gemeinderäte, u.a. in der Landeshauptstadt Innsbruck, sowie in Schwaz, Telfs und Jenbach. Bei der Gemeinderatswahl, die 1950 in Innsbruck wiederholt werden musste, errang die KPÖ zwei Mandate und damit die einzigen beiden in diesem Bundesland. Eines davon konnte 1953 in Innsbruck gehalten werden. Bei den im März 1956 in den übrigen Gemeinden stattfindenden Gemeinderatswahlen wurde kein Mandat erzielt.

In *Vorarlberg* amtierte im Jahr 1945 in einer Gemeinde ein kommunistischer Bürgermeister: So wurde Richard Kolar, der bereits vor 1938 Landesleiter der Partei war, nach der Befreiung von der Widerstandsbewegung zum Bürgermeister von Klösterle (Bezirk Bludenz) berufen und von der französischen Militärregierung bestätigt. Er blieb bis September 1945 im Amt.²⁴ Auch in im westlichsten Bundesland Österreichs wurden die Gemeindeausschüsse nach dem Proporz des Landtagswahlergebnisses vom November 1945 umgebildet, worauf der KPÖ in den Städten Bregenz, Bludenz, Dornbirn und Feldkirch fünf Gemeinderäte blieben. Bei den ersten Gemeinderatswahlen im April 1950 wurden sechs Mandate errungen (u.a. zwei in Bregenz), beim zweiten Wahlgang im April 1955 waren es fünf.

Gesamtbilanz

Aus den genannten Daten über die regionale und lokale Verankerung der KPÖ nach 1945 ergibt sich folgende Gesamtbilanz für Österreich: Nach Kriegsende war die KPÖ als eine der drei Gründer-

parteien der Zweiten Republik in allen neun Landesregierungen mit zumindest einem Landesrat vertreten, nach den Wahlen vom November 1945 nur noch in Wien und Niederösterreich mit jeweils einem Mitglied. Ab diesem Zeitpunkt saßen in sechs von neun Landtagen insgesamt 15 kommunistische Abgeordnete.

Im Jahr der Befreiung amtierten in Österreich mindestens 165 kommunistische Bürgermeister, eine Zahl, die aufgrund unvollständiger Angaben über Niederösterreich, das Burgenland, Steiermark und Kärnten nach oben zu korrigieren sein wird. Im Frühjahr 1946, vor der nun folgenden Umbildung der Gemeindeausschüsse, waren ca. 75 Bürgermeister, 170 Vizebürgermeister und 1.475 kommunistische Gemeinderäte im Amt. In der sowjetischen Zone wurden die Gemeindeausschüsse auf der Grundlage von Parteienvereinbarungen reorganisiert, in den übrigen Bundesländern auf Basis der Ergebnisse der Landtagswahlen vom November 1945. Die Anzahl der Bürgermeister ging von 1948 auf 1949 von 32 auf 16 zurück. Der überwiegende Großteil der ca. 1.300 Gemeinderäte im Jahr 1948, nämlich ca. 950, war in der sowjetischen Besatzungszone tätig. Nach den ersten Gemeinderatswahlen in den Jahren 1949 und 1950 verfügte die KPÖ bzw. der „Linksblock“ über etwas mehr als 600 Gemeinderatsmandate in knapp 340 Gemeinden. Dieses Ergebnis konnte bei den Gemeinderatswahlen der Jahre 1954 und 1955 in etwa gehalten werden. Erst in der Folgezeit, nach dem Abschluss des Staatsvertrags, ging der Einfluss der KPÖ auf kommunaler Ebene kontinuierlich zurück.

Heute werden die Leistungen der KommunistInnen für den demokratischen Wiederaufbau Österreichs gerne übersehen oder totgeschwiegen, passen sie doch nicht in das sozialpartnerschaftlich geprägte Bild, das die Geschichte der Zweiten Republik als großkoalitionäre Erfolgsstory mit den Hauptakteuren SPÖ und ÖVP zeichnet. Auch im laufenden Gedenkjahr 2015 hat der kommunistische Anteil am Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung in den Jahren nach 1945 so gut wie keine Rolle gespielt. Der 70. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Faschismus ist insofern auch ein Anlass dafür, diesen Aspekt der KPÖ-Geschichte in seiner quantitativen Tragweite in Erinnerung zu rufen.

Anmerkungen:

1/ Freiheit! Frieden! Österreich! Das Referat des Genossen Kopljenig auf der Wiener Parteikonfe-

renz am 13. Mai 1945. [Wien] o.J. [1945], S. 13.
2/ Zu den Exilkonzeptionen der KPÖ vgl. Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76.

3/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006.

4/ Hautmann, Hans: Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10.

5/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11.1.1946, S. 1f.

6/ Vgl. dazu Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln: Verlag Styria 1979, S. 75–101. Zum Verwaltungsaufbau insgesamt: Jagschitz, Gerhard: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? (wie Anm. 2), S. 367–416, bes. S. 376–416.

7/ Mugrauer, Manfred: Karl Steinhardt (1875–1963). Eine biographische Skizze, in: Steinhardt, Karl: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 7–79.

8/ Stadtrat Fellinger angelobt, in: *Österreichische Zeitung*, 21.11.1945, S. 2.

9/ Mugrauer, Manfred: „Angelegenheit Matejka“. Viktor Matejkas KPÖ-Mitgliedschaft im Spannungsfeld von Konflikt und Freiraum, in: *Zeitgeschichte*, 32. Jg. (2005), Nr. 6, S. 371–398.

10/ Ernst, August: Zur Wiedererrichtung des Burgenlandes im Jahre 1945, in: *Burgenländische Heimatblätter*, 30. Jg. (1968), Nr. 3, S. 105–122, hier S. 106–108.

11/ RGASPI 17/128/35/45-51, Bericht der Politverwaltung der III. Ukrainischen Front über die Tätigkeit der Verwaltungsorgane der Stadt Graz und die Stimmung der Stadtbevölkerung, 21.6.1945, Dok. 17 in Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005, S. 163–167.

12/ Wadl, Wilhelm: Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick, hg. vom Kärntner Landesarchiv. Klagenfurt 1985, S. 22–57; Walzl, August: Kärnten 1945. Vom NS-Regime zur Besatzungsherrschaft im Alpen-Adria-Raum. Klagenfurt: Universitätsverlag Carinthia 1985, S. 249.

13/ Oberösterreich April bis Dezember 1945. Ein Dokumentarbericht, hg. v. Oberösterreichischen Landesarchiv. Linz: OÖ. Landesarchiv 1991 (Quellen zur Geschichte Oberösterreichs, Bd. 2).

14/ Leimlehner, Erich Karl: Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 bis 1955. Zürich: Juris 1974, S. 84f.

15/ Köfler, Gretl: Widerstandsbewegung und politischen Parteien in Tirol, in: Pelinka, Anton/Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die Sieger: 40 Jahre 2. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag. Wien: Braumüller 1986, S. 37–51, hier S. 48.

16/ Weber, Wolfgang (Hg.): Befreiung und Restauration. Die Protokolle des Vorarlberger Landesausschusses aus dem Jahr 1945. Regensburg: Roderer Verlag 2005 (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs, Bd. 6), S. 113.

17/ Dazu und zum folgenden: Mugrauer, Manfred: Die Kommunistische Partei in Niederösterreich, in: Eminger, Stefan/Langthaler, Ernst (Hg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik, hg. vom Niederösterreichischen Landesarchiv. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2008, S. 535–564, hier S. 543–548.

18/ Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2005, S. 71–75, hier S. 74f.

19/ NÖLA, Präs. I, Zl. 4–1945 v. 11.5.1945, Der provisorische Landesausschuss für Niederösterreich an alle Bezirkshauptmänner, Betr.: Übernahme der Amtsgeschäfte.

20/ Die folgenden Angaben über die Anzahl kommunistischer Mandate ab 1946 stützen sich auf Organisationsmaterialien im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ, die aus Platzgründen nicht im einzelnen ausgewiesen werden, sowie auf die zeitgenössische Berichterstattung in der Parteipresse.

21/ Dazu auch: Maier, Otto: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien, Bd. 2: Gemeinden, Biographien der Bürgermeister. Eisenstadt: Edition Rötzer 1993.

22/ Halbrainer, Heimo: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“. Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Mugrauer, Manfred (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2013, S. 181–198, hier S. 186f.

23/ Klagenfurter Gemeinderat ohne Kommunisten, in: *Volkswille*, 24.11.1945, S. 2.

24/ Weber, Wolfgang: Familiengeschichte und Parteipolitik. Ideologische und prosopographische Aspekte einer Dornbirner Arbeiterfamilie im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs*, 54. Jg. (2002), Nr. 4, S. 276–296, hier S. 289.

Zimmerwald 1915

Ausgangspunkt für die Umwandlung des Krieges in die Revolution

HANS HAUTMANN

Das Schweizer Bergdorf Zimmerwald, unweit von Bern, war im September 1915 Schauplatz einer Zusammenkunft von 37 Personen, die zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteien in Opposition standen. Einigkeit darüber, mit welchen Mitteln der Protest in Taten umgesetzt werden sollte, herrschte unter ihnen ebenso wenig wie über das anzustrebende Ziel. Nur eine Gruppe von acht Teilnehmern legte ein Programm vor, das die in Angriff zu nehmenden Aufgaben klar umriss. Es erschien der Konferenzmehrheit in seiner Radikalität weit überzogen und stieß auf Ablehnung. Aber nur zwei Jahre später bestätigte sich die Richtigkeit dieses Konzepts. Das im September 1915 noch Unvorstellbare, für unmöglich Gehaltene geschah: eine siegreiche soziale Umwälzung, die den Grundstein für die kommunistische Weltbewegung legte.

Lenins Schweizer Jahre

Die Zeit, die Lenin, der Schöpfer des revolutionären Programms der Zimmerwalder Linken, vom 5. September 1914 bis 9. April 1917 in der Schweiz verbrachte, gehört zu den wichtigsten Perioden seines Lebens.¹ Hier vollendete er den Lexikoneintrag „Karl Marx“ für die russische Enzyklopädie „Granat“, eine der besten Zusammenfassungen der marxistischen Lehre; er studierte Hegels „Wissenschaft der Logik“ und dessen dialektische Methode, niedergelegt in den auch heute noch mit Gewinn zu lesenden „Philosophischen Heften“; er verfasste eines der Hauptwerke der marxistischen Politökonomie: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“; er entwickelte mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das entscheidende Glied für die Verknüpfung der nationalen Frage mit der sozialistischen Revolution; und er begründete in dem Aufsatz „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ eine neue Theorie der sozialistischen Revolution, der zufolge der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Land möglich sei.

Damit nicht genug verfasste er im tagespolitischen Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus zahlreiche Resolutionen, Artikel, Broschüren, hielt Referate und führ-

te eine umfangreiche Korrespondenz mit GesinnungsgenossInnen, in der er Anregungen gab, Lob spendete, kameradschaftliche Kritik übte oder seiner Verärgerung in drastischer Weise freien Lauf ließ. Letzteres geschah häufig. „Das ist eben mein Schicksal“, schrieb er am 18. Dezember 1916 an Inessa Armand, „ein Waffengang nach dem andern – gegen politische Dummheiten und Banalitäten, gegen den Opportunismus usw. So geht das seit 1893. Daher auch der Hass der Hohlköpfe. Nun, ich würde trotzdem mein Schicksal nicht gegen einen ‚Frieden‘ mit den Hohlköpfen eintauschen.“² Der Schweizer Sozialdemokrat Fritz Platten, einer der wenigen, die in Zimmerwald an Lenins Seite standen, schilderte, dass er, auch ihm gegenüber, „oft geradezu verletzend und brüsk jede Konzession in der Idee ablehnte“.³

Die ungeheure theoretische wie praktisch-organisatorische Leistung, die Lenin im Schweizer Exil erbrachte, liegt nur aus der Hinterdreinsicht offen vor Augen. Die Zeitgenossen, selbst sozialistische Mitkämpfer, erkannten sie in ihrer Bedeutung nicht. Mehr noch: Lenins Position wurde fast einhellig missbilligt. Diese deprimierende Erfahrung ebenso wie die Tatsache, dass die Antikriegsbewegung überall in Europa nur verzweifelt langsam vorankam, entlud sich bei ihm in heftigen Emotionen. Lenin erschien den anderen als Eiferer, sturer Besserwisser, Spalter und Verfechter eines abenteuerlichen, irrationalen Kurses. Niemand sah, dass er in der Schweiz im Begriff war, eine welthistorische Antwort auf die drängendste Frage der Zeit zu finden: wie das durch Krieg und Krise erschütterte kapitalistische System auf revolutionärem Wege aus den Angeln zu heben sei.

Was tun?

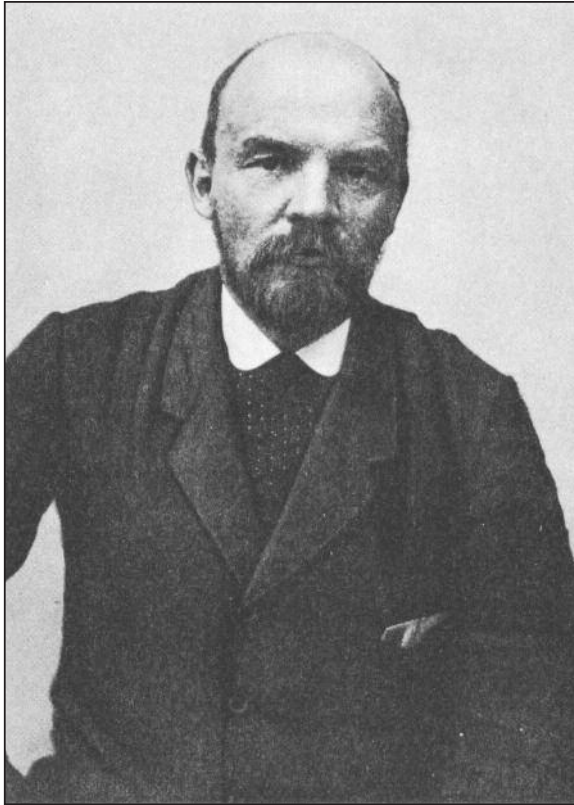
Schon einen Tag nach seiner Einreise in die Schweiz, am 6. September 1914, hielt Lenin vor emigrierten russischen Parteigenossen – nicht mehr als acht oder neun Personen – in Bern einen Vortrag und unterbreitete ihnen Thesen über die „Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg“. Alle wesentlichen Bestandteile seiner Maximen waren darin bereits enthalten: die Charakterisierung des Krieges als eines

„bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Krieges“ mit „Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder“; die Feststellung des „ideologischen und politischen Zusammenbruchs“ der II. Internationale, dessen Hauptursache darin zu suchen sei, „dass in ihr faktisch der kleinbürgerliche Opportunismus überwiegt“, dessen Vertreter die „sozialistische Revolution verneinten und durch den bürgerlichen Reformismus ersetzten“, indem sie „den Klassenkampf und seinen zu bestimmten Zeitpunkten notwendigen Umschlag in den Bürgerkrieg leugneten“ und sie sich im „Kampf gegen den Militarismus auf einen spießbürgerlich-sentimentalen Standpunkt beschränkten, anstatt anzuerkennen, dass die Proletarier aller Länder gegen die Bourgeoisie aller Länder einen revolutionären Krieg führen müssen“. Aufgabe sei es nun, „sich dieser bürgerlichen Richtung im Sozialismus unwiderruflich und entschieden zu entledigen“.⁴

Drei Wochen später, am 1. November 1914, zog Lenin erstmals die Schlussfolgerung, dass eine „vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale“ notwendig sei, der es zukomme, „die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus“.⁵

Sukzessive konkretisierte Lenin 1914/15 den Forderungskatalog: Ablehnung der Kriegskredite in den Parlamenten, Austritt aus den Regierungen (in Frankreich und Belgien waren Sozialdemokraten Minister geworden), Entlarvung des imperialistischen Kriegscharakters von den Tribünen der Volksvertretungen, in der legalen und illegalen Presse, Organisation von Straßendemonstrationen, Propaganda der internationalen Solidarität in den Schützengraben durch Soldatenverbrüderungen, Förderung von ökonomischen und politischen Streiks, „Burgkrieg statt Burgfrieden“.

Zum Zeitpunkt, als dieses in seiner Schärfe beispiellose Programm vorlag, erschien es im alles übertönenden Schlachtenlärm selbst ehrlichen und aufrechten Kriegsgegnern als substanzloser, realitätsferner Wunschtraum. Lenin hielt aber unbeirrt daran fest, weil er über-



W. I. Lenin im Jahr 1914

zeugt war, dass der sozialistische Geist in der Millionenmasse der europäischen Arbeiterschaft trotz chauvinistischer Hetze und „Vaterlandsverteidigungs“-Propaganda nicht erloschen sein konnte, dass die bitteren Kriegserfahrungen an den Fronten und im Hinterland ihn früher oder später wieder anfachen mussten – und dann mächtiger denn je. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass es die im August 1914 auf sozialpatriotische Positionen übergelaufenen Führer der II. Internationale selbst gewesen waren, die ihre Anhänger genau in diesem Geist des Sozialismus, proletarischen Internationalismus und Völkerfriedens über lange Jahre erzogen hatten.

Die sozialistische Frauenkonferenz

Die erste internationale Tagung gegen den Krieg ging von sozialistischen Frauen aus. Federführend war Clara Zetkin, die Frauensekretärin der II. Internationale. Ursprünglich wollte sie Vertreterinnen aller offiziellen Parteien einladen. Die Parteiführungen aus beiden Kriegsblöcken lehnten aber die Teilnahme ab, sodass nur linke Sozialistinnen erschienen und die Zusammenkunft dadurch einen oppositionellen Charakter bekam.⁶

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz fand vom 26. bis 28. März 1915 in Bern statt. Gekommen waren 29 Delegierte, die acht Länder vertraten: Deutschland, Frankreich, England,

Holland, Italien, Polen, Russland und die Schweiz.⁷ Österreich glänzte durch Abwesenheit.

Der Verlauf der Konferenz verdeutlichte, wie schwer es damals sogar einer entschiedenen Linken und späteren prominenten Kommunistin wie Clara Zetkin fiel, die Lenin'sche Strategie anzunehmen. Sie fürchtete, die Arbeiterschaft, die in der Masse noch unter dem Einfluss zentristischen Gedankenguts stand, durch einen Aufruf vor den Kopf zu stoßen, das radikale Forderungen wie den organisatorischen Bruch mit den Sozialpatrioten und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg beinhaltete. Die Vertreterinnen der Bolschewiki Nadeshda Krupskaja (Lenin Frau), Inessa Armand und

Jelena Rosmirowitsch legten gegen den Manifest-Entwurf, erstellt von Clara Zetkin, Käthe Duncker und Angelica Balabanoff, Protest ein, stimmten ihm aber auf Anweisung Lenins schließlich zu.

Hier zeigte sich, wie danach auch in Zimmerwald und Kienthal, dass Lenin bei aller Unnachgiebigkeit in prinzipiellen Fragen auch taktisch vorsichtig und kompromissbereit agieren konnte. Er erkannte, dass der einzige Weg, die hinter den zentristischen Führern stehenden ArbeiterInnen und FunktionärInnen zu gewinnen, vorerst nur darin bestehen konnte, mit ihnen gemeinsam zu kämpfen und sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit seiner Orientierung zu überzeugen.

Die Frauenkonferenz und das Manifest waren trotz ihrer Schwächen eine wichtige Initiative zur Sammlung der internationalistischen Kräfte. Sie bewiesen, wie Angelica Balabanoff schrieb, „der ganzen Welt, dass der Krieg nicht imstande sei, [...] das sozialistische Bewusstsein der Arbeitermassen zu trüben und die Bande der Solidarität der Ausgebeuteten aller Länder zu lockern“.⁸

Die sozialistische Jugendkonferenz

Ein ähnliches Ergebnis zeitigte auch die Internationale Sozialistische Jugendkonferenz, die vom 5. bis 7. April 1915 in Bern tagte. Sie wurde vom sozialistischen Jugendverband der Schweiz mit

Willi Münzenberg, einem aus Deutschland eingewanderten Jungarbeiter, im Einvernehmen mit Stuttgarter sowie italienischen linken Jungsozialisten gegen den Widerstand der offiziellen Instanz einberufen. Diese Instanz war die 1907 gegründete Sozialistische Jugendinternationale, deren Büro seinen Sitz in Wien hatte und von dem Österreicher Robert Danneberg geleitet wurde.⁹ Danneberg stellte, obwohl Anhänger der um Friedrich Adler gescharten innerparteilichen Linken, die Tätigkeit des Büros bei Kriegsbeginn faktisch ein und sandte an die Einberufer eine Postkarte mit dem dürren Inhalt, sich zum Vorschlag „nicht äußern zu können“.¹⁰

An der Jugendkonferenz nahmen 16 Delegierte aus neun Ländern teil: Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Holland, Italien, Norwegen, Polen, Russland und Schweiz.¹¹ Wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der bolschewistischen Delegation und dem Schweizer Zentristen Robert Grimm, der für den Textentwurf der Resolution verantwortlich zeichnete. Obwohl er, anders als das Frauenmanifest, bereits einen Passus gegen die Politik des Burgfriedens enthielt, nannte Lenin die Erklärung „mutlos“ und ein „Auf der Stelle-Treten“.¹² Er anerkannte aber, dass die Jugendkonferenz „von den besten Wünschen beseelt“ war und erwies den Teilnehmern, wie sich Willi Münzenberg erinnerte, eine „von feinstem pädagogischen Takt zeugende kameradschaftliche Hilfe“.¹³

Das bleibende Ergebnis der Jugendkonferenz war die Wahl eines Internationalen Sozialistischen Jugendbüros, das unter der Leitung Münzenbergs die Arbeit der Jugendinternationale wieder aufnahm. Es wurde 1919 als eine der ersten Organisationen Mitglied der neu gegründeten Kommunistischen Internationale.¹⁴ Ein weiterer wichtiger Beschluss betraf die Herausgabe der Zeitschrift *Jugend-Internationale*, von der während des Krieges elf Nummern erschienen. Sie öffnete ihre Spalten prominenten linken SozialistInnen (Lenin, Karl Liebknecht, Radek, Bucharin, Sinowjew, Otto Rühle, Angelica Balabanoff, Alexandra Kollontai u.a.)¹⁵ und hatte für die Verbreitung der Antikriegsbewegung große Bedeutung. Lenin würdigte sie mit den Worten: „Die ganze Zeitschrift ist durchdrungen vom prachtvollen Geist glühenden Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die ‚Vaterlandsverteidiger‘ im gegenwärtigen Krieg, von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem sie zerfres-

senden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen“.¹⁶

Der Anstoß für Zimmerwald

Am 15. Mai 1915 (noch war Italien nicht in den Krieg eingetreten) beschloss die Exekutive der Sozialistischen Partei Italiens, zu einer Konferenz alle Parteien und Arbeiterorganisationen einzuladen, „von denen bekannt war, dass sie auf dem Boden der alten Grundsätze und der Beschlüsse der Internationale verblieben seien, und bei denen vorausgesetzt werden konnte, dass sie bereit wären, gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine gegen den Krieg gerichtete, gemeinsame, gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzustehen“.¹⁷

Der Entschluss, eine internationale Konferenz ohne Einverständnis mit dem Führungsorgan der II. Internationale, dem „Internationalen Sozialistischen Büro“ (ISB) in Brüssel, einzuberufen, war ein erster Schritt in Sinne Lenins, die Internationale durch den Bruch mit den Sozialpatrioten zu erneuern, auch wenn sich die meisten Beteiligten dessen nicht bewusst waren. Mit der Vorbereitung der Zusammenkunft wurden Robert Grimm und Angelica Balabanoff (damals führende Funktionärin der italienischen Sozialistischen Partei) betraut.

Für den 11. Juli 1915 berief Grimm nach Bern eine Vorbesprechung mit je einem Vertreter aus Deutschland, Frankreich, England, der Bolschewiki und Menschewiki ein, die das Programm der Konferenz festzusetzen, das Einladungsschreiben zu entwerfen und die Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution einzusetzen hatte.¹⁸ Wieder entbrannte ein heftiger Streit. Grimm wollte Karl Kautsky, Hugo Haase und Eduard Bernstein aus Deutschland einladen, die am 19. Juni 1915 den Aufruf „Das Gebot der Stunde“ publiziert hatten. Darin wandten sie sich gegen die Absicht von „Eroberungen“ im Krieg und plädierten für einen „demokratischen Frieden“.¹⁹ Die Erklärung war rein sozialpazifistisch und weit davon entfernt, linken oder gar revolutionären Charakter zu tragen. Im Auftrag Lenins wandte sich Sinowjew auf der Vorkonferenz entschieden dagegen, die „sich um Haase, Kautsky usw. gruppierenden Elemente“ zuzulassen und verlangte, die linksoppositionellen Gruppen aller Länder, darunter die von Julian Borchardt geleitete Gruppe „Lichtstrahlen“ aus Deutschland, einzuladen.²⁰ Das eine erledigte sich von selbst,

weil Kautsky, Haase und Bernstein eine Beteiligung an der Konferenz ablehnten, das andere hingegen musste Grimm, wenngleich widerwillig, akzeptieren.

Die Formierung der Zimmerwalder Linken

In den Wochen nach der Vorkonferenz arbeitete Lenin fieberhaft daran, eine möglichst starke Vertretung der Linken und ihr geschlossenes Vorgehen in Zimmerwald zu erreichen. Er war „sehr erregt und schrieb überallhin Briefe“.²¹ Unterstützung fand er bei Sinowjew, seinem damals wichtigsten Mitarbeiter, und bei Karl Radek, dem Vertreter der Opposition in der Sozialdemokratie Polens. Radek entwarf für Zimmerwald die Resolution der Linken, an der Lenin einige Korrekturen und Ergänzungen vornahm, und zusammen mit Sinowjew verfasste Lenin in aller Eile die Broschüre „Sozialismus und Krieg“, deren deutsche Übersetzung kurz vor Konferenzbeginn fertiggestellt und an die Delegierten verteilt werden konnte.²² Sie hat den Rang einer grundlegenden Analyse der Ursachen des Zusammenbruchs der II. Internationale und der Aufgaben, die nun von revolutionären Marxisten zu erfüllen waren.

Bereits in Zimmerwald, am Abend vor der Konferenzöffnung, fand in der Pension Schenk eine Sonderberatung der linken Delegierten statt, in der die gemeinsame Haltung festgelegt wurde. Es war das die offizielle Geburtsstunde der „Zimmerwalder Linken“, der sich acht Delegierte anschlossen: Lenin und Sinowjew für die Bolschewiki, Borchardt aus Deutschland, Radek für die Sozialdemokratie Polens und Litauens, Bersin für die lettische Sozialdemokratie, Höglund und Nerman für die linken Sozialisten Skandinaviens sowie Platten für die Schweiz.²³ An der Unterredung nahmen auch einige zum Zentrismus neigende Konferenzdelegierte aus Frankreich (Merrheim und Bourderon) und Deutschland (Berta Thalheimer und Ernst Meyer) sowie Leo Trotzki teil, die aber nicht bereit waren, das Lenin'sche Programm samt und sonders zu akzeptieren.

Lenin hielt an dem Abend ein Referat über den Charakter des Weltkrieges und die Taktik der revolutionären Sozialisten. Danach wurden die Entwürfe für die Resolution und das Manifest, die von den Linken auf der Konferenz eingebracht werden sollten, angenommen. Lenin machte dazu im Interesse gemeinsamen Handelns einige Konzessionen und verhielt sich bei den Formulierungen zurückhaltend. Da vorauszusehen



Angelica Balabanoff (1878–1965)

war, dass sich die Konferenzmehrheit mit der Losung der „Niederlage der eigenen Regierung“ nicht anfreunden konnte, verzichtete er darauf ebenso wie auf das Wort „Bürgerkrieg“, das nun mit „revolutionäre Massenaktionen“ umschrieben wurde.²⁴

Die Delegationen

Aus Gründen der Konspiration wurde der Tagungsort der Konferenz nicht bekanntgegeben, die Teilnehmer meldeten sich bei Grimm in Bern. Von hier fuhren sie, als ornithologische Exkursion getarnt, mit Pferdedroschken auf Umwegen nach Zimmerwald in die Pension Schenk, wo die Beratungen stattfanden.

Die Zimmerwalder Konferenz begann am 5. September 1915 um 4 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von Grimm und konstituierte sich als „Internationale Sozialistische Konferenz zu Bern“. Grimm unterstrich bei der Begrüßung die Entscheidung der Vorkonferenz, dass die einberufene Konferenz nicht der Gründung einer neuen Internationale dienen solle.

An der Zimmerwalder Konferenz nahmen 37 Delegierte aus zwölf europäischen Ländern teil (ein Teilnehmer, Lemanski vom jüdischen „Bund“, war „nur zur Information“ erschienen). Die stärkste Delegation bildeten die zehn Deutschen, die drei oppositionelle Gruppen vertraten: Die große Mehrheit stellten die Zentristen mit Georg Ledebour, Adolf Hoffmann, Vogtherr, Minna Reichert, Berges, Lachmeier und Josef Herzfeld; von der Gruppe „Internationale“ (den Anhängern Rosa Luxemburgs) waren Ernst Meyer und Berta Thalheimer, von der Gruppe „Lichtstrahlen“ Julian Borchardt gekommen. Offizielle Parteivertreter waren Kolaroff von den



Georg Ledebour (1850–1947)

bulgarischen „Engherzigen“, Angelica Balabanoff, Lazzari, Modigliani, Morgari und Serrati von der Sozialistischen Partei Italiens, Rakowski von der rumänischen Partei, Warski, Radek und Lapinski aus Polen und Bersin („Winter“) von der lettischen Sozialdemokratie. Aus Russland vertraten Axelrod und Martow die Menschewiki-Internationalisten, Natanson und Tschernow die Partei der Sozialrevolutionäre. Die Delegation der Bolschewiki bestand aus Lenin und Sinowjew, ihr gehörte (als nicht stimmberechtigt) auch Inessa Armand an.

Die übrigen Delegierten kamen von oppositionellen Gruppen. Zeth Höglund vertrat die schwedische und die norwegische Linke; Ture Nerman den norwegischen Jugendverband; Merrheim von der Metallarbeitergewerkschaft und Bourderon von der Böttchergewerkschaft repräsentierten die (sehr wenigen) Oppositionellen innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Die Schweizer Sozialdemokratische Partei hatte eine offizielle Beteiligung abgelehnt, aber ihren Mitgliedern die Teilnahme als Privatpersonen freigestellt, wovon Robert Grimm, Charles Naine, Fritz Platten und Carl Moor Gebrach machten. An der Konferenz nahmen ferner Leo Trotzki für die Gruppe der Zeitung *Nasche Slowo* und Henriette Roland-Holst aus Holland teil. Den englischen Delegierten Jowett, Glasier und Fairchild waren die Pässe verweigert worden; sie sandten Begrüßungstelegramme.²⁵

Ein Vertreter aus Österreich fehlte, obwohl Friedrich Adler dafür prädestiniert gewesen wäre. In seiner Einvernahme nach dem Attentat auf Stürgkh sagte er, dass er deshalb in Zimmerwald nicht dabei gewesen sei, weil von Robert Grimm keine Einladung kam. Grimm habe nach

einer diesbezüglichen Anfrage geantwortet, aus dem Grund, weil ihm Friedrich Adler als „zu wenig weit links stehend“ erschienen sei.²⁶ Wenngleich er im Verhör hinzufügte, „dass ihm Grimm hiermit Unrecht getan habe, da er die Grundsätze der Zimmerwalder Konferenz vollinhaltlich billigte“, zeigt das Ganze, wie sehr die österreichische zentristische Linke der internationalen Entwicklung nachhinkte. Sie war bis zum Zeitpunkt der Zimmerwalder Konferenz mit ihrer Kritik am Sozialpatriotismus kein einziges Mal öffentlich hervorgetreten. Erst am 3. Dezember 1915 erschien Friedrich Adlers Manifest „Die Internationalen in Österreich an die Internationalen aller Länder“, in dem er Zimmerwald als „Kundgebung internationaler Gesinnung“ ausdrücklich begrüßte.²⁷ Es wurde aber nur im Ausland publiziert (in der Schweiz, in Italien und im Organ Trotzki's *Nasche Slowo* in Paris) und blieb dort, wo es am nötigsten gewesen wäre, unter der österreichischen Arbeiterschaft, unbekannt. Auch bei der Nachfolgekonferenz Zimmerwalds in Kienthal (April 1916) war Friedrich Adler abwesend. Als sonderlich rühmenswert kann sein Beitrag zum internationalen Zusammenschluss linker Kriegsoppositioneller also nicht bezeichnet werden.

Die Verhandlungen

Am Beginn der Konferenz wurde ein Begrüßungsschreiben Karl Liebknechts verlesen. Er hatte am 4. Dezember 1914 als einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt, worauf ihn die Rache der Herrschenden traf: das Militär zog ihn als Armierungssoldaten zum Straßenbau zwangsweise ein, und er konnte deshalb nicht nach Zimmerwald kommen. In dem Brief hieß es: „Unerbittliche Abrechnung mit den Fahnenflüchtigen und Überläufern der Internationale in Deutschland, England, Frankreich und anderswo“; nur mit jenen könne man sich verständigen, „die entschlossen sind, keinen Fußbreit vor dem internationalen Imperialismus zu weichen“; „Haltet unversöhnlich Gericht über die falschen Sozialisten! Peitscht die Schwankenden und Zögernden in allen Ländern, auch in Deutschland, rücksichtslos voran!; „Internationale Solidarität des Proletariats üben, gegen pseudonationale, pseudopatriotische Klassenharmonie, internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution!“²⁸

Diese Worte entfachten bei einem Teil der Anwesenden einen „ungeheuren Bei-



Julian Borchardt (1868–1932)

fallssturm“, während sie bei anderen, die sich – wie Ledebour und Hoffmann – zu Recht getroffen fühlten, Verstimmung auslöste und sie „etwas wie ‚Eigenbrötlei‘ murmelten“.²⁹

Georg Ledebour (1850–1947) war in Zimmerwald der eigentliche Wortführer der zentristischen Mehrheit, stand aber nicht gänzlich auf den Positionen Kautskys. In seinen späteren Lebensjahren gehörte er zu den größten Bewunderern Lenins und weigerte sich, aus der USPD in die SPD zurückzukehren. Der KPD trat er aber auch nicht bei, sondern gründete 1923 eine linke Splitterpartei, den *Sozialistischen Bund*.³⁰ Er war so etwas wie ein „Halb-Zentrist“ mit individualistischem Gepräge, persönlich jedoch integer und der sozialistischen Sache ergeben.

In Zimmerwald aber wandte sich Ledebour gegen Liebknechts „Bruch der Fraktionsdisziplin“ und gegen die Gruppe „Internationale“, von der er „Rücksicht auf die Einheit der Partei“ verlangte. Berta Thalheimer trat ihm in deren Namen entgegen und sagte, dass die Ledebour-Gruppe nicht die ganze Opposition verkörpere. Sie verteidigte Liebknecht, weil er „Grundsätze über die Disziplin gestellt hat“.³¹

Obwohl Thalheimer und Meyer die Haltung Ledebours kritisierten, schlossen sie sich der Zimmerwalder Linken nicht an, weil sie vor einem *organisatorischen* Bruch mit der alten Partei zurückschreckten. Ebenso wandten sie sich gegen die Nennung der in der Resolution Lenin-Radek aufgezählten radikalen Kampfmittel.

Beim Tagesordnungspunkt „Friedensaktionen des Proletariats“ verlangten die deutschen Zentristen, die Losungen „Bürgerkrieg“, „Verbrüderungen“, „Demonstrationen“ und „Streiks“ aus dem Text zu eliminieren; sie wollten nur auf parlamen-

tarischer Ebene Initiativen setzen, um die Beendigung des Krieges zu erreichen.

Zeitweilig nahm die Diskussion so scharfe Formen an, dass man zur Beruhigung der Gemüter die Konferenz unterbrechen musste. Ein solcher Eklat entstand, als Ledebour Radek den Vorwurf machte, es sei bequem, revolutionäre Aufrufe an die Massen zu richten, wenn man sich im neutralen Ausland in Sicherheit befinde. Lenin, in Harnisch gebracht, meldete sich zu Wort und nannte das ein „altes, schäbiges Argument“, das schon „von zaristischen Staatsanwälten benützt“ worden sei. Er erinnerte daran, dass Marx und Engels ihren Appell zur Gewaltanwendung am Vorabend der Revolution von 1848 in Deutschland aus der Londoner Emigration gerichtet hätten und setzte fort: „Sie werden die legale mit der illegalen Tätigkeit vereinen müssen [...]. Stehen wir heute wirklich vor einer revolutionären Epoche, dann müssen wir auch die zu diesem Kampf notwendigen Mittel erwähnen [...]. Man kann nicht Revolutionen machen wollen, ohne die revolutionäre Taktik zu erläutern.“³²

Die Teilnehmer setzten sich dann doch wieder zusammen, debattierten und stritten weiter und fanden schlussendlich Kompromisslösungen. Neben der Verabschiedung des Zimmerwalder Manifests gehörte dazu die Bildung der *Internationalen Sozialistischen Kommission* (ISK) mit Sitz in Bern. Auf Vorschlag Ledebours wurden in dieses Gremium, das nunmehrige Exekutivorgan der Zimmerwalder Bewegung, folgende Personen gewählt: Grimm als Vorsitzender, Morgari und Naine als Mitglieder und Angelica Balabanoff als Sekretärin. Die zentristische Mehrheit wollte der ISK nur provisorischen Charakter zuerkennen; faktisch stellte die Kommission aber eine erneuerte, vom Sozialchauvinismus der Brüsseler ISB geschiedene Instanz dar, die nun die Rolle der Koordinierung des proletarischen Antikriegskampfes in allen Ländern übernahm.³³

Zimmerwald und der Zentrismus

Als Zentrismus wird eine internationale Strömung in der Arbeiterbewegung verstanden, die zuerst in Deutschland während der Massenstreikdebatte 1905/06 entstand und von ihrem Theoretiker Karl Kautsky nach 1910 in Gestalt der „Ermattungsstrategie“ weiterentwickelt wurde. Der Zentrismus war eine Ideologie mit dem Ziel, die „Einheit der Partei“ durch Versöhnung der Gegensätze zwi-

schen dem rechten und linken Flügel zu erhalten und die prinzipiellen Unterschiede beider Klassenlinien zu überdecken. Als Spielart des Reformismus konnte er in der Arbeiterbewegung Mittel- und Westeuropas, die sich über lange Jahre legale Kampfmethoden auf dem Boden der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie angewöhnt hatte, auf solide Wurzeln bauen. Er war deshalb nicht einfach ein Schwindelmanöver, um das Proletariat von revolutionärem Handeln abzuhalten, sondern widerspiegelte tatsächlich dessen dominierende Mentalität.

Mit Kriterien wie „Richtigkeit“ oder „Falschheit“ der zentristisch-reformistischen oder revolutionären Orientierung hat das nichts zu tun. Maßgebend sind die konkrete historische Konstellation, das jeweilige Verhältnis zwischen den Klassenkräften und die Frage, ob eine revolutionäre Situation vorhanden ist oder nicht. Sie war 1917 und 1918 in Russland, Deutschland, Österreich und Ungarn eingetreten, als die „Herrschenden nicht mehr so weiterregieren konnten“ und die „Beherrschten“ (einschließlich der im zentristischen Lager stehenden Arbeiterschaft) „nicht mehr so weiterleben wollten wie bisher“ und deshalb die Möglichkeit der Realisierung einer sozialistischen Revolution bestand.

Im Ersten Weltkrieg trat der Zentrismus mit neuen Nuancen in der Argumentation hervor. Schon am 8. August 1914 gab Kautsky die Parole aus, dass die innerparteiliche Selbstkritik „unter dem Kriegszustand verstummen“ müsse und „Vertrauen jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges“ sei.³⁴ Also: keine Kritik an den Kreditbewilligern; mag die Reichstagsfraktion, mag der Parteivorstand auch falsch handeln, noch falscher wäre es, sie des Verzichtes auf sozialdemokratische Parteigrundsätze zu beschuldigen. Dem einfachen Parteimitglied geziemt es, schweigend zu vertrauen.

Eine weitere These des Zentrismus, die neben Kautsky auch Victor Adler vertrat, war, dass der Sozialismus zweierlei Lebensregeln kenne, eine für den Frieden und eine andere für den Krieg. Im Krieg sei deshalb keine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft mit gleichen Zielen möglich, weil der Nationalismus jedem Volk, auch den Proletariern angeboren sei.³⁵ Komme der Frieden wieder, sei der Zwist vorbei und die II. Internationale könne so weiterarbeiten wie vor 1914.

Welche Kapriolen der Zentrismus manchmal schlug, zeigte sich im Dezember 1915, als im deutschen Reichstag zum fünften Mal eine Kriegskreditvorlage zur



Die Pension Schenk in Zimmerwald, Tagungsort der Konferenz

Abstimmung stand. Zwanzig Abgeordnete, darunter Kautsky, Haase, Bernstein und Ledebour, lehnten sie mit der Begründung ab, dass „unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit gesichert“ seien.³⁶ Das war in keiner Weise ein Bruch mit der Politik des 4. August 1914. Auf internationaler Ebene angewandt, bedeutete diese Stellungnahme, den belgischen, französischen und russischen Sozialdemokraten zu gestatten, weiterhin für Kriegskredite zu stimmen, da deren Landesgrenzen nicht gesichert waren und feindliche Truppen weite Gebiete besetzt hielten. Logischerweise musste außerdem diese Begründung dazu führen, bei einer ungünstigeren Kriegslage das Nein wieder in ein Ja zu verwandeln.

Die deutschen Zentristen stimmten am 21. Dezember 1915 nicht aus grundsätzlicher Erkenntnis über das Wesen des imperialistischen Krieges gegen die Kredite, sondern, wie Kautsky unverblümt aussprach, aus Besorgnis, dass „die oppositionellen Massen das Vertrauen zur Minderheit“ (ihnen selbst, H.H.) und damit „auch das Vertrauen zur Partei“ verlieren.³⁷ Sie wollten lediglich eine Taktik einschlagen, die ihnen erlaubte, als Kämpfer gegen den Krieg zu erscheinen, ohne die Arbeiterschaft aufzurufen, die Antikriegsaktionen mit allen Mitteln des Massenwiderstandes zu führen.

Nicht nur Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auch andere entschiedene Linke erkannten diese Funktion des Zentrismus, der neben seiner innerparteilichen Versöhnlerrolle zunehmend auch sozialpazifistisch auftrat, einen Frieden „ohne Sieger und Besiegte“, künftige „Schiedsgerichte“ bei Konflikten zwischen den imperialistischen Mächten, „Abrüstung“ usw. forderte. So schrieb Julian Borchardt am 4. Juli 1915 in den „Lichtstrahlen“, dass kein Kampf gegen die rechten Sozialdemokraten möglich sei „ohne gleichzeitigen Kampf gegen die Auffassungen des Genossen Kautsky. Es ist ein Kampf um die Vereinigung aller linken Elemente in der Partei, von denen ein Teil unter dem Einfluss der Kautsky-schen Autorität zwischen Rechts und



Karl Radek (1885–1939)

Links pendelt, mit Worten sich gegen die Rechten erklärt, durch Taten sie stützt“.³⁸

Auch Trotzki stand im Krieg die meiste Zeit auf zentristischen Positionen. Er grenzte sich sowohl vom Sozialchauvinismus als auch von Lenins Losung der „Niederlage der eigenen Regierung“ strikt ab und war nicht bereit, offen gegen Kautsky aufzutreten. Er wollte „einigen“ und eine „mittlere Linie“ durchführen. Sein Credo war: „Weder Sieg noch Niederlage“, Friede „ohne Kontributionen“, Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ (worin sich seine Negierung der Möglichkeit der sozialistischen Revolution in einem einzelnen Land ausdrückte).³⁹ In Zimmerwald, wo ihm als Mann mit gewandter Feder die Ausarbeitung des Manifests übertragen wurde, schloss Trotzki sich der Zimmerwalder Linken nicht an. Insgesamt war aber das Verhältnis zwischen Lenin und ihm auf der Konferenz friktionsloser als in den Jahren zuvor.

Das Manifest und die anderen Deklarationen

Das Zimmerwalder Manifest, am 8. September 1915, dem Schlußtag der Konferenz verabschiedet, klagte die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft an. Die monarchistischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche – „sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird“.⁴⁰ Das Manifest kritisierte die Rolle sozialis-

tischer Parteien und Arbeiterorganisationen, weil sie ihren Verpflichtungen gemäß den Beschlüssen der Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel nicht nachgekommen seien, für die Kriegskredite stimmten, in die Regierungen sozialistische Minister delegierten, den Burgfrieden proklamierten und damit „vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und seine Methoden“ übernommen hätten. Es schloss mit dem Appell an die Proletarier, „ihre Tatkraft, ihren Mut, ihre Ausdauer, die sie seit Ausbruch des Krieges in den Dienst der herrschenden Klassen stellten, für ihre eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzusetzen durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf“.

Das Manifest fand einstimmige Annahme, und für die russisch-bolschewistische Delegation unterzeichnete es auch Lenin. Auf eine Separaterklärung verzichtete er jedoch nicht, die von ihm, Sinowjew, Radek, Nermann, Höglund und Winter gefertigt wurde und so lautete:

„Das von der Konferenz angenommene Manifest stellt uns nicht ganz zufrieden. Es enthält keine Charakteristik weder des offenen noch des unter radikalen Phrasen versteckten Opportunismus, – des Opportunismus, der an dem Zusammenbruch der Internationale nicht nur die Hauptschuld trägt, sondern diesen Zusammenbruch auch noch verewigen will. Das Manifest enthält keine klare Charakteristik der Mittel für den Kampf gegen den Krieg.“

Wir werden wie bisher in der sozialistischen Presse und in Versammlungen der Internationale für eine entschlossene marxistische Position gegenüber den Aufgaben eintreten, die von der Epoche des Imperialismus dem Proletariat gestellt sind.

Wir stimmen für das Manifest, weil wir es als einen Kampfaufruf betrachten, und in diesem Kampf wollen wir mit den übrigen Teilen der Internationale Hand in Hand gehen.“⁴¹

Die Resolutions- und Manifest-Entwürfe der Zimmerwalder Linken, die von der Konferenzmehrheit abgelehnt wurden, fanden dennoch den Weg in die Öffentlichkeit, indem sie im Bulletin Nr. 2 der ISK in Bern am 27. November 1915 sowie im Organ *Sozialdemokrat* in Genf am 11. Oktober 1915 in vollem Wortlaut erschienen.

Zwei weitere Deklarationen der Zimmerwalder Konferenz, die einhellig gebil-

ligt wurden, waren die „Gemeinschaftliche Erklärung der französischen und deutschen Delegation“, in der Sätze standen wie: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!“ und: „Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben [...], stehen wir fest im Kampfe [...] für die Beendigung des Völkermordens“⁴² sowie eine Sympathieerklärung für die Opfer des Krieges, für das armenische Volk, für Jean Jaurès, die nach Sibirien verbannten Dumaabgeordneten, für Liebknecht, den verhafteten französischen Syndikalisten Monatte und die im Gefängnis sitzenden Genossinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin.⁴³

Ergebnis und Bedeutung

Das Zimmerwalder Manifest konnte in den meisten kriegführenden Ländern nur illegal verbreitet werden, weil die Zensoren in Deutschland, Frankreich, Österreich und Russland die Publikation der Konferenzmaterialien nicht zuließen. Nur die *Berner Tagwacht* und der italienische *Avanti* brachten zusammenfassende Berichte.⁴⁴ Die Behörden selbst, so die Wiener Staatspolizei, waren hingegen bestens informiert und im Besitz aller Kundgebungen von Zimmerwald.⁴⁵ In der legalen sozialdemokratischen Presse Deutschlands erschienen nur kurze und nichtssagende Meldungen, in denen die Bedeutung der Konferenz heruntergespielt wurde. Etwas ausführlicher war der Kommentar Victor Adlers „Auf dem Weg zur Internationale“ in der *Arbeiter-Zeitung* vom 14. November 1915. Er nannte Zimmerwald ein „Symptom der Ungeduld“ von Beteiligten, die, recht zufällig zusammengewürfelt, „niemand anderen vertreten als sich selber“, und schrieb: „Es ist zu befürchten, dass damit unserem gemeinsamen Ziele, die Internationale wieder aktionsfähig zu machen, nicht gedient, wohl aber der gemeinsamen, dringendsten Notwendigkeit, der *Erhaltung der Einheit der Partei*, Schaden zugefügt wird [...]. Darum ist es zweifelhaft, ob die Zimmerwalder Konferenz, so sehr jeder Schritt internationaler Annäherung zu begrüßen ist, als ein geeignetes Mittel dazu angesehen werden kann.“⁴⁶

Die Sorge um die „Einheit der Partei“, um die seit dem Sündenfall des August 1914 unmöglich gewordene Amalgamierung von Sozialpatrioten, Zentristen und revolutionären Kräften auf einem gemeinsamen organisatorischen Boden, teilte die Zimmerwalder Linke nicht. Lenin, der im Oktober 1915 zwei Artikel über die Konferenz verfasste, bezeichne-

te das Manifest trotz dessen „Inkonsequenz und Halbheit“ als „einen Schritt vorwärts zum ideologischen und praktischen Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus“,⁴⁷ und Sinowjew schrieb, dass „gegen den Wunsch der Majoritätsvertreter der Konferenz“ der „objektive Gang der Ereignisse“ dazu führen werde, dass Zimmerwald „zum Grundstein der neuen III. Internationale werden wird“.⁴⁸

So ist es auch gekommen. Wenn der Name des Bergdorfes Zimmerwald als Begriff in die Geschichte einging, dann nicht, weil sich dort einfach Kriegsgegner trafen, sondern einzig deshalb, weil ein großer Revolutionär, unterstützt von ganzen sieben Personen, dort anwesend war und seine Strategie sich als richtig erwies. Heute, 100 Jahre danach und in einer anderen Weltsituation, die aber insofern der von 1915 ähnelt, als imperialistische Mächte wieder unter sich sind, muss Zimmerwald eine Mahnung sein. Eine Mahnung an Kämpfer für Völkerverständnis, Frieden und sozialen Fortschritt, Mittel und Wege zu finden, um den Wahnsinnigkeiten Einhalt zu gebieten, mit denen die kapitalistische Ordnung die Menschheit traktiert.

Anmerkungen:

- 1/ Allgemein dazu: Maurice Pianzola: Lenin in der Schweiz. Berlin 1956, S. 70–153.
- 2/ W. I. Lenin: Briefe, Bd. IV, August 1914–Oktober 1917. Berlin 1967, S. 337.
- 3/ Fritz Platten: In Zimmerwald, in: Lenin und die Internationale. Erinnerungen von Zeitgenossen. Berlin 1983, S. 38.
- 4/ W. I. Lenin: Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg, in: W. I. Lenin: Werke, Bd. 21. Berlin 1960, S. 1ff. Hervorhebungen H.H.
- 5/ W. I. Lenin: Lage und Aufgaben der Sozialistischen Internationale, in: ebd., S. 28.
- 6/ Arnold Reisberg: Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1970, S. 183.
- 7/ Arnold Reisberg: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung. Berlin 1966, S. 143.
- 8/ Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927, S. 99.
- 9/ Reisberg: Zimmerwald, S. 147.
- 10/ Ebd., S. 148.
- 11/ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1. Berlin 1969, S. 857.
- 12/ W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg), in: Werke, Bd. 21, S. 295–341, hier S. 327.
- 13/ Willi Münzenberg: Die dritte Front. Autobiographische Aufzeichnungen. Berlin 1931, S. 230f.
- 14/ Reisberg: Lenins Beziehungen, S. 186.
- 15/ Reisberg: Zimmerwald, S. 150.



Zimmerwald, heute eine Ortschaft in der Gemeinde Wald im Kanton Berlin.

- 16/ W. I. Lenin: „Jugend-Internationale“ (Notiz), in: Werke, Bd. 23, S. 164.
- 17/ Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914 bis 1919, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 12. Jg. Leipzig 1926, S. 314.
- 18/ Reisberg: Lenins Beziehungen, S. 187.
- 19/ Der Aufruf erschien in der *Leipziger Volkszeitung*, wurde auch als Flugblatt verbreitet und ist abgedruckt bei: Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1921, S. 72f.
- 20/ Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, hg. von Horst Lademacher, Bd. I. The Hague, Paris 1967, S. 35.
- 21/ Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin. Berlin 1960, S. 348.
- 22/ Lenin: Sozialismus und Krieg.
- 23/ Reisberg: Zimmerwald, S. 166.
- 24/ Reisberg: Lenins Beziehungen, S. 193.
- 25/ Reisberg: Zimmerwald, S. 166 und 168f.
- 26/ Rudolf Neck: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918 (A. Quellen, I. Der Staat, 1. Band (1914–1917). Wien 1964, S. 138.
- 27/ Friedrich Adler: Vor dem Ausnahmegericht. Jena 1923, S. 33.
- 28/ Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958, S. 253f.
- 29/ Ernst Meyer: Liebknecht und die III. Internationale, in: *Die Rote Fahne* (Berlin), 15.1.1925. Zit. nach: Reisberg: Lenins Beziehungen, S. 195.
- 30/ Stichwort „Lebedour, Georg“, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Berlin 1970, S. 271–273.
- 31/ Lademacher, Bd. I, S. 80.
- 32/ Wladimir Iljitsch Lenin – Dokumente seines Lebens 1870–1924. Ausgewählt und erläutert von Arnold Reisberg, Bd. 1. Leipzig 1977, S. 581.
- 33/ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands, Bd. 1, S. 857.
- 34/ Karl Kautsky: Der Krieg, in: *Die Neue Zeit*, *Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie*, 32. Jg. (1914), 2. Bd., S. 846.
- 35/ Bartel: Die Linken, S. 274.
- 36/ Ebd., S. 265.
- 37/ *Die Neue Zeit*, 34. Jg. (1915/16), 1. Bd., S. 272.
- 38/ *Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter*, hg. von Julian Borchardt, Nr. 15, 4.7.1915, S. 260. Zu Borchardt siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S. 54–56 und Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, S. 112f.
- 39/ Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk, zusammengestellt von Heinz Abosch, München 1973, S. 32f.; Lenin über Trotzki. Eingeleitet und zusammengestellt von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler. Frankfurt/M. 1969, S. 13f.
- 40/ Das Manifest ist in mehreren Publikationen abgedruckt, so in: W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XVIII. Wien, Berlin 1929, S. 480–483 und bei: Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Wien u.a. 1964, S. 144–147.
- 41/ Lenin: Sämtliche Werke, S. 489.
- 42/ Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale, S. 139f.
- 43/ Lenin: Sämtliche Werke, S. 483f.
- 44/ Reisberg: Zimmerwald, S. 186.
- 45/ Ludwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 5. Wien 1925, S. 228.
- 46/ Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, IX. Heft, Wien 1929, S. 131f. Hervorhebung H.H.
- 47/ W. I. Lenin: Ein erster Schritt, in: Werke, S. 390.; Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom 5.–8. September 1915, in: ebd., S. 396–400.
- 48/ G. Sinowjew: Die erste Internationale Konferenz. Geschichte ihrer Einberufung, ihrer Zusammensetzung, ihr geistiges Antlitz, in: N. Lenin/G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916. Hamburg 1921, S. 287.

Die Last des jüngst Vergangenen (II)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in der österreichischen Literatur

HELMUT RIZY

Die Herren an den Klavieren spielen Schumann. Ich habe das Stück noch nie gehört, erkenne aber sofort, – das ist, was ich immer geliebt habe: deutsche Romantik. Da ist ein Wald und da ist ein Bach. Da ist ein Träumer, der ein Buch bei sich hat und darüber träumt. Da ist alles, was einmal schön war.“ Das schrieb der Schriftsteller Hermann Hakel kurz nach Kriegsende in sein Tagebuch. „Und das wird hier gespielt, 1945 in Tel Aviv, von zwei Juden für eine Handvoll anderer Juden. Sie alle sind hierher geflüchtet vor diesen Deutschen, aus dem Land der Konzentrationslager, der Massenmörder und Massengräber. Da hat einmal ein deutscher Meister auf seinem Instrument geträumt und phantasiert, – und ich lasse mich zurückholen in die Wälder und Träume meiner Jugend! Und während die Musik verklingt, denke ich, was ich so oft gedacht habe und worauf ich noch immer keine Antwort gefunden habe: ‚Was haben wir ihnen getan?‘“¹

Hakel war erst im März 1945 zu seiner Familie nach Palästina gekommen, nachdem er die Kriegsjahre in Italien verbracht hatte. Im Juni 1939 hatten Nazis den damals 28-Jährigen halb totgeprügelt, worauf er noch im selben Monat nach Italien geflohen war. Dort wurde er 1940 verhaftet und war dann bis 1943 in verschiedenen Lagern Südtaliens interniert, zuletzt in der Basilicata als „internato libero“, als freier Internierter (!). Und Hakel betonte wiederholt: Nie hat uns ein Italiener beschimpft oder geschlagen.

Im Herbst 1947 kehrte Hakel aus Palästina über Rom nach Wien zurück, um dann festzustellen: „*Mein Problem ist die Heimatlosigkeit. In Wien habe ich meine Kindheit und Jugend verbracht, aber jetzt muß ich erkennen, daß ich hier nicht mehr zu Hause bin. In Palästina fand ich mich nicht zurecht, dort war nur die Mutter mein Daheim.*

Die Kinder, die ich liebte, sind hier in meiner Heimatstadt die Kinder jener, die mich verfolgten und schlugen. So habe ich früher nie gefühlt. Jetzt fürchte ich, was mit diesem Erbe aus ihnen wird.

Und dann die Erwachsenen, die immer hier zu Hause gewesen sind, – erst jetzt spüre ich, was sie uns angetan haben. Die Jahre der Verfolgung und Vernich-

tung klaffen zwischen uns. Ich bin nicht eingefügt in ihre Gesetze und mein Schicksal ist ein anderes als das ihre.

Ich bin als Heimatloser heimgekehrt.“²

Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb wurde Hermann Hakel in diesen Jahren einer der bedeutendsten Förderer junger österreichischer Autorinnen und Autoren, einerseits im PEN, vor allem aber auch mit seiner Zeitschrift *Lynkeus*, in der etwa Ingeborg Bachmann, Gerhard Fritsch, Marlen Haushofer und viele andere ihre frühen Werke publizieren konnten.

Autorinnen im Globus-Verlag

Es war der KPÖ-eigene *Globus-Verlag*, der in den Nachkriegsjahren einer ganzen Reihe von Autorinnen die Möglichkeit bot, ihre Romane, in denen sie sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinandersetzten, zu veröffentlichen.

Im Roman „Hedwig Zadinek“, der 1947 im *Globus-Verlag* erschien, schildert die Autorin Margarete Petrides (1901–1973) das Schicksal einer Wiener Arbeiterin, wie sie selbst geboren zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Hedwig Zadinek wächst in einer sozialdemokratisch engagierten Familie auf, verliert aber noch vor dem Ersten Weltkrieg den Vater. Dem Krieg fallen dann die Brüder zum Opfer. Anschaulich zeigt die Autorin das Elend der Arbeiterinnen und Arbeiter auf, Arbeitsverhältnisse, die zu Krankheit und frühem Tod führen, und andererseits Arbeitslosigkeit gepaart mit Hunger. Die schönsten Stunden und Tage erlebt Hedwig Zadinek, wenn sie in den Bergen unterwegs ist. Auch hier wohl eine Parallele zur Autorin.

Margarete Petrides, Tochter eines akademischen Malers, wurde nach der Grundschule Schneiderin. Erste Gedichte erschienen ab 1920 in der Zeitschrift *Der Naturfreund*, ihr erster Roman „Die Leidtragenden“ wurde 1932 als Fortsetzungsroman in der *Arbeiter-Zeitung* abgedruckt. Aus Enttäuschung über das Verhalten der sozialdemokratischen Führung im Februar 1934 schloss sie sich danach der illegalen KPÖ an. 1935 wurde sie wegen „Streuens kommunistischer Flugzettel“ zu sechs Wochen Arrest verurteilt, 1937 und 1938 folgen jeweils drei Monate Anhaltehaft.

Das Schicksal der Hedwig Zadinek läuft hier erneut parallel mit dem der Autorin. Der Abschied von der Sozialdemokratie fällt der Romanfigur nicht leicht; sie beteiligt sich dann aber mit großem Engagement an den Aktionen der Kommunistinnen und Kommunisten, denen sie auch immer wieder in den Haftanstalten der Austrofaschisten begegnet. Aber nicht nur da: „*Die Kerkerzelle, in der sie sich befindet, gleicht jener Kerkerzelle, aus der man sie vor eineinhalb Jahren entlassen hat; – das System hat sich geändert, die Namen, die Farben, – der Kerker ist derselbe geblieben. Sie ist in Haft genommen worden, – nicht, weil man sie bei irgend etwas ertappt hätte – nein, nur so; als Polizeibekannte in Schutzhaft genommen des Krieges wegen, bald nach jener Nacht, in der sie wachgeworden mit einem Gefühl als zitterten ihr die Knie.*“³

Doch dann verhilft sie einer Genossin zur Flucht aus dem Gefängnis und wird wegen Hochverrats zum Tod verurteilt. Margarete Petrides lässt ihr aber noch Hoffnung, da ihr mitgeteilt wird, dass das Verfahren gegen sie von neuem aufgenommen werde: „*Nun befand sie sich in einem Pavillon der Lautlosigkeit, wo es dem Wachpersonal sogar verboten war, im Bereich ihrer Hörweite zu sprechen. / Sie wußte es nicht, was man machen wollte mit ihr, ob man sie müde bekommen wollte für ein letztes Verhör, ob man sie holen würde aufs Schafott?*“⁴

Der Nazi-Mitläufer

Marie Frischauf entwarf in ihrem, im Exil in Mexiko entstandenen und 1949 im *Globus-Verlag* veröffentlichten Roman „Der graue Mann“ das Psychogramm eines Nazi-Mitläufers: „*Nun hatte ihn die Krise aus der Bahn geschleudert, ihn, den Sohn eines Beamten, zusammengeworfen mit ungelerten Arbeitern und stellenlosen Dienstmädchen; und seine Empörung über diese Gesellschaft, der er gleichgestellt wurde, war viel größer als die über die Urheber seines Elends. In ihm war jene bei Deklassierten häufige, merkwürdige Mischung von verächtlichem Haß gegen das Volk, die Armen, die Dummköpfe, und einer gleichfalls haßerfüllten, neidischen, aber dabei ehrerbietigen Bewunderung für die machtvollen Persön-*



Margarete Petrides (1901–1973)

lichkeiten, die trotz der Krise reich geworden oder es geblieben waren.“⁵

So heißt es da über Wilhelm Gellner, der aus Verzweiflung mit seiner Frau Christine schon Selbstmord begehen wollte, dann aber doch wieder Hoffnung schöpft, sich über Wasser halten zu können – und damit ein leichtes Opfer der Nazi-Propaganda wird: „*Wilhelm nahm die neue Lehre mit allen Sinnen auf. Gerade ihm, dem mittelmäßig Begabten, dem Ehrgeizigen, Gekränkten, Übergangenen, Zukunftslosen, bot sie, was er brauchte. Sie befriedigte Wilhelms Selbstgefühl, weil sie ihn nur seiner Herkunft und seines Aussehens wegen an die erste Stelle der menschlichen Gesellschaft zu setzen versprach.*“⁶

Ihm gegenüber steht Kornauer, Gegner sowohl des grünen als auch des braunen Faschismus, der Wilhelm Gellner zwar immer wieder unter die Arme greift, von diesem aber nicht als ebenbürtig betrachtet wird und ihn daher nicht vor dem Abgleiten ins Nazi-Lager bewahren kann. Er rettet aber schließlich Christine, als diese vor ihrem Mann, der sich an den Raubzügen der Nazi beteiligt, die Flucht ergreift.

Mit ihrem Roman knüpft Marie Frischauf, geborene Pappenheim, sehr spät an frühe schriftstellerische Erfolge an. 1906 hatte Karl Kraus vier Gedichte der damals 24-Jährigen in der *Fackel* veröffentlicht. Und er hatte sie mit Arnold Schönberg bekanntgemacht, der sie aufforderte, für ihn ein Opernlibretto zu schreiben. Sie lieferte ihm das Libretto für sein Opus 17, das Monodram „*Erwartung*“. Danach trat sie schriftstellerisch nicht mehr in Erscheinung. Gegenüber der Zeitung *Der Abend* erklärte sie 1949: „*Ich wollte nicht als Lyrikerin durchs Leben wandern. In meinen Augen*

vertrug es sich nicht, Ärztin zu sein, das heißt mit beiden Füßen in der Wirklichkeit zu stehen, und zugleich lyrische Gedichte zu veröffentlichen.“⁷

Schließlich gehörte Marie Frischauf zu den ersten Frauen in Österreich, die ein Medizinstudium abschlossen, und sie wurde Fachärztin für Dermatologie. 1918 heiratete sie den aus dem Krieg heimgekehrten Jugendpsychiater Hermann Frischauf, gebar im Jahr darauf ihren Sohn Hans. In diesem Jahr trat sie auch der KPÖ bei. 1927 wurde sie Vorsitzende der *Österreichischen Arbeiterhilfe*, 1928 gründete sie mit Wilhelm Reich die *Sozialistische Gesellschaft für Sexualberatung und Sexualforschung*.

Sowohl nach dem Justizpalastbrand als auch im Februar 1934 wurde sie in Haft genommen. Im September 1934 emigrierte sie nach Paris, wo sie 1938 den *Cercle culturel autrichien* mitbegründete. Nach Kriegsbeginn wurde sie als „unerwünschte Ausländerin“ im Lager Gurs interniert. 1940 gelang ihr die Flucht nach Mexiko. Dort gründete sie gemeinsam mit Bruno Frei, Leo Katz und Egon Erwin Kisch den Exilverlag *El Libro Libre*. 1947 kehrte Marie Frischauf nach Wien zurück und arbeitete hier bis 1952 als Dermatologin in der Ambulanz der Wiener Gebietskrankenkasse.

Als sie 1966 starb, fand sich in ihrem Nachlass das Typoskript eines weiteren Romans, in dem die Autorin wieder der Figur eines Mitläufers nachging, diesmal im Milieu der Schieber und Schwarzhändler der unmittelbaren Nachkriegszeit, dem Karl Grundner als neuer „Grauer Mann“ angehört. Der aus der Gefangenschaft heimgekehrte junge Mann bestreitet hier durch die Protektion eines Kriegskameraden seinen Lebensunterhalt: „*Geld gab es in Fülle – für Ware, Geschlechtsverkehr, für Denunziation und für Spionage.*“⁸

Grundner will nur genug Geld verdienen, um dann studieren zu können, kann aber letztlich dem Milieu nicht entkommen, auch wenn er Ansätze dazu findet: „*Zum ersten Mal wurde er heute wieder der Sonne, der Stille der Vorstadt und vor allem des Lebens der Menschen gewahr, die man in den Krieg gestoßen hatte und um die man sich nicht mehr kümmerte. Vor der Kirche spielten Kinder, noch immer mager, gelb und schüchtern. Auf den Bänken saßen Frauen, strickend, flickend, mit tiefen Falten in den Wangen, so daß sie alle alt aussahen. In seinem Beruf hatte er fast vergessen, daß es Arme gab – der Schmutz der Lokale, in denen er handelte, war ein*



Marie Frischauf (1882–1966)

wohlhabender Schmutz, hinter dessen Kruste sich Goldschätze verbargen.“⁹

Grundner begegnet auch der Christine aus dem ersten „Grauen Mann“. Sie leitet nun einen Kindergarten und trauert um Kornauer, der die Nazi-Zeit nicht überlebt hat: „*Alle Überlegungen des Tages schwanden, der aufgewühlte Schmerz warf die Hemmungen des Verstandes und der Menschenliebe nieder. Sie empfand alles als Lüge, was sie selbst täglich den verzweifelt Frauen sagte, daß es keine persönliche Rache geben dürfe, daß Trauer und Zorn eingeordnet werden müsse in einen gemeinsamen Kampf, um die Schlechtigkeit, den Krieg, den Betrug zu vernichten.*“¹⁰ Grundner fühlt sich zu ihr hingezogen, zieht sich aber zurück, als Christines Mann Wilhelm eines Tages bei ihr auftaucht. Dieser hat allerdings keine Chancen bei ihr, die sich längst emanzipieren musste.

Es scheint, dass Marie Frischauf diesen Roman nicht mehr fertiggestellt hat. Doch selbst als Fragment ist er – in der Bearbeitung Marcus G. Patkas von der Theodor Kramer Gesellschaft im Jahr 2000 herausgegeben – ein bedeutendes Beispiel für die literarische Auseinandersetzung mit der damaligen Realität.

Widerstand und Emanzipation

Auch in Doris Brehms 1955 im *Globus-Verlag* erschienenen Roman „*Eine Frau zwischen Gestern und Morgen*“ steht die Emanzipation einer Frau durch Krieg und Nachkriegszeit im Vordergrund. Die 1908 geborene Autorin kam 1943 über den aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime zur KPÖ. Ernst Fischer holte sie 1945 in die Zeitung *Neues Österreich*, die als „Organ der demokratischen Einigung“ von den Gründerparteien der Zweiten Republik SPÖ, ÖVP und KPÖ gemeinsam herausgegeben wurde und deren erster Chefredakteur Fischer war. 1948 bis 1958 arbeitete sie als Lektorin im KPÖ-eigenen *Schönbrunn-Verlag*, da-



Doris Brehm

nach als Leihbibliothekarin. 1956 verließ sie wie Laurenz Genner, mit dem sie befreundet war, die KPÖ.

In ihrem Roman „Eine Frau zwischen Gestern und Morgen“ – der auch in mehreren Auflagen in der DDR erschien – schildert Doris Brehm das Schicksal einer Frau, Gerda Manner, die vor allem angesichts der Naziherrschaft nach und nach das Verfehlte ihrer Lebenseinstellung als gefügige Gattin erkennt und sich aus der Abhängigkeit von ihrem Mann Theo löst: *„Schmerzhaft kam ihr die Erkenntnis, wie unsinnig der Glaube gewesen war, Theo wäre zu solch ungewöhnlichem Handeln imstande. Sie hatte sich da etwas eingeredet, hatte ihren eigenen Mut in ihn hineingedichtet, ihr eigenes verzweifelt Verlangen nach einer Tat des Widerstandes, ihre eigene Bereitschaft, das Äußerste zu wagen. Sie hatte es tun müssen – es war ihr unmöglich gewesen, sich den geliebten Mann als Soldaten Hitlers zu denken.“*¹¹

Als ihr Mann in den Krieg zieht, dient der Verschlag, den Gerda für ihn vorbereitet hat, der Jüdin Mira Goldberg und dann auch noch dem im Widerstand tätigen Arzt Kurt Bachner als Versteck. Beide überleben die Nazi-Diktatur, Bachner, der zu den Partisanen ging, allerdings schwer verwundet. Theo kehrt unverletzt aus dem Krieg heim, ohne irgendetwas dazugelernt zu haben.

„[...] politischen Auseinandersetzungen aber wich Theo krampfhaft aus – genau so, wie er es zu Hitlers Zeiten getan hatte. Er spürte recht gut, daß Gerda sein oberflächliches, eigensüchtiges Spießertum ablehnte, und er seinerseits hatte keine Geduld, sich mit ihrer Anschauung zu befassen. Er kannte diese Anschauung – er glaubte sie zu kennen.

*Er fand sie lächerlich unzeitgemäß und ohne praktischen Sinn.“*¹²

Er möchte jedoch die Tat seiner Frau für sich und sein Geschäft nutzen, was dieser unerträglich scheint. *„In dem unnützen Leben der letzten Jahre war das, was ich für Kurt und Mira getan habe, das einzig Positive. Der Gedanke, auch daraus Profit zu schlagen – Sie konnte nicht weiterreden, es war ihr jetzt wirklich übel.“*¹³ Danach fällt es Gerda Manner nicht mehr schwer, sich aus den Konventionen, denen sie doch immer noch treu geblieben war, zu lösen.

Von Bratislava aus

Das Heranwachsen des Faschismus und Antisemitismus in der Slowakei der Jahre 1938 und 1939 schildert Hermynia Zur Mühlen in ihrem Roman „Als der Fremde kam“, der 1947 im *Globus-Verlag* erschien. Die Erfolgsautorin, die dem österreichischen Hochadel entstammte und Mitglied der KPD wurde, als sie 1919 nach einer höchst misslungenen Ehe mit einem deutschbaltischen Landadeligen nach Berlin zog, hatte 1933 Deutschland verlassen und war nach Wien zurückgekehrt.

Ihre Werke zierten in Nazi-Deutschland die Liste des „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“, hatte sie doch ihrem deutschen Verleger auf dessen Aufforderung, sich öffentlich von den Gegnern des Naziregimes loszusagen, da ihre Bücher sonst wegen Landesverrats unterdrückt werden müssten, geantwortet: „Man kann Deutschland und dem deutschen Volk keinen besseren Dienst erweisen, als das Dritte Reich, dieses zur Wirklichkeit gewordene Greuelmärchen, zu bekämpfen, und daher kann dieser Kampf logischerweise von niemandem, der mit dem deutschen Volke und der deutschen Kultur wirklich verbunden ist, als deutschfeindlich bezeichnet werden. Was aber den Vorwurf des Landesverrats betrifft, wenn wir schon dieses pathetische Wort gebrauchen wollen, so würde ich als Österreicherin, nach dem Verhalten des Dritten Reiches Österreich gegenüber, dann Landesverrat begehen, wenn ich mit meinen bescheidenen Kräften das Dritte Reich nicht bekämpfen würde. Ich bitte Sie, diesen Brief an die Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums weiterzuleiten.“¹⁴

In Wien konnte sie allerdings auch nur wenige Jahre bleiben und sie emigrierte im März 1938 nach Bratislava, von wo sie im darauffolgenden Jahr nach England weiterziehen musste. Im britischen Exil stellte sie schließlich den Roman

„Als der Fremde kam“ fertig, den sie in der Slowakei als genaue Beobachterin der politischen Entwicklung in diesem Land begonnen hatte. Sie übersetzte ihren Roman auch selbst ins Englische und „Came the Stranger“ erschien 1946 in London, ein Jahr vor der deutschen Fassung. Darin versteht es Hermynia Zur Mühlen, ungemein anschaulich das Netz aus fehlgeleitetem slowakischem Nationalismus und der Wühlarbeit der deutschsprachigen Bevölkerung im Verein mit reichsdeutschen Agitatoren lebendig werden zu lassen. Vor allem in den Zwiegesprächen, etwa wenn der Baron Aladar Jeszenák, der Pfarrer, der im Ersten Weltkrieg Rittmeister gewesen war, gegenüber der Hauptfigur, der Gräfin Clarisse – der Adel verfügt in der dörflichen Gemeinschaft noch über eine starke Autorität – feststellt:

„Man darf es den Menschen nicht zu sehr verübeln. Sie wissen ja nicht, warum sie so arm sind. Sie haben, als die Republik gegründet wurde, den Himmel auf Erden erwartet. Jetzt macht die Enttäuschung sie böse.“

„Aber der Alte, aber Hlinka, der muß es doch besser wissen! Der muß doch erkennen, was für ein gefährliches Spiel er treibt.“

*„Wenn er Bischof geworden wäre“, meinte Aladar nüchtern, „blieben uns viele Sorgen erspart. Aber wenn der gekränkte Ehrgeiz sich an die Spitze der Armen stellt, wird die Sache gefährlich. Dabei glaube ich gar nicht, daß er ein wirklich schlechter Mensch ist. Nur in seine Ideen verrannt und von einem mörderischen Machtwahn besessen.“*¹⁵

Aber auch im Gespräch zweier im Waisenhaus arbeitenden Nonnen, in dessen Verlauf es um die Konzentrationslager in Deutschland geht:

„Das verstehst du nicht. Es sind keine Menschen, sind Untermenschen, sind Juden und Rote. Die müssen vernichtet werden.“

„Warum?“

„Weil wir die Herrenrasse sind.“

„Wir?“ hatte die kleine Schwester Veronika erschrocken gefragt. „Wer ist wir?“

„Wir Deutsche.“

„Aber du bist doch keine. Du kommst doch aus Bratislava. Du hast nichts mit den Deutschen zu schaffen.“

*„Schweig!“ hatte Schwester Martha sie angeherrscht. „Ich bin eine Deutsche. Ich gehöre dem Volk an, das von den Tschechen unterjocht und von den Juden ausgebeutet wird.“*¹⁶

Und Hermynia Zur Mühlen zeigt auf, dass für die, die sehen wollten, schon

frühzeitig abzusehen war, wie es weitergehen würde. Dazu musste man kein pessimistischer Schriftsteller sein, wie Josef Braun, der Sohn einer Tante von Clarisse und eines jüdischen Unternehmers, wenn er resümiert: „Wir drehen das Radio an und hören Mozart und Beethoven, im ärgsten Fall, zur Strafe für unsere Sünden, Richard Strauss, aber dort drüben ertönt eine andere Weise: Schreie und Stöhnen und Weinen. Und weil wir alle, alle den Kopf abwenden, um es nicht zu sehen, und uns die Ohren verstopfen, um es nicht zu hören, wird diese Saat auch bei uns aufgehen und noch in vielen anderen Ländern, und diese Musik wird, vermischt mit deutschen Militärmärschen, von den Mauern des Hradschins wider tönen und vom alten Stephansturm und über die Kanäle Hollands schwingen und über die ganze Welt.“¹⁷

Interessant ist insbesondere auch jener Teil, in dem es um den Einmarsch Nazi-Deutschlands in Österreich geht, und wie dieser in der Slowakei wahrgenommen wird, wie etwa gebangt wird, ob es Verwandte und Freunde schaffen, noch rechtzeitig über die Grenze zu kommen, aber auch Fluchthilfe geleistet wird.

Mit „Als der Fremde kam“ konnte Hermynia Zur Mühlen nicht an frühere Erfolge anknüpfen, die ihrerseits dem forcierten Vergessen anheimfielen. Das lag nicht zuletzt an der speziellen Ausprägung des Kalten Kriegs in Österreich. Hier legte man keinen Wert darauf, sie, die so vehement für Österreich eingetreten war, zurückzuholen, selbst die Ausstrahlung ihrer „Osterlegende“ im österreichischen Rundfunk, damals RAVAG, wusste man zu verhindern. „Jetzt weiß ich endlich ganz genau, was man im ‚neuen‘ Österreich unter Förderung der österreichischen Literatur und jener Schriftsteller, die nicht bereit waren, dem Nationalsozialismus Konzessionen zu machen, versteht!“, schrieb sie daraufhin am 9. März 1948 an Viktor Matejka, damals für Kultur zuständiger KPÖ-Stadtrat in Wien.¹⁸ Drei Jahre später verstarb sie im britischen Exil.

Physisch und psychisch vom Krieg gezeichnet

„Roman der Einkesselten“ nannte Herbert Zand seinen 1953 veröffentlichten Roman „Letzte Ausfahrt“ im Untertitel; womit nicht nur der militärische Kessel gemeint ist, denn da heißt es an einer Stelle: „Das einzige, was man in keiner Stunde, weder bei Tag noch bei Nacht, vergessen konnte, das war der Kessel. Die Front war noch nicht zu se-

hen, sie war in der Ferne vielleicht zu hören, aber der Kessel war überall. Er war das Zimmer, in dem man sich aufhielt, die Mauer hinter dem Garten, das Ende der Treppe. Er war eine der tausend Fragen, die man nicht beantworten konnte, er war die eigene, quälende Erinnerung, das düstere Morgen.“¹⁹

Das literarische Werk des aus dem Ausseerland stammenden Autors, der mit 17 Jahren an die Ostfront verschickt worden war, schwer verwundet heimkehrte, an dem Granatsplitter, der nicht operativ entfernt werden konnte, sein restliches Leben litt und an ihm 47-jährig zugrunde ging, war unweigerlich von den Erfahrungen des Kriegs geprägt. Dies gilt insbesondere für den Roman „Letzte Ausfahrt“, in dem es einerseits um Mitglieder einer sogenannten Sturmkompanie geht, die den Rückzug der Truppe ermöglichen soll, andererseits um Menschen in einer eingekreisten Stadt, aus der es kein Entkommen mehr gibt.

In der Sturmkompanie sind unterschiedlichste Charaktere vertreten, von den Jahren des Kriegs gezeichnet und auch unterschiedlich auf die gegebene Situation reagierend. Vom Kompanieführer, Leutnant Spohr, heißt es: „Nun schleppte er an der Niederlage und die Niederlage war schwerer als ein Maschinengewehr, schwerer als eine Bodenplatte. Von Zeit zu Zeit zuckte eine seiner Schultern. Krieg, endlos und ohne Erbarmen, und seinen Nächsten zu schlagen die tägliche Losung – das ließ sich nicht mehr ungeschehen machen und ließ sich auch nicht beiseiteschieben wie das Spinnengewebe eines Irrtums.“²⁰

Für einige seiner Untergebenen stellt sich die Situation anders dar. So meint einer: „Vorne schlägt es ein, hinten schlägt es ein, neben dir schlägt es ein. Vorne der Tod, hinten das Kriegsgericht; kein Platz dazwischen für Feigheit und kein Platz für Tapferkeit. Wohin soll der Feige flüchten? Wie soll der Tapfere seine Tapferkeit zeigen?“²¹

Zands Lieblingsfigur scheint allerdings der „Afrikaner“ zu sein, so genannt, weil er einst bei der Fremdenlegion diente. Ihn lässt er an einer Stelle sagen: „Ich habe mir bisher die größte Mühe gegeben, nicht zu fallen. In Europa herrscht



Hermynia Zur Mühlen (1883–1951)

die häßliche Unsitte, daß sich nach Kriegsende Leute vor die Denkmäler der gefallenen Helden stellen und behaupten: sie sind für uns gefallen! Und die toten Helden sitzen droben auf den Wolken und schauen herab und schreien: Wir dachten gar nicht daran, du Schnapsnase! Was haben wir mit dir zu schaffen? Aber niemand hört sie. Und das ist traurig. Und daher möchte ich das Kriegsende auf Erden erleben und werde bis dahin meine Stimme pflegen.“²²

Und an anderer Stelle: „Alles, was er sich vom Leben noch wünschte, war, die Fahne der Erniedrigten und Beleidigten auf den Barrikaden aufzupflanzen und sie hervorkommen zu sehen, die Menschen aus den Mietskasernen, den Hütten, den Schützengräben, die Verhärmtten mit den großen Händen und verkrüppelten Fingern, die bleichen Mädchen, die Burschen mit den trotzigem, verwilderten Gesichtern, die Häftlinge aus den Lagern, vereint zu einem Fest der Befreiung, und dann mochte es seinetwegen wirklich Frühling sein, damit sie Blumen werfen konnten.“²³

Im Gegensatz dazu steht Oberstleutnant Erkner, Stabsoffizier beim Oberkommando in der eingekesselten Stadt, für den der Kessel gewissermaßen zum Objekt militärischer Planung wird. „An Einkesselten zeigten sich Symptome ähnlich denen der Erstickungsangst. Sie würden auch diesmal zu erwarten sein. Kessel, das hieß: sich verengender Raum,



Herbert Zand (1923–1970)

Gefangenschaft. ²⁴ So lässt ihn der Autor reüssieren und gegen Schluss zu sagen: „Jeder ist sein eigener Kessel und seine eigene Kesselschlacht und keiner kapituliert, ehe er nicht vernichtet wird mit der Gewalt des Übermächtigen.“ ²⁵

Für das Manuskript seines Romans „Letzte Ausfahrt“ erhielt Herbert Zand 1952 den Österreichischen Staatspreis, wodurch erst die Veröffentlichung im Wiener *Donau-Verlag* ermöglicht wurde. In diesem Verlag arbeitete er dann auch bis zu dessen Zusammenbruch als Verlagslektor, danach war er bis zum frühen Tod Mitarbeiter bei der *Österreichischen Gesellschaft für Literatur*.

Tal des Todes

Kaum weniger gezeichnet, wenn auch nicht schwer verwundet wie Herbert Zand, kehrte Michael Guttenbrunner aus dem Krieg heim. An seiner antifaschistischen Haltung hatte er nie einen Zweifel gelassen. Der 1919 im Kärntner Althofen geborene Sohn eines Rossknechts erhielt 1937, nachdem er selbst als Knecht gearbeitet hatte, die Möglichkeit, an die Graphische Lehr- und Versuchsanstalt in Wien zu gehen. Schon im Jahr darauf wurde er jedoch der Schule verwiesen, da er sich weigerte, das „Horst-Wessel-Lied“ zu singen. 1940 zur Wehrmacht eingezogen, nahm er zuerst am Griechenland-Feldzug teil. In Griechenland wurde er 1941 wegen „Widersetzlichkeit“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Insgesamt stand Guttenbrunner dreimal vor dem Kriegsgericht, einmal weil er einen Nazi-Offizier zusammengeschlagen hat-

te. Er entging nur knapp der Todesstrafe und landete 1944 strafweise in der SS-Sondereinheit Dirlewanger.

1947 veröffentlichte Guttenbrunner ein schmales Bändchen mit Gedichten aus den Jahren 1938 bis 1945 unter dem Titel „Schwarze Ruten“. Aus dem Jahr 1940 stammte das Gedicht

Tal des Todes

*Ein Tal. Und der drin wohnt, das ist der Tod.
Und seine Disteln blühen. Und Quellen klingen
wie dunkle Flöten durch die tiefen Gründe
hinab ins Leben. Dort verklirren sie wie Stahl.
Und jede Quelle fließt, ein Strom von Blut,
ins Meer. Und der's befährt, das ist der Tod.
Er rudert Tag und Nacht auf roten Fluten
und trinkt mit tiefem Blick das Übermaß
vergossnen Lebens, das da fließt
von Tod zu Tod.*

Die erlebte Gewalt und Willkür sind in dieser Zeit das bestimmende Element seiner Gedichte und auch noch in dem 1945 entstandenen titelgebenden Gedicht „Schwarze Ruten“ heißt es:

*O Nacht, die du in meinen Jammer strahlst
Mit unbewegten Augen, nimm mir nur
das Mitleid mit mir selbst, den größten
Jammer!*

*Laß mich an einen kräftigen Morgen glauben,
an Wanderschaft durch duftende Alleen,
die aus dem Weh in Wald und Wiesen führen!*

*Schön, wer auf Bergen wandelnd
Frieden kündet!*

*Schön auch das Antlitz dessen, der den Blick
aus Kerkernacht hinaus zur Sonne richtet!*

*Mein Auge nimmt nichts als Zerstörung wahr
Und taucht mein Herz, sooft die Sonne sinkt,
tief in den Wahn, sie kehre niemals wieder.²⁷*

Josef Guttenbrunner schrieb in seinen Erinnerungen „Über meinen Bruder“ 1994: „Wie wir wissen, nahm der Antisoldat Michael Guttenbrunner am Krieg sehr widerwillig und widerstrebend teil. Für ihn war der Krieg kein politisches Naturereignis, kein Schicksal, in das man sich fügt, hoffend, daß es vorübergehen und daß man es einigermaßen heil überstehen werde. Er wußte, daß der Krieg nicht ausbricht, sondern daß ihn die Kriegsherren für nichts und wieder nichts als für ihre Macht und Herrlichkeit veranstalten. Michael war aber kein Schwejk. Er erlebte und durchlitt den Krieg und die Greuel und Verbrechen, die diesen begleiteten, mit wachen Sinnen. Das muß ihn tief und nachhaltig

verletzt und sein rebellisches Aufbegehren so bestärkt haben, daß dieses bald nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Despotie und dem Ende des Krieges vollends ausbrach und zu einem bestimmenden Zug seines Wesens wurde. Wenn er auf Menschen traf, die dartaten, die eingetretenen Veränderungen nicht wahrnehmen, die wiedergewonnene Freiheit mißbrauchen und die Menschenrechte weiterhin oder neuerlich mit Füßen treten zu wollen, zügelte er häufig seinen Zorn, ja, seine Wut nicht. Das brachte ihn wiederholt in mißliche Lagen.“²⁸

Ein Jude als Nazi-Spitzel

Noch vor Ende des Kriegs, im Februar 1943, kündigte Friedrich Torberg, der damals in Hollywood lebte, in einem Brief an Hermann Broch an, er werde noch in diesem Jahr einen Roman über einen jüdischen Nazi-Spitzel fertigstellen. Zweieinhalb Jahre später, der Krieg war nun vorbei, teilte er Broch mit, dass der schwedische Verleger, mit dem er seit zwei Jahren einen Vertrag habe, kürzlich den Roman urgiert habe. 1948 erschien schließlich der Roman „Hier bin ich, mein Vater“ beim *Bermann-Fischer-Verlag* in Stockholm.

Torberg schildert darin die Lebensgeschichte des jüdischen Jazz-Pianisten Otto Maier aus Wien, dessen schwieriges Verhältnis zum Vater, bis dieser nach dem 10. November 1938 im KZ Dachau interniert wird. Der ehemalige Mitschüler Franz Macholdt, schon in der Schule Antisemit und mittlerweile auf Karrierekurs in der Gestapo, macht Maier hierauf das Angebot, er könnte sich für die Freilassung seines Vaters einsetzen, wenn jener für ihn Spitzeldienste leiste. Maier geht darauf ein, verrät sogar seine Freunde, bis er erfährt, dass sein Vater längst nicht mehr lebt. Er lässt sich von Macholdt nach Paris entsenden, will sich dort an den Nazis rächen, indem er sie dem französischen Geheimdienst verrät, wird aber selbst verhaftet und schreibt im Gefängnis seine Lebensgeschichte nieder, bevor er Selbstmord begeht.

Vor seiner Verhaftung hat er noch ein Gespräch mit seinem ehemaligen Religionslehrer Professor Jonas Bloch – gewissermaßen der Höhepunkt des Romans – in dem Torberg die Frage nach der Schwere der Schuld Maiers stellt. So lässt er diesen sagen: „*Ich sehe nicht ein, warum ein Jude, der sich mit den Nazi einläßt, verächtlicher sein soll als irgend ein anderer. [...] Die dürfen mit den Nazi paktieren. Die dürfen ihren Staats-*



Ernst Lothar (1890–1974)

männern auch noch zujubeln, wenn sie ihnen den Pakt schriftlich nach Haus bringen. Und die sind also nicht verächtlich. Aber ich, nicht wahr, ich bin ein Schandfleck und ein Aussatz. Weil es mir um keine Kolonien gegangen ist und um keinen Welthandel und um keinen ungestörten Rentenbezug – sondern um das Leben meines Vaters. So ist das doch.²⁹

Und später noch einmal: „Ich wehre mich dagegen, daß man uns auch hier immer mit andern Maßstäben mißt als die andern, und natürlich mit viel strengeren. Daß gerade wir, die Schwächsten von allen – gerade wir, die von allen verfolgt und getreten werden – daß gerade wir Juden immer zu einer höheren Moral verpflichtet sein sollen. Gegen diese Verpflichtung wehre ich mich.“³⁰

Und Torberg lässt Professor Bloch darauf antworten: „Wir wehren uns ja gerade mit unsrer Moral. Gerade mit unsrem Glauben daran, daß eines Tags Moral vor Gewalt gehen wird. Daß eines Tags – und hoffentlich klingt dir das nicht zu wehevoll – das Gute über das Böse siegen wird. Oder wenn schon nicht siegen – weil das Gute nicht auf Sieg erpicht ist –, so doch die Oberhand gewinnen. Vielleicht, weißt du, vielleicht werden eines Tages die andern unsre Moral haben. Das ist möglich. Aber daß wir eines Tags ihre Gewalt hätten, ist unmöglich. Dagegen hat Gott für alle Zeiten vorgesorgt. Wir werden heimkehren nach Zion, wir werden den Tempel bauen – und werden ihre Gewalt nicht haben, sondern immer nur unsre Moral. [...] Und das, wenn du es wissen willst, ist unsre Auserwähltheit.“³¹

In einem Brief an Alfred Neumann, der meinte, niemand werde das Buch lieben, erklärt Torberg, dass darin „Lösung und Erlösung sehr wohl erfolgen, ja daß ich den Selbstmord geradezu als Happy End

empfinde; daß ich jene Leser, die in ein ‚Wehgeschrei über den Judenspitzel‘ (und in viel Schlimmeres noch dazu) einstimmen werden, geringer einschätzen darf als jene, denen die geradezu projüdischen Propagandawerte des Romans einleuchten sollten; daß ich mich zwar an ein unlösbares Problem, nicht aber an eine unlösbare Aufgabe herangemacht habe.“³²

Sein hoher Anspruch an die jüdische Moral hinderte Torberg allerdings nicht, nach seiner Rückkehr aus dem US-amerikanischen Exil mit CIA-Geldern die dem Kalten Krieg dienende Zeitschrift *Forum* zu gründen und einer der Hauptinitiatoren des Brecht-Boykotts zu werden.

Ein Bilderbogen Österreichs

Ebenfalls im US-amerikanischen Exil schrieb Ernst Lothar seinen Roman „Der Engel mit der Posaune“, der 1944 zuerst in englischer Sprache unter dem Titel „The Angel with the Trumpet“ in New York erschien, 1947 auf Deutsch in Salzburg und dann vor allem durch die Verfilmung 1948 bekannt wurde. Der 1890 geborene Jurist und Autor, Mitbegründer der Salzburger Festspiele und von 1935 bis 1937 gemeinsam mit Max Reinhardt Direktor des Theaters in der Josefstadt, der 1938 erst in die Schweiz und dann über Frankreich in die USA floh, zeichnet darin die Saga einer Klaviermacher-Dynastie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die erste Zeit der Naziherrschaft in Österreich nach.

Im für die deutschsprachige Ausgabe 1945 verfassten Epilog – „Die Grundlagen“ – schreibt Ernst Lothar: „Nach der Erklärung der Alliierten, die ein neues, freies Österreich verhieß, schien es mir daher hoch an der Zeit, allen denen, die es nicht genug kannten, einen Bilderbogen Österreichs in die Hand zu geben der zumindest den Versuch unternahm, hinter die Fassade zu schauen und mit dem Bild die Schatten zu zeigen.“³³

Im Haus, das im Roman gewissermaßen die Geschichte verkörpert – Seilerstätte 10 in der Wiener Innenstadt –, leben die Nachfahren des Firmengründers, konservativ, katholisch; und der Hausfriede gerät erstmals ins Wanken, als Karl Alt, der die Firma nun leitet, am Tag, da Kronprinz Rudolf Selbstmord begeht, eine Frau heiratet, die zwar getauft, aber als Tochter eines jüdischen Universitätsprofessors für die restliche Familie eben doch als Jüdin gilt. Henriette wird im weiteren Verlauf Mutter von zwei Söhnen: Hermann entwickelt sich zum illegalen Nazi, der im Roman zu den Mördern Bundeskanzler Dollfuß

gehört, während Hans, der schließlich die Firma übernimmt, schon frühzeitig zum Demokraten wird, da er durch Zufall gemeinsam mit streikenden Arbeitern der väterlichen Firma verhaftet und ins Gefängnis geworfen und so mit deren Lebensbedingungen konfrontiert wird. Davon hatte er weder zuhause noch in der Schule gehört noch in seinen Lieblingsbüchern gelesen:

„Schnitzlers Helden waren reiche Bürger. Hofmannsthals Helden waren klassische Griechen oder Aristokraten. Thomas Manns Helden waren problematische Patriziersöhne. Um die Probleme seiner Lieblingsbücher haben zu können, fiel ihm ein, mußten ihre Helden eine Menge Geld haben! Leute, die kein Geld hatten, kamen weder in den guten Büchern noch in der guten Gesellschaft vor. Man verkehrte nicht mit ihnen. Es war eine Art Schande. Die Mama nannte arme Leute nur ‚das Volk‘, Papa sagte ‚der Plebs‘.“³⁴

Auch Ernst Lothar lässt in seinem Roman Vorstellungen von jüdischer Moral einfließen. Als Hans' Frau Selma, eine jüdische Schauspielerin, stirbt, hat er seine eifersüchtige Mutter in Verdacht, sie ermordet zu haben, und wendet sich deshalb an seinen erzkatholischen und stockreaktionären Onkel Otto Eberhard; und ausgerechnet dieser erklärt dem Neffen: „Doch etwas hättest du dir sagen müssen: Deine Mutter ist von jüdischer Abstammung. Juden – ich halte mich nicht an die Definition der lächerlichen neuen Partei in Deutschland, sondern betrachte diejenigen als Juden, die spezifisch jüdische Eigenschaften von ihren Vorfahren ererbt haben – schwören nicht falsch beim Leben von Menschen, die ihnen teuer sind. Juden morden selten, und fast nie Verwandte. Du hast das übersehen.“³⁵

Der Emigrant Lothar, der 1933 zum Präsidenten des Gesamtverbandes Schaffender Künstler Österreichs gewählt worden war, nimmt bei Gelegenheit auch Kollegen aufs Korn. So fragt Henriette

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ 1994–2015 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

kurz vor der von Schuschnigg angekündigten Volksabstimmung in einem Restaurant den „Präsidenten des Deutschen Schriftstellervereines, Ortsgruppe Wien“, was er denn zur Abstimmung sage: „Der Präsident antwortete, recht kurz: ‚Man wird das Ergebnis abzuwarten haben. Haben Sie Max Mellis ‚Ode an den Führer‘ gelesen? Erstklassig!‘ Sie hatte die Ode nicht gelesen, sie las zu wenig.“³⁶

Allerdings machte sich Ernst Lothar auch Illusionen über seine früheren Mitbürger. So zitiert er im Roman einen Erlass des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, datiert mit Berlin, 11. März 1938: „Geheim. An die Gauleiter in Bayern, Baden und Württemberg. Sie haben, im Einvernehmen mit den lokalen Propagandaleitern und der SS, dafür zu sorgen, daß zum Einzug des Führers am 14. März 1938 Parteigenossen nach Wien befördert werden. Jeder Gau hat 15.000 Parteigenossen zu entsenden, die als Abgesandte des Reiches an der Einzugsfeier teilzunehmen und sie zu einer überwältigenden Kundgebung zu gestalten haben. Es ist darauf zu achten, der Wiener Bevölkerung ebenso wie der ausländischen Presse den Eindruck zu erwecken, daß eingeborene Wiener dem Führer zujubeln. Daher wird es den Propagandaleitern zur Pflicht gemacht, die vordersten Reihen der den Einzug säumenden Spaliere ausschließlich aus Parteigenossen zu bilden, deren süddeutscher Dialekt der Wiener Mundart gleicht.“³⁷

Und wenn es dann von seiner Romanfigur Hans, der nun im Keller des Hauses Seilerstätte 10 den „Österreichischen Freiheitssender“ betreibt, heißt: „Er gab in den ersten Wochen den Erlaß, der

schuld daran war, daß die Wiener an sich selbst gezweifelt hatten und verzweifelt, immer wieder durch. Auch die Namen der Patrioten, die täglich in Konzentrationslager verschleppt wurden. Damit und mit anderen dokumentarischen Beweisen zerstörte er die Vermutung, daß Hitlers Herrschaft irgendwem in Österreich – außer Gedungenen und Illegalen – willkommen gewesen wäre.“³⁸ – so glaubte Ernst Lothar womöglich selbst ein wenig daran.

1946 kehrte er als US-Oberstleutnant nach Österreich zurück und wurde 1948 wieder österreichischer Staatsbürger. In diesem Jahr wurde „Der Engel mit der Posaune“ verfilmt, wobei sich der Regisseur und Co-Autor des Drehbuchs Karl Hartl in vielem nicht an den Roman hielt. Bezeichnend ist wohl, dass Henriette im Roman von Nazis ermordet wird, während sie im Film Selbstmord begeht. In dieser Rolle brillierte übrigens nun Paula Wessely, die wenige Jahre zuvor im Film „Heimkehr“ als Nazi-Propagandistin gewirkt hatte.

Karl Hartl, der nach dem „Anschluss“ Österreichs Produktionsleiter der *Wien-Film* geworden war, bot ihr hier in der Rolle der verfolgten Jüdin die Gelegenheit zur „Entnazifizierung“. Wohl auch, weil im Film der Nationalsozialismus fast wie ein Naturereignis über die Menschen hereinbricht, wurde dieser ein großer Publikumserfolg und zum besten Film des Jahres gekürt. Neben der damaligen Schauspielerprominenz (Attila und Paul Hörbiger, Hedwig Bleibtreu, Helene Thimig) erhielten mit diesem Film aber auch eine ganze Reihe junger Schauspielerinnen und Schauspieler die Möglichkeit, sich zu profilieren: Oskar Werner, Maria Schell, Erni Mangold, Peter Alexander.

Anmerkungen:

- 1/ Hermann Hakel: *Zu Fuß durchs Rote Meer, Impressionen und Träume*. Wien: Lynkeus Verlag 1995, S. 158.
- 2/ Ebd., S. 170.
- 3/ Margarete Petrides: Hedwig Zadinek. Roman einer Wiener Arbeiterin. Wien: Globus-Verlag 1947, S. 343f.
- 4/ Ebd., S. 351.
- 5/ Marie Frischauf: *Der graue Mann*. Wien: Globus-Verlag 1949, S. 68f.
- 6/ Ebd., S. 154.
- 7/ *Der Abend*, 25.10.1949.
- 8/ Marie Frischauf: *Der graue Mann. Roman und Gedichte für Arnold Schönberg*. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2000, S. 44.
- 9/ Ebd., S. 50f.
- 10/ Ebd., S. 30.
- 11/ Doris Brehm: *Eine Frau zwischen Gestern und Morgen*. Wien: Globus-Verlag 1955, S. 27.
- 12/ Ebd., S. 194.
- 13/ Ebd., S. 227.
- 14/ Eva Priester: *Hermynia Zur Mühlen zu ihrem 65. Geburtstag*, in: *Österreichisches Tagebuch*, 3. Jg., Nr. 20, Dezember 1948, S. 28.
- 15/ Hermynia Zur Mühlen: *Als der Fremde kam*. Wien: Promedia-Verlag 1994, S. 158f.
- 16/ Ebd., S. 123f.
- 17/ Ebd., S. 54f.
- 18/ Zit. nach Herbert Staud: *Zum 100. Geburtstag von Hermynia Zur Mühlen*, in: *iwk. Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst*, Nr. 4/1983, S. 94–96.
- 19/ Herbert Zand: *Letzte Ausfahrt. Roman der Eingekesselten*. Wien, München: Donau-Verlag 1953, S. 268.
- 20/ Ebd., S. 40f.
- 21/ Ebd., S. 52.
- 22/ Ebd., S. 44.
- 23/ Ebd., S. 181f.
- 24/ Ebd., S. 32.
- 25/ Ebd., S. 207.
- 26/ Michael Guttenbrunner: *Schwarze Ruten. Gedichte*. Klagenfurt: Kleinmayr 1947, S. 10.
- 27/ Ebd., S. 50f.
- 28/ Josef Guttenbrunner: *Über meinen Bruder*, in: Klaus Amann/Eckart Früh (Hg.): *Michael Guttenbrunner*. Klagenfurt: Ritter 1995, S. 18f.
- 29/ Friedrich Torberg: *Hier bin ich, mein Vater*. Wien: Milena-Verlag 2014, S. 283.
- 30/ Ebd., S. 283f.
- 31/ Ebd., S. 285.
- 32/ Zit. nach David Axmann: *Typisch Torberg, Nachwort zum Roman*, in: ebd., S. 297.
- 33/ Ernst Lothar: *Der Engel mit der Posaune, Roman eines Hauses*. Salzburg: Das Silberboot 1947, S. 649.
- 34/ Ebd., S. 293.
- 35/ Ebd., S. 499f.
- 36/ Ebd., S. 608.
- 37/ Ebd., S. 636f.
- 38/ Ebd., S. 642.

(Teil III folgt in der Ausgabe Nr. 4/2015.)

Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.

www.jungewelt.de/onlineabo

Jetzt im
Onlineabo

„Desertiert in Massen mit Euren Waffen!“

Die „Steirische Kampfgemeinschaft“ und die Befreiung von Graz 1945

HEIMO HALBRAINER

In den letzten Wochen des nationalsozialistischen Regimes tauchten in Graz an verschiedenen Orten Flugblätter der *Steirischen Kampfgemeinschaft* auf, in denen u.a. die Soldaten und Volkssturmmänner zur Desertion und zum Anschluss an die *Kampfgemeinschaft* aufgerufen wurden. In einem Flugblatt hieß es:

„Soldaten! Desertiert in Massen mit Euren Waffen und sammelt Euch um Eure selbstgewählten Führer zum Kampf für ein freies Österreich. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sabotiert alle Anordnungen der Partei, dann handelt Ihr als aufrechte Österreicher und gute Steirer. Der Endkampf gegen die blutige Nazi-tyrannie hat begonnen und wir wollen unseren Brüdern in Wien und Niederösterreich durch Taten zeigen und beweisen, dass wir in diesem heiligen Freiheitskampf für unser Land und unser Volk hinter ihnen nicht zurückstehen. Volk von Graz! Steh auf zum letzten und höchsten Kampf für die Freiheit unseres Landes und Volkes!“¹

Die *Steirische Kampfgemeinschaft* war Anfang des Jahres 1945 in Graz selbst von Deserteuren gegründet worden und hatte über lange Zeit ihren Sitz mitten im Zentrum von Graz, im Kaufhaus *Moden Müller* in der Murgasse. Die führenden Köpfe dieser Widerstandsgruppe waren dann auch nach der Befreiung jene, die zum einen die erste Sicherheitspolizei bildeten und zum anderen innerhalb der sich konstituierenden Gremien in der Stadt Graz bzw. des Landes Steiermark leitende Funktionen einnahmen.

Desertionen, Gründung und Aufbau der „Steirischen Kampfgemeinschaft“

Ende des Jahres 1944 war für viele Soldaten klar, dass der Krieg verloren war. Zahlen belegen, dass sich die Desertionen von Österreichern im Jahr 1943 und 1944 gegenüber dem Vorjahr jeweils verdreifachten.² Während vielfach die Rettung des eigenen Lebens eines der Hauptmotive für die „Fahnenflucht“ war, gab es auch viele, die sich Widerstandsgruppen anschlossen oder wie in Graz eine Widerstandsgruppe gründeten.

Am Anfang der *Steirischen Kampfgemeinschaft* standen der Grazer

Maschinenschlosser Ferdinand Kosmus und der Mann dessen Cousine, der damals 48-jährige Grazer Baustoffhändler Josef Mayer. Nachdem Mayer im Juni 1944 zur Wehrmacht eingezogen worden war, beschloss er, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu desertieren. Im Dezember 1944 versteckte er sich zunächst in Fuschl am See bei Salzburg, ehe er im Jänner 1945 in Graz zunächst in der Münzgrabenstraße und ab Februar in einer Wohnbaracke am Teichhof in Maria Trost untertauchte. In Graz traf er auf den in der Weitzer-Waggonfabrik beschäftigten und bislang vom Militärdienst zurückgestellten Kommunisten Ferdinand Kosmus und erzählte ihm, „dass er bereits vom Militär abgehauen sei“. Als im Jänner 1945 Ferdinand Kosmus den Einberufungsbefehl erhielt, versuchten beide, Kontakte zu einer Widerstandsorganisation zu finden. „Da aber zur damaligen Zeit eine solche Bewegung in Graz nicht bestand, beschlossen wir schließlich auf eigene Faust eine solche zu gründen. In der Folge haben wir gemeinsam eine Widerstandsbewegung unter dem Titel *Steirische Kampfgemeinschaft* gegründet. Unsere erste Tätigkeit bestand hauptsächlich darin, Mitglieder zu werben und die Bewegung aufzubauen“,³ so Ferdinand Kosmus.

So wurden bekannte NS-Gegner unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit angesprochen und zu Besprechungen eingeladen, die zunächst in der Privatwohnung von Adelheid „Adi“ Kovačič am Grieskai stattfanden. Kovačič war die Geschäftsführerin des Kaufhauses *Moden Müller*, das bald schon das Zentrum der immer größer werdenden Widerstandsgruppe wurde. Ab Jänner 1945 gehörte auch der Sohn der Kaufhausbesitzer Hansjörg Müller, der bei der Flak Ersatzabteilung 38 in Linz Dienst versah und im Jänner 1945 in Graz untertauchte, zur *Kampfgemeinschaft*. Über Hermann Wabnegg, einem weiteren Mitglied der *Kampfgemeinschaft*, wurde er ins Wehrbezirkskommando übernommen. Der nach seiner Kriegsverletzung im Februar 1945 in Rohr bei Feldbach untergetauchte Otto Hocevar wurde zu Ostern 1945 über den Auftrag seines Vaters Paul Hocevar nach Graz geholt und dort in die *Kampf-*

gemeinschaft eingegliedert. Hocevar und all die anderen Deserteure erhielten aus dem Wehrbezirkskommando, aber auch von Grazer Betrieben einwandfreie Papiere und waren somit wieder legalisiert. „Durch die Verbindung über den beim Wehrbezirkskommando Graz eingeteilten Oberfeldwebel Wapnegg und die Verbindung des jungen Müller zu seinem Kommandeur bin ich als Fahnenflüchtiger unter Verschweigung meiner bisherigen Entfernung vom Militär zum besonderen Stab des General Ringel gekommen und dort für den Streifendienst verwendet worden. [...] Es hat sich somit das Komische ereignet, dass ich als aktiver Uffz. für die Widerstandsbewegung in der Weise arbeiten konnte, dass ich bei Entwaffnungen von zurückgehenden ungarischen Einheiten die beschlagnahmten Waffen anstatt der deutschen Wehrmacht unserer Widerstandsgruppe zugeführt habe.“⁴ Waffen gelangten aber auch auf anderen Wegen in den Besitz der *Steirischen Kampfgemeinschaft*. Josef Martin Presterl schilderte 1947 in seinem Buch „Im Schatten des Hochschwab“, wie das erste Gewehr zur *Kampfgemeinschaft* kam:

„Anni Grabner beobachtete einmal, wie ein Volkssturmmann in ein Geschäft trat und sein Gewehr im Hausflur an die Mauer lehnte. Es war am hellen Tag und draußen auf der Straße flutete der Verkehr. Sie aber musste immer wieder auf das einsame Gewehr schauen, das vor ihr in der Sonne schimmerte. Ein Gewehr! Und gestern erst hatten sie besprochen, dass man Waffen brauche. Wie viele Meter mochten es wohl sein bis zu dem Gewehr? Mit flackernden Augen maß sie die Entfernung. Zehn Meter höchstens! Hinter ihr und vor ihr hasteten viele Frauen vorbei, die an den Einkauf ihrer Rationen dachten. Sie war ursprünglich auch zu diesem Zweck in die Stadt gegangen. Nun aber hatte das matt glänzende Eisen da vorne alle anderen Gedanken in ihr verdrängt. *Heute liegt die Freiheit in den Gewehren!*, hatte sie einmal jemanden sagen hören, und sie fühlte nun die tiefe Bedeutung dieser Worte. Mit dem Gewehr war die Freiheit erstickt worden, mit dem Gewehr konnte sie wieder erkämpft werden! Das Hitlerregime war grausam, war auf Schrecken aufge-

baut und konnte nur mit Schrecken niedrigerungen werden.

Nur zehn Meter trennten sie von dem Gewehr, das sind zehn große Schritte! Jeder Nerv war gespannt, und sie fühlte ihr Blut plötzlich heiß wie im Fieber. Noch ein Blick auf die Straße: Weit und breit war keine Streife zu sehen, nur graue, teilnahmslose Gesichter. Sie machte ein paar Schritte nach vor, trat in den Hausflur und knöpfte im Gehen ihren Mantel auf. Durch die große Glas-türe konnte man gut in das Innere des Geschäftes schauen. Der Volkssturm-mann unterhielt sich sorglos mit einer jungen hübschen Verkäuferin. Er würde wohl nicht so bald herauskommen. Nun stand sie beim Gewehr, zögerte noch eine Sekunde, beugte sich dann blitz-schnell zur Mauer und schob es mit zit-ternden Händen unter ihren Mantel. Ha, wie es brannte in ihr! Und fast schwe-bend eilte sie auf Zehenspitzen wieder auf die Straße hinaus. Alles schien sich um sie zu drehen. Die Häuser und die Menschen und der Himmel über der Stadt. Aber sie hielt das Gewehr, ihr Ge-wehr, wie einen kostbaren Schatz unter ihrem Mantel und drückte es ganz fest an ihre Brust. Mit strahlenden Augen kam sie damit ins Hauptquartier und übergab dort voll Stolz die erste Waffe.⁴⁵

Die Gewehre, den Abziehapparat usw. versteckten sie in einer Tischlerei in der Lagergasse, ehe alles in eine Wohn-baracke beim Teichhof in Maria Trost transportiert wurde.

Widerstand in den letzten Wochen

Nachdem die *Kampfgemeinschaft* wei-tere Deserteure – etwa den Bruder von Ferdinand Kosmus, Walter⁶ – aufgenom-men, Kontakte zu amtlichen Stellen – neben dem Kontakt zum Wehrbezirkskom-mando gab es über den Schwager von Kovačič, Franz Marinitsch, auch eine Verbindung in die Polizeidirektion – aber auch zu den großen Grazer Betrie-ben (Steyr-Daimler-Puch, Weitzer-Wag-gonfabrik, Andritzer-Maschinenfabrik, Waagner-Biró, Gas- und E-Werk, Bahn, Straßenbahn, Post usw.) hergestellt sowie Waffen, Munition, Ausweise, Papier und anderes mehr organisiert hat-te, begann sie im April 1945 mit ver-schiedenen Aktionen. In der Zwi-schenzeit war das Hauptquartier der *Kampfgemeinschaft* nach Maria Trost verlegt worden, wo in der Wohnbaracke von Mayer auch andere Mitglieder der *Kampfgemeinschaft* über kurz oder lang untertauchten. Beim *Moden Müller* fan-

den aber weiterhin Besprechungen statt, so u.a. mit Mitgliedern einer im nahege-legenen Kaufhaus Koch organisierten Gruppe von Griechen und mit dem Grazer Stadtkommandanten Oberst Oskar Leonhardt.

Mittels Flugblättern, die sie in der Stadt streuten und in Ämtern, Gast-stätten, Betrieben auslegten, riefen sie zum Widerstandskampf auf: „*An uns und in uns liegt es, diesen heiligen Befreiungskampf mit allen Mitteln und mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern, wo immer es nur geht. Wir dürfen nicht in feiger Untätigkeit zuwarten, bis die siegreiche Rote Armee das Nazi-Joch von unserem, so grausam wundge-scheuerten Nacken nimmt. Unsere Pflicht ist es, selbst das Unsere beizutragen, das Joch von unserem schwer blutenden Nacken zu schütteln.*“⁷

Dieser Befreiungskampf wurde an vie-len Ecken von Graz begonnen. So wurde etwa von Mitgliedern bei der Reichsbahn vom Ostbahnhof aus die Schienensprengung in Laßnitzhöhe organisiert, sodass es zur Entgleisung von Wehrmächts-güterzügen kam, die von Mitgliedern der *Kampfgemeinschaft* aus dem Wehrbe-zirkskommando avisiert worden waren.⁸ In den letzten Tagen des NS-Regimes planten sie auch einen Überfall auf die Gauleitung der NSDAP, was aber letzt-lich wieder aufgegeben wurde. „Nach genauer Studierung des vorbereiteten Planes, die Gauleitung auszuheben, kamen wir zum Entschlusse, dieses Vorhaben aufzugeben, weil wir mittlerweile er-fahren haben, dass sie die Gauleitung verstärkt bewachen ließen und wir wahr-scheinlich wohl hinein aber keiner mehr lebend die Burg verlassen werde“,⁹ gab Ferdinand Kosmus 1947 zu Protokoll.

Adi Kovačič nahm Verbindung zu ihrem Schwager Oberst Leonhardt auf, um ihn zu überzeugen, keinen sinnlosen Abwehrkampf mehr zu führen, der nur in einer totalen Zerstörung der Stadt ge-endet hätte. Leonhardt war als Komman-deur des Festungsabschnitts, der Graz und Umgebung umfasste, mit der Vorbe-reitung der Sprengung der Grazer Mur-Brücken betraut worden. Nachdem am 6. Mai der Befehl zum „Scharfmachen“ gegeben worden war, hieß es am 8. Mai, die Brücken seien zu sprengen „a) bei Annäherung der Russen, b) bei bewaff-neten Widerständen in der Nähe der Brücken, c) auf jeden Fall jedoch um 1 Uhr in der Nacht vom 8.5. auf 9.5.1945.“¹⁰ Leonhardt ist – wie er ein Jahr nach der Befreiung zu Protokoll gab – „in den Tagen vorher mit Leuten der

Widerstandsbewegung der Steirischen Kampf-gemeinschaft des Öfteren von Brücke zu Brücke gefahren, [...] um eine Möglichkeit zu finden, die Brücken der Stadt Graz zu erhalten“.¹¹ Dies gelang ihnen am Nachmittag des 8. Mai und kei-ne der Brücken wurden gesprengt. Auch beim Sender Dobl konnte die Sprengung durch Mitglieder der *Kampf-gemeinschaft* verhindert werden.¹²

Befreiung und Machtübernahme

Nachdem der steirische Gauleiter Sig-fried Uiberreither am 7. Mai 1945 Graz verlassen und die Amtsgeschäfte Armin Dadiou übergeben hatte, trafen sich in Eggenberg führende Vertreter aus den unterschiedlichen politischen Lagern. Gemeinsam marschierten am 8. Mai die Sozialdemokraten Reinhard Machold, Engelbert Rückl und Alois Rosenwirth mit dem Kommunisten Ditto Pözl und den beiden Christlichsozialen Karl Kober und Arthur Josl ins Rathaus und forderten den Rücktritt des Oberbürger-meisters. In die Gespräche über die Bil-dung der neuen Regierung kamen die Kommunisten Alfred Marchl, Viktor Elser und Ferdinand Kosmus bewaffnet mit den Männern der *Steirischen Kampf-gemeinschaft*. Diese wurden sofort in den Dienst zur Sicherung der Straßen gestellt, womit die Männer der *Kampf-gemeinschaft* noch vor dem Einmarsch

NO to NATO

Georg Grasnick **Die NATO und die Remilitarisierung Westdeutschlands** * Anton Latzo **Die Warschauer Vertragsorganisation und die DDR** * Karl Rehbaum **Deutschland in der NATO – Die NATO in Deutschland** * Hannes Hofbauer **Länder einsammeln, Kriege führen, Russland einkreisen** * Domenico Losurdo **Warum es notwendig ist, die NATO zu bekämpfen** * Kommunistische und Arbeiterpartei-zur NATO



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Weitere Themen u.a.: Klaus Wagnere **Kapitulation von Syriza – Aus für eine linke Alternative?** | Werner Siebler **Poststreiks 2015 – mehr als ein Tarifkonflikt** | Anne Rieger **Sehnsucht nach selbstbestimmter Zeit** | Georg Rammer **Handelshemmnis Demokratie** | Carolus Wimmer **Über die Strategie der Kommunistischen Partei Venezuelas** | Martin Schlegel **Finanzkrise und die langfristige Entwicklung der Staatsverschuldung und ihre Ursachen – Thesen** | Phillip Becher **80 Jahre VII. Weltkongress der Komintern** | Heimo Halbrainer **Die Österreichische Freiheitsfront in der Steiermark** | Gerhard Oberkofler **Drei Kommunisten korrespondieren über die »Prager Ereignisse« (1968)** | Olaf Harms / Rainer Perschewski **Wohin steuert der DGB?** | Willy-Brandt-Kreis **Für einen neuen europäischen Umgang mit der Ukraine-Krise** | Abschlusserklärung des dritten außerordentlichen Parteitages der **Südafrikanischen Kommunistischen Partei**

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

der Roten Armee die erste Polizei in Graz stellten. Zwei Angehörige der *Kampfgemeinschaft* begaben sich unmittelbar nach der Besprechung im Rathaus in die Druckerei Leykam und verlangten dort die Übergabe des Betriebs, wo ab 10. Mai die *Grazer antifaschistische Volkszeitung* an Stelle der *Tagespost* erschien.

Am Haus in der Murgasse wurde die Rot-Weiß-Rote-Fahne aufgezogen, was u.a. dazu führte, dass abziehende SS-Einheiten das Haus noch unter Beschuss nahmen und es zu einer Schießerei rund um den Hauptplatz und die Murgasse kam, bei der auch rund 30 bewaffnete Griechen auf der Seite der *Kampfgemeinschaft* kämpften.¹³

Als gegen 22 Uhr von der Wachtstube Schanzelgasse im Osten von Graz die telefonische Nachricht kam, dass die Rote Armee auf der Ries stehe und um 23 Uhr ein Parlamentär in der Polizeidirektion eintreffen werde, um über die kampflöse Übergabe der Stadt Graz zu verhandeln, gehörten neben dem neuen Sicherheitsdirektor Alois Rosenwirth auch Mitglieder der *Kampfgemeinschaft* zum Verhandlungsteam, wobei Rosenwirth und die Mitglieder der *Kampfgemeinschaft* Mayer und Karl Aigner den sowjetischen Major wieder auf die Ries zurückbrachten.¹⁴

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen wurden sowohl die Landesregierung als auch die Grazer Stadtverwaltung ebenso wie die Provisorische Regierung in Wien drittelparitätisch zusammengesetzt. Mit Josef Kovačič (Wohnungswesen) und Ing. Franz Huihammer (Bauwesen) waren zwei der sechs Grazer Stadträte Mitglieder der *Steirischen Kampfgemeinschaft*. Paul Hocevar wurde stellvertretender Landes-sicherheitsdirektor.¹⁵

Nachgeschichte

Bald schon nach der Befreiung wurde der überparteiliche Widerstand der *Steirischen Kampfgemeinschaft* vergessen. Ferdinand Kosmus wurde später als Gemeinderat der Stadt Graz und Karl Aigner als stellvertretender Landesobmann des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* für die KPÖ aktiv. Viele Mitglieder der *Kampfgemeinschaft*, vor allem jene, die keiner politischen Partei angehörten, zogen sich aber aus der Öffentlichkeit zurück.

Berichte über diese Widerstandsgruppe gab es nur in den ersten beiden Nachkriegsjahren, als anlässlich des ersten Jahrestags der Befreiung in der kommu-

nistischen Tageszeitung *Wahrheit* ein langer Artikel unter dem Titel „Die letzten braunen Tage in Steiermark“¹⁶ erschien. In dieser ersten Nachkriegszeit hat auch Josef Martin Presterl Gespräche mit Mitgliedern der *Kampfgemeinschaft* geführt und in seinem Manuskript „Im Schatten des Hochschwab“ mehrere Kapitel der *Kampfgemeinschaft* gewidmet. Er konnte das Buch aber nicht mehr herausgeben, da er im Herbst 1947 in Jugoslawien verhaftet und zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.¹⁷ Dafür tauchten die Aktivitäten der *Kampfgemeinschaft* aber im Dezember 1947 nochmals in der Tagespresse auf: diesmal allerdings als Mordfall. Im Keller des Kaufhauses *Moden Müller* wurde die Leiche eines Mitglieds der *Steirischen Kampfgemeinschaft* gefunden, das am 20. April 1945 als Spitzel erschossen worden war.¹⁸

Anmerkungen:

1/ „Steirer! Volk von Graz! Soldaten! Volkssturmänner! Arbeiter und Arbeiterinnen!“ Flugblatt der *Steirischen Kampfgemeinschaft*, abgetippt 1946/47 von Josef Martin Presterl für sein geplantes Buch „Im Schatten des Hochschwab“. Josef Martin Presterl: *Im Schatten des Hochschwab*. Skizzen aus dem steirischen Widerstand, hg. von Heimo Halbrainer und Karl Wimpler. Graz: Clio 2010, S. 296–298, hier S. 297f.

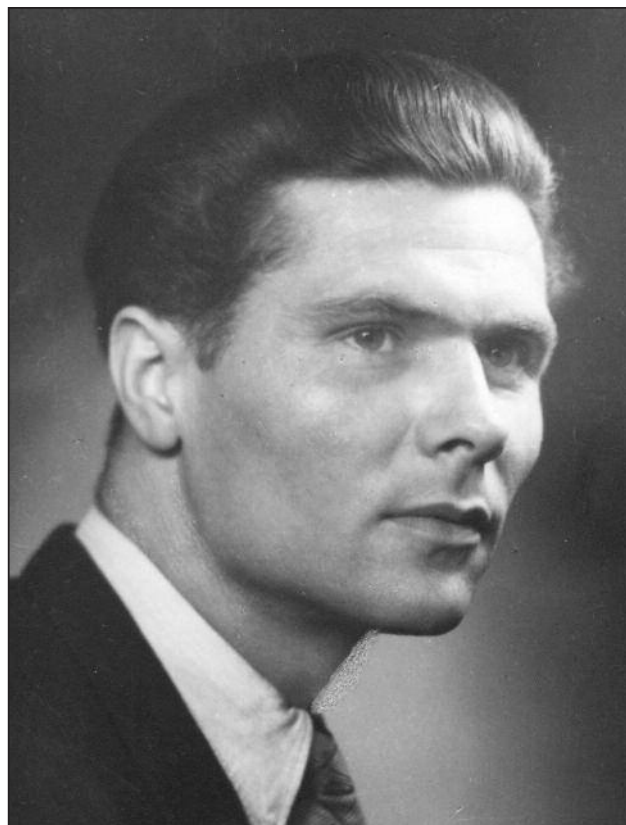
2/ Thomas Geldmacher: „Auf Nimmerwiedersehen!“ Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung und das Problem, die Tatbestände auseinander zu halten, in: Walter Manoschek (Hg.): *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich*. Wien: Mandelbaum-Verlag 2003, S. 133–194, hier S. 143.

3/ Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Vr 2038/46, Niederschrift mit Ferdinand Kosmus, 2.12.1947.

4/ StLA, Vr 2038/46, Niederschrift mit Otto Hocevar, 5.12.1947.

5/ Presterl, *Hochschwab*, S. 216f.

6/ Gespräche von Heimo Halbrainer mit Walter Kosmus am 4.5.1995 und 14.11.1997. Von ihm stammen viele Informationen über die in den Akten kaum fassbare Widerstandsgruppe.



Ferdinand Kosmus (1919–1981)

7/ Flugblatt der Steirischen Kampfgemeinschaft: „Steirer! Volk von Graz! Soldaten! Volkssturmänner! Arbeiter und Arbeiterinnen!“

8/ *Die letzten braunen Tage in Steiermark*, in: *Wahrheit*, 8.5.1946.

9/ StLA, Vr 2038/46, Niederschrift mit Ferdinand Kosmus, 2.12.1947.

10/ Niederschrift mit Oskar Leonhardt, 25.5.1946.

11/ Ebd.

12/ *Wahrheit*, 8.5.1946.

13/ *Wahrheit*, 8.5.1946. Dazu auch Walter Kosmus: *Erinnerungen an die Befreiung*, in: Friedrich Bouvier/Helfried Valentinič (Hg.): *Graz 1945 (Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25)*. Graz: Selbstverlag 1994, S. 720–723, hier S. 721.

14/ *Wahrheit*, 8.5.1946.

15/ Provisorische Landesregierung für Steiermark und Provisorische Stadtverwaltung für Graz gebildet, in: *Grazer antifaschistische Volkszeitung*, 16.5.1945.

16/ *Wahrheit*, 8.5.1946.

17/ Heimo Halbrainer: *Josef Martin Presterl (1916–1948): Spanienkämpfer, Autor, Verleger*, in: *Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands*, 24. Jg. (2007), Nr. 3, S. 18–22; ders.: *Das kurze Leben des Grazer Schriftstellers, Spanienkämpfers und Verlegers Josef Martin Presterl*, in: Presterl, *Hochschwab*, S. 341–373.

18/ Mord in einem Grazer Kaufhaus, in: *Neue Zeit* (SPÖ), 9.12.1947; Kein Strafverfahren eingeleitet, in: *Neue Zeit*, 12.12.1947, Moldenhauer war ein krimineller Verbrecher, in: *Wahrheit*, 12.12.1947.

Stadt Salzburg übernahm Ehrengrab des KZ-Verbands

Die Stadt Salzburg übernahm am 8. Mai dieses Jahres in einem Festakt das Grab des KZ-Verbandes auf dem Kommunalfriedhof in der Nähe des Krematoriums als Ehrengrab. Der Beschluss dazu war im Stadtsenat einstimmig gefasst worden. Anlässlich der Übernahme des Grabes luden der Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden und der KZ-Verband/VdA Salzburg zu einer Gedenkfeier auf dem Friedhof. Damit konnte sich die Stadt Salzburg 70 Jahre nach Kriegsende und mehr als 60 Jahre nach Schaffung der letzten Ruhestätte dazu entschließen, den vom NS-Regime im Jahr 1943 in München-Stadelheim ermordeten Salzburger Widerstandskämpfern entsprechenden Respekt zu erweisen. Der KZ-Verband war bereits in den 1980er Jahren an die verantwortlichen Salzburger Politiker herangetreten, das Grab in ein Ehrengrab umzuwandeln, die damalige Initiative scheiterte jedoch.

Die Ursprünge des Grabmals reichen in die 1950er Jahre zurück. So ließ der Salzburger KZ-Verband 1950 und 1952 die elf auf einem Forstfriedhof in München Perlach in einem Massengrab verscharrten Leichname exhumieren. Sechs Leichname (jene von Heinrich Auer, Karl Schallmoser, Franz Pöttinger, Josef Wartinger, Anton Schubert, und Rudolf Smolik) wurden am 14. Dezember 1952 auf dem Salzburger Kommunalfriedhof in Anwesenheit des Pfarrers Franz Dürnberger aus Gnigl in einem Sammelgrab beigelegt. Bereits 1950 waren Franz Aschenberger, Josef Haidinger, Rudolf Hartl, Leopold Hock und Josef Thalhammer in Familiengräbern am Gnigler Friedhof bzw. ebenfalls am Kommunalfriedhof bestattet worden. Pfarrer Dürnberger selbst war ebenfalls ein Opfer des NS-Regimes. Er hatte auf Wunsch der Mutter von Anton Schubert, einem der 1952 in Salzburg bestatteten Widerstandskämpfer, eine Messe gelesen, wurde darauf verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau deportiert.

Thomas Neuhold, Schriftführer des KZ-Verbands Salzburg, führte durch die am 8. Mai 2015 am Kommunalfriedhof stattfindende Gedenkveranstaltung, dessen Obmann Josef Enzendorfer sprach über die Biographien der hingerichteten

Widerstandskämpfer. Der Künstler Markus Grüner-Musil und die Schauspielerinnen Elisabeth Nelhiebel verlasen berührende Abschiedsbriefe der zum Tode Verurteilten. Der *Demokratische Chor Braunau*



Das geschmückte Ehrengrab in Salzburg

umrahmte die Veranstaltung. Beim Ehrengrab wurde eine zusätzliche Gedenktafel eröffnet.

Anlässlich des Festakts gab der KZ-Verband Salzburg/VdA eine Broschüre mit dem Titel „Ehrengrab für sechs während der NS-Diktatur als Widerstandskämpfer hingerichtete Salzburger. Kleine Geschichte des kommunistischen Widerstandes“ heraus. Die darin skizzierten sechs Biographien sollen ein Ansporn sein, weitere Forschungsarbeit über den antifaschistischen Widerstand zu leisten und ein umfassenderes Werk über den kommunistischen und linken Widerstand in Stadt und Land Salzburg zu erstellen.

Kommunistischer Widerstand in Salzburg

Der Widerstand gegen das NS-Regime in Salzburg war vielfältig, aber zersplittert. Zu einer der größten Widerstands-

gruppen zählte die Eisenbahnerorganisation mit etwa 40 bis 50 Personen. Gespeist wurde sie vor allem aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Enttäuscht über ihre sozial festgefahrene

Situation und die zunehmenden Belastungen durch den Krieg wandten sich ArbeiterInnen in überschaubarer Zahl der illegalen KPÖ zu. Zu einem Zweckbündnis mit SozialdemokratInnen und konservativen AntifaschistInnen kam es aber nicht. Als ein Einzelfall kann hier die Anwerbung des Hauptschullehrers Josef Reischenböck aus dem christlich-sozialen Milieu gelten. Die politische Tätigkeit der KP bestand hauptsächlich in der Verbreitung politischer Schriften innerhalb der eigenen Organisation, der Mitgliederwerbung im engsten Kreis, der Einhebung der Mitgliedsbeiträge, der Unterstützung von GenossInnen und Familien, die in Not gerieten sowie dem Versuch, die verschiedenen Gruppen in losem Kontakt zu halten. Auf eine öffentliche Propaganda wurde jedoch in der Regel bewusst bzw. teils nach langwierigen Auseinandersetzungen über die Vorgehensweise verzichtet. Die Landesleitung der KPÖ Salzburg bestand von 1940 bis zu ihrer Aufdeckung im Januar 1942 aus Franz Ofner, Anton Schubert, Anton Reindl, Georg Hofweirer und Karl Schallmoser. Mindestens 79 Aktivi-

stInnen aus den kommunistischen und sozialistischen Widerstandsgruppen in Stadt und Land Salzburg kamen in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern zu Tode. Für den Salzburger Historiker Hanns Haas bedeutete der Beitritt zur KPÖ und erst recht die Funktionärsarbeit „einen bewussten Loyalitätsbruch mit dem nationalsozialistischen System, welches unbedingte Unterwerfung verlangte. Den illegalen KommunistInnen war Dachau nach den präventiven Verhaftungen des Jahres 1938 nur zu gut bekannt. Ihr Widerstand war ein politischer, an seinem fernen Ende stand der Sturz des NS-Systems.“

Frauen im Widerstand sichtbar machen

Ein langjähriges Forschungsdesiderat ist die genauere Untersuchung der Widerstandstätigkeiten von Salzburger Frauen. Der Salzburger KZ-Verband hat



Die zusätzliche Gedenktafel

auf seiner letzten Landeskonferenz beschlossen, ein solches Forschungsvorhaben zu initiieren und in der Folge die Ergebnisse in Form einer Broschüre zu publizieren. Zwar scheiterte laut vorliegenden Quellen der Versuch, in Salzburg eine eigene Frauengruppe der KPÖ aufzubauen, dennoch sah das Gericht in den Zusammenkünften von Rosa Hofmann mit Maria Langwieser und Anna Reindl eine ebensolche als erwiesen. Eine der wenigen dokumentierten Aktionen des kommunistischen Widerstands im öffentlichen Raum war die Flugblattverteilung von Rosa Hofmann, in welchem der „blutige und sinnlose Krieg“ angeprangert und zur Sabotage aufgerufen wurde, Hitler weggehöre und man „für eine freie sozialistische Räterepublik“ eintreten solle. Rosa Hofmann wurde 23-jährig am 9. März 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Folgende Salzburger Frauen wurden ohne Prozess ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert und 1942 für ihre Beteiligung am kommunistischen Widerstand ermordet: Rosa Bermoser, Maria Bumberger, Anna Frauneder, Marianne Innerberger, Anna Prähauser, Anna Reindl und Josefine Lindorfer (Hallein).

Das Denkmal für Rosa Hofmann steht zur Zeit noch auf dem Gelände eines privaten Kindergartens und ist nicht öffentlich zugänglich. Auf Initiative des Salzburger KZ-Verbands soll das Denkmal versetzt werden. In Frage kommt etwa der unmittelbar benachbarte Stözl-Park. Zudem soll das Denkmal um eine zusätzliche Tafel erweitert werden, auf der den im NS-Terror hingerichteten Frauen gedacht wird.

Rechte Straftaten in Salzburg reißen nicht ab

Angesichts der anhaltenden Serie rechtsextremer Taten, welche die zweimalige Beschmierung des Denkmals am Kommunalfriedhof einschließt, ist die Übernahme als Ehrengrab eine be-

grüßenswerte Geste der Stadt Salzburg. Leider ist es der Polizei bisher nicht gelungen, diese Straftaten gänzlich aufzuklären und oder gar sie aufzuhalten. Denn unmittelbar nach dem Festakt auf dem Kommunalfriedhof zerstörten unbekannte Täter erneut eine antifaschistische Gedenktafel.

Diesmal wählten sie die Gedenktafel im Toscaninihof, die an die Befreiung der Stadt Salzburg durch die US-Army am 4. Mai 1945 erinnert. Die Glastafel weist ein Einschussloch auf, das möglicherweise von einer Steinschleuder oder einer Gasdruckpistole stammen könnte. Die Tafel im Toscaninihof ist am Fuß des Mönchsbergs inmitten des Stadtzentrums angebracht. Erst eine Woche zuvor war an dieser Stelle eine Gedenkfeier der Stadt mit Veteranen der US-Streitkräfte abgehalten worden. Diese Zerstörung ist kein Einzelfall. So gab es Neben der Beschmierung von Stolpersteinen auch Attacken auf die Synagoge und auf das Antifaschistische Mahnmahl am Kommunalfriedhof. Trauriger Höhepunkt war die Zerstörung des Euthanasiamahnmahles im Mirabellpark.

PETER MÄRZ

Literatur:

– Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945. Eine Dokumentation*, 2 Bände. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Salzburg: Universitätsverlag Anton Pustet 1991.

– KZ-Verband/VdA Salzburg (Hg.): *Ehrengrab für sechs während der NS-Diktatur als Widerstandskämpfer hingerichtete Salzburger. Kleine Geschichte des kommunistischen Widerstandes*. Salzburg 2015.

– Riemer, Werner (Red.): *Antifaschistisches Gedenken und Mahnen in Salzburg. Das Mahnmahl auf dem Südtiroler Platz im Kontext*, hg. von der Kulturabteilung der Landeshauptstadt Salzburg. Salzburg 2005.

– Suwandschieff, Ernestine: *Der Beitrag der Salzburger Eisenbahner zur Arbeiterbewegung in Salzburg am Fallbeispiel von Ferdinand Putz, einem Funktionär der Eisenbahngewerkschaft und Bediensteten der Zugförderung Salzburg*. Diplomarbeit Salzburg 1987.

– www.stolpersteine-salzburg.at

Die vom KZ-Verband Salzburg herausgegebene Broschüre „Ehrengrab für sechs während der NS-Diktatur als Widerstandskämpfer hingerichtete Salzburger. Kleine Geschichte des kommunistischen Widerstandes“ kann bestellt werden unter salzburg@kz-verband.at. Sie ist auch online abrufbar:

www.kz-verband-salzburg.at

Nachstellung des 1. Engerau-Prozesses und historische Kontextualisierung

Im von 14. bis 17. August 1945 durchgeführten 1. Engerau-Prozess standen vier ehemalige Angehörige der Wachmannschaft des Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau vor Gericht. In diesem ersten NS-Prozess vor einem österreichischen Volksgericht wurden drei der Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der 1. Engerau-Prozess wird an seinem Originalschauplatz, dem großen Schwurgerichtssaal im Landesgericht für Strafsachen Wien, am 26. Oktober dieses Jahres nachgestellt.

Montag, **26. Oktober 2015**, 15.00

Großer Schwurgerichtssaal
des Landesgerichts für
Strafsachen Wien

Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien
Eingang: Frankhplatz 1
(bei der Alserstraße)



Mitwirkende: Landesgerichtspräsident Friedrich Forsthuber, Staatsanwalt Walter Geyer, Rechtsanwalt Ernst Schillhammer, Judith Brandner, Gerhard Baumgartner, Hofrat Max Edelbacher, Winfried R. Garscha, Hans Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider, Eleonore Lappin-Eppel, Siegfried Sanwald, Christine Schindler, Ursula Schwarz u.a.

Eintritt frei

Anmeldung bis 15. Oktober 2015 bei Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider (*Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*) claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at
Infos: www.nachkriegsjustiz.at

Robert Streibel: *April in Stein. St. Pölten, Salzburg, Wien: Residenz Verlag 2015, 264 S., 22,90 Euro*

Darf ein Historiker die literarische Form wählen? Diese Frage stellte sich Robert Streibel jahrelang immer wieder. Im Vorwort zum vorliegenden Roman über das Massaker an Gefangenen des Zuchthauses Stein im April 1945 schildert Streibel seine diesbezüglichen Zweifel und abgebrochenen Versuche: „Dilettanten gibt es doch genug.“ Dass „April in Stein“ nun doch endlich vorliegt, ist demnach nicht zuletzt dem Schriftsteller Erich Hackl zu verdanken. Wenn dieser „nicht gewesen wäre, der meine Arbeit als Historiker und Erinnerungsarbeiter mit Interesse verfolgt und mich auch bestärkt hat, den Roman fertigzustellen, hätte ich es nicht gewagt“.

Robert Streibels unermüdlicher Arbeit als „Historiker und Erinnerungsarbeiter“ ist zu verdanken, dass die Ereignisse rund um den 6. April 1945 in Krems-Stein heute wieder allgemein bekannt sind und der Ort in der Wachau zu einem wichti-

gen Erinnerungsort geworden ist. Seit der Arbeit an seiner Dissertation beschäftigt sich Streibel mit den dramatischen Ereignissen der letzten Kriegstage in dieser Region. Im Zuchthaus Stein waren während der NS-Herrschaft Widerstandskämpfer und „Saboteure“ aus Österreich und Osteuropa neben „gewöhnlichen“ Kriminellen eingesperrt. Am 6. April ließ der Gefängnisdirektor die Tore des Zuchthauses öffnen – die Rote Armee war nur noch wenige Tage entfernt. Wehrmacht, SS und SA besetzten jedoch das Gefängnis, bevor alle Gefangenen dieses verlassen hatten und veranstalteten ein Massaker. Gleichzeitig begann unter Beteiligung des „Volkssturms“ eine Jagd auf jene, die die Haftanstalt bereits verlassen hatten. Nur einige wenige konnten der „Kremser Hasenjagd“ entkommen, die meisten Häftlinge wurden erneut gefangen genommen und erschossen. Hunderte Häftlinge wurden in den Apriltagen in und um Stein ermordet – die genauen Zahlen sind bis heute unklar. Nach dem Krieg wurde das Massaker lange Zeit verdrängt. Einige der Verantwortlichen

wurden juristisch belangt und verurteilt; anderen gelang es, ihre Rolle in Stein zu vertuschen. Vor allem aber wurden die Ereignisse in Krems selbst jahrzehntelang aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Nicht zuletzt durch die historische und erinnerungspolitische Arbeit Robert Streibels und anderer HistorikerInnen und engagierter Personen änderte sich dies während der vergangenen Jahre. Der Roman „April in Stein“ ist ein weiterer wichtiger Baustein für diese Erinnerungsarbeit.

Das Ergebnis der literarischen Umsetzung eines Themas, das den Historiker Streibel seit den 1980er Jahren beschäftigt, und an dessen literarischer Adaption er sich seit den 1990er Jahren versucht, überzeugt. Streibel gelingt es, den LeserInnen die Schicksale mehrerer Häftlinge nahe zu bringen. Präzise schildert der Autor den Zuchthausalltag: die Quälereien durch die Wärter, Hunger und Kälte, Ausbruchsversuche oder kleine Gesten der Solidarität zwischen den Häftlingen, die versuchen, einander in dieser Hölle das Leben zu erleichtern und damit der Verzweiflung den Glauben an den Sieg der Menschlichkeit entgegenstellen. Als Leser/in kann man die ungläubige Erleichterung nachfühlen, mit der die ausgemergelten Häftlinge das Gefängnis Anfang April verlassen. Streibel schildert, wie die Qual und Entbehrungen sofort weiter gehen als die „Entlassenen“ merken, dass sie gejagt werden.

Dem Autor gelingt es deshalb, so dicht an den Ereignissen zu schreiben und diese durch die Schilderung persönlicher Schicksale konkret darzustellen, weil er mit vielen der Vorbilder der Protagonisten des Romans sprechen konnte. Für seine Dissertation über Krems während der Nazi-Herrschaft führte er Interviews mit Überlebenden des Massakers, die ihm ihre Geschichten erzählten. Geschichten aber „erschließen neue Welten und verleiten den Historiker, vom Weg abzuweichen“, so Streibel im Vorwort. Und diese „Geschichten“ der ehemaligen politischen Häftlinge von Stein ließen die Idee entstehen, die Geschichte des Massakers in literarischer Form zu gestalten. Das Ergebnis ist eine Form der Darstellung eines historischen Ereignisses, wie man sie besser kaum finden kann. Denn durch die gegenüber einem wissenschaftlichen Werk populärere Romanform errichtete Streibel den Opfern des Massakers ein Denkmal, dessen breite Rezeption gesichert ist. Die Apriltage des Jahres 1945 in Stein sind damit endgültig dem Vergessen und Verdrängen entrissen.

SIMON LOIDL

Grete Lihotzky – die ersten Jahre in Wien

Im Jahr 2013 wurde in Wien der *Margarete Schütte-Lihotzky Club* gegründet, um das Wirken dieser außergewöhnlichen Frau, die als erste Frau in Österreich den Architektenberuf ausübte, einem breiteren Publikum näher bringen zu können. Zu diesem Zweck hat der Verein im Büro der „Frauenhetz“ einen Raum angemietet, wo nun regelmäßig Vorträge, Filmvorführungen, Symposien und Ausstellungen zum facettenreichen Wirken von Grete Schütte-Lihotzky (1897–2000) stattfinden.

Am 11. Juni wurde hier die Ausstellung „Grete Lihotzky – Die ersten Jahre der Architektin in Wien“ eröffnet. In der Eingangshalle haben Studierende der Wirtschaftsuniversität Tafeln zum Thema „Kernhaus“ gestaltet. Dabei handelt es sich um ein Grundmodell

eines Hauses, das weiterentwickelt werden kann, um die Bedürfnisse künftiger BewohnerInnen zu berücksichtigen. Die Typisierung war ein Grundanliegen von Grete Lihotzky, um eine kostengünstige und den Anforderungen des täglichen Lebens angepasste Form zu finden. Auch die verschiedenen Möbel wurden auf diese Weise entwickelt und hergestellt.

In der Ausstellung wird auch gezeigt, in welcher Weise Grete Lihotzky am damaligen politischen Leben teilnahm. So erkannte sie den Zusammenhang zwischen aus Armut resultierenden Missständen und deren Auswirkungen auf die Gesundheit. Diese Einsicht war eine wesentliche Triebkraft ihres Schaffens. Ein weiterer Teil der Ausstellung widmet sich dem familiären Hintergrund von Grete Lihotzky und ihrer beruflichen Laufbahn.

Die Ausstellung kann noch bis 18. Dezember besucht werden.

VERA MODJAWER

Wien 3., Untere Weißgerberstraße 41
Di, Mi 10–14 Uhr, Do, Fr 14–18 Uhr
Kuratorinführungen: 23.10., 20.11.,
18.12.2015, jeweils 16.00
<http://www.schuette-lihotzky.at>



Irma Schwager (1920–2015)

Die Alfred Klahr Gesellschaft trauert um ihre Vizepräsidentin

Am 22. Juni 2015 ist Irma Schwager, Vizepräsidentin der *Alfred Klahr Gesellschaft* seit ihrer Gründung, in Wien gestorben. Der Vorstand der *Alfred Klahr Gesellschaft* verliert damit die letzte Repräsentantin jener Gründungsmitglieder, die in den Jahren der hitlerfaschistischen Diktatur im organisierten Widerstand aktiv waren und nach 1945 in den Reihen der Kommunistischen Partei Österreichs für Frieden, Demokratie und Sozialismus eintraten.

Irma Schwager, geb. Wieselberg, wurde am 31. Mai 1920 in Wien in einer kleinbürgerlichen Familie geboren. Als 18-Jährige musste sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft nach Belgien emigrieren, wo sie mit der KPÖ in Verbindung trat. Nach der

Okkupation Belgiens durch die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 floh sie nach Frankreich, wo sie bis 1942 im Lager Gurs und anderen Lagern interniert wurde. Hier trat sie 1940 der Parteilinie der KPÖ bei. Nach ihrer Flucht aus Gurs leistete sie im besetzten Teil Frankreichs im Rahmen der Résistance Soldatenarbeit, auch als „Mädelarbeit“ bezeichnet, die darin bestand, Soldaten der Hitlerarmee durch Gespräche und Propagandamaterial von der Sinnlosigkeit des Krieges zu überzeugen. Nach der Befreiung Frankreichs im Jahr 1944 ging Irma mit ihrem Mann, dem Spanienkämpfer Zalel Schwager, im Parteauftrag nach Belgien zurück, um dort die politischen Flüchtlinge und EmigrantInnen zu sammeln und proösterreichische Propaganda zu betreiben.

Im Juli 1945, nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus, kehrte Irma Schwager nach Wien zurück, wo sie sogleich die Parteilinie

aufnahm. Ihr Mann Zalel Schwager war im April gemeinsam mit Angehörigen des in Slowenien aufgestellten „Österreichischen Freiheitsbataillons“ nach Wien zurückgekehrt. Zunächst leistete Irma Frauenarbeit im Sektions- und Bezirksmaßstab der KPÖ. Seit 1952 arbeitete sie in der zentralen Leitung des von der KPÖ initiierten *Bundes Demokratischer Frau-*



Foto: Gisela Orthner

en, dessen Vorsitzende sie 1972 wurde. In dieser Eigenschaft war sie auch Mitglied des Rats der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* (IDFF). In zahlreichen Artikeln, Versammlungen, öffentlichen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen trat sie für die Gleichberechtigung der Frauen, für das Recht auf Arbeit, für die Beseitigung des altertümlichen patriarchalen Ehe- und Familienrechts und für die Abschaffung des § 144 ein. In Aktionseinheiten zum Internationalen Frauentag erwarb sich Irma auch bei VertreterInnen der feministischen Frauenbewegung großes Ansehen. Seit 1954 gehörte sie dem Zentralkomitee der KPÖ an und von 1980 bis 1990 auch dem Politischen Büro der Partei. 2011 wurde sie am 35. Parteitag zur Ehrenvorsitzenden der KPÖ gewählt.

Als die *Alfred Klahr Gesellschaft* gegründet wurde, erklärte sich Irma Schwager sofort zur Mitarbeit bereit. Am 13. November 1993 wurde sie von

der konstituierenden Generalversammlung zur Vizepräsidentin gewählt, eine Funktion, die sie bis zuletzt ausübte. In den folgenden Jahren gehörte Irma zu den aktivsten Vorstandsmitgliedern, die das Wirken der *Alfred Klahr Gesellschaft* durch ihre große politische Erfahrung und ihr profundes historisches Wissen wesentlich bereicherte. Für die *Mitteilungen der Alfred*

Klahr Gesellschaft verfasste sie zahlreiche Beiträge über bedeutende Frauengestalten der kommunistischen Bewegung, etwa über Anna Strömer-Hornik, Selma Steinmetz, Anna Grün und Margarete Schüttele-Lihotzky. Für einen von der *Alfred Klahr Gesellschaft* herausgegebenen Sammelband anlässlich des 90. Jahrestages

der Gründung der KPÖ im Jahr 2008 steuerte Irma Schwager einen Beitrag über die kommunistische Frauenpolitik nach 1945 bei. Auch wenn Irma in den letzten Monaten und Jahren nicht mehr in der Lage war, regelmäßig an den Sitzungen des Vorstands teilzunehmen, stand sie uns doch weiterhin beratend zur Seite. Bis zuletzt verfolgte sie die Aktivitäten der *Alfred Klahr Gesellschaft* mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie.

In den letzten Wochen und Monaten wurde Irma Schwager im Rahmen des Gedenkens an den 70. Jahrestag der Befreiung Österreichs auch von einer breiteren Öffentlichkeit als Symbolfigur des antifaschistischen Widerstands gewürdigt. Davon zeugt neben mehreren Interviews und Zeitungsreportagen auch ihr Auftritt im Jänner dieses Jahres am Wiener Heldenplatz, als ihre Rede zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im ORF gesendet wurde.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Österreichische Friedenskrieger im Hinterland

Zum 100. Jahrestag der Zimmerwalder Konferenz

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Alfred Klahr Gesellschaft):
*Die Linksopposition im Kampf gegen den imperialistischen Krieg
und die Burgfriedenspolitik*

Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Senft** (Wirtschaftsuniversität Wien):
*Der „herrschaftslose Sozialist“ Pierre Ramus (Rudolf Großmann)
im Weltkrieg*

anschließend Diskussion

Dienstag, **20. Oktober 2015**, 19.00

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

7★STERN



Im September 1915 trafen sich im Schweizer Bergdorf Zimmerwald 38 Delegierte aus zwölf Ländern, die zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteien in Opposition standen. Die Konferenz legte den Grundstein für die Formierung der „Zimmerwalder Linken“ und den Zusammenschluss der internationalistischen revolutionären Kräfte. In Österreich wirkten im Sinne des Antiimperialismus und Antimilitarismus die Anhänger mehrerer Strömungen: die innerparteiliche Linke unter Friedrich Adler, die sich an Lenins Losungen orientierenden Linksradikalen, die Opposition im *Verband jugendlicher Arbeiter*, Syndikalisten und Anarchisten. Ihre Protestaktionen vermitteln Erfahrungen, die im Ringen für eine Welt des Friedens heute nicht weniger aktuell sind als vor einem Jahrhundert.

Im September 1915 trafen sich im Schweizer Bergdorf Zimmerwald 38 Delegierte aus zwölf Ländern, die zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteien in Opposition standen. Die Konferenz legte den Grundstein für die Formierung der „Zimmerwalder Linken“ und den Zusammenschluss der internationalistischen revolutionären Kräfte. In Österreich wirkten im Sinne des Antiimperialismus und Antimilitarismus die Anhänger mehrerer Strömungen: die innerparteiliche Linke unter Friedrich Adler, die sich an Lenins Losungen orientierenden Linksradikalen, die Opposition im *Verband jugendlicher Arbeiter*, Syndikalisten und Anarchisten. Ihre Protestaktionen vermitteln Erfahrungen, die im Ringen für eine Welt des Friedens heute nicht weniger aktuell sind als vor einem Jahrhundert.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Heimo

Halbrainer, Hans Hautmann, Simon Loidl,

Peter März, Vera Modjawaer, Manfred

Mugrauer, Helmut Rizy

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Wir danken all jenen LeserInnen, die in Reaktion auf unseren Spendenaufruf in der Nr. 1/2015 der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* neuerlich ein Jahresabo gelöst haben bzw. eine Spende in Gestalt eines Förderabos überwiesen haben, um auch in Hinblick die Finanzierung der Druck- und Versandkosten sicherzustellen.

Buchpräsentation

Jakob Matscheko: „Auf Francos Seite“

Österreicher in den Reihen der Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg

Wien: Promedia-Verlag 2015 (Edition Kritische Forschung)

ISBN 978-3-85371-400-3, br., 224 Seiten, 20,00 Euro

Präsentation mit: **Jakob Matscheko** (Autor) und **Irene Filip** (Spanienarchiv im DÖW)

Moderation: **Paul Winter** (Promedia Verlag)

Als im Sommer 1936 die spanische Republik gegen die Nationalisten unter Franco um ihr Leben kämpfte, eilten ihr tausende Freiwillige aus der ganzen Welt zu Hilfe. Auch zahlreiche ÖsterreicherInnen kämpften für die Republik. Weniger bekannt ist, dass es auch auf Seiten der Nationalen „Internationale“ gab, Unterstützer vor allem aus dem faschistischen und reaktionär-katholischen Lager. Auch unter ihnen fanden sich Österreicher: Sie dienten als Milizionäre in der Armee Francos, schmuggelten Informationen aus dem Feindesland, dienten als Propagandisten der Rebellen oder stellten Waffen, Geld oder diplomatische Netzwerke zur Verfügung. Mit dem vorliegenden Buch wird die materielle, politische und auch personelle Unterstützung Francos aus Österreich bzw. durch Österreicher dokumentiert.

Eine Veranstaltung des **Promedia-Verlags** und des **Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes**

Dienstag, **24. November 2015**, 18.30, **Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)**

Ausstellungssaal im Erdgeschoss, **Wipplingerstraße 6–8**, 1010 Wien

